




**VIELFALT
VERBINDET.**

Zu den einzelnen Texten gelangen Sie schnell
entweder über die angelegten Lesezeichen oder
durch Anklicken des Beitrags im Inhaltsverzeichnis.

Über das Symbol  am unteren Rand gelangen Sie wieder
zurück zum Inhaltsverzeichnis.

INHALT

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 3 Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2017
»Vielfalt verbindet.«

THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

- 5 Einleitungsartikel: »Vielfalt verbindet.«
Anregungen und Fragestellungen für die Interkulturelle Woche
- 9 Einwanderungsgesellschaft gestalten
Farhad Dilmaghani
- 11 Was heißt hier postmigrantisch? Oder: Wie sich die Institutionen in der Einwanderungsgesellschaft verändern müssten
Riem Spielhaus
Rassismus und Diskriminierung
- 13 Wie mit Vorbehalten und Ängsten umgehen?
Annette Treibel
- 15 Neuer rechter Populismus – Herausforderung für die freiheitliche Gesellschaft und den Rechtsstaat
Daniel Legutke
- 17 Widerstand gegen Rechtspopulismus:
Ermutigungen aus dem christlichen Glauben
Sonja Angelika Strube
- 19 Für ein Abbild der Normalität
Sheila Mysorekar
- 21 Perspektiven nach Köln: Für einen Feminismus, der nicht auf Rassismus setzt
Miriam Aced
Flüchtlinge in der Einwanderungsgesellschaft
- 23 Menschenrechte in Gefahr
Klaus J. Bade
- 25 Verpflichtung zur Flüchtlingshilfe und Solidarität aus christlicher Sicht
Hille Haker
- 27 Das Recht auf Familienzusammenführung für Flüchtlinge und subsidiär Geschützte und die staatlichen Pflichten am Beispiel syrischer Schutzberechtigter
Bernward Ostrop
- 29 »Nach Afghanistan geht Gott nur zum Weinen...« – Schutz im bayerischen Kirchenasyl
Stephan Theo Reichel
- 30 Die unsichtbare Politik der Willkommensgesellschaft
Serhat Karakayali
- 32 Integration und Partizipation von Menschen mit Fluchterfahrung in Celle
Dirk-Ulrich Mende
- 34 Ankunftsstadt oder Abwehrstadt?
Johannes Brandstätter
- 37 Die neue Wohnsitzregelung für Ausländer*innen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis
Michael Maier-Borst
- 39 »Heterogenität verlangt in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach neuen Ideen«. Antworten auf aktuelle Fragen
Jochen Oltmer

ZUM WELTTAG DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE 2017

- 41 Minderjährige Migranten – verletzlich und ohne Stimme
Botschaft von Papst Franziskus zum Welttag der Migranten und des Flüchtlings 2017

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

- 44 Fürchtet Euch nicht! – Vorschlag für einen Gottesdienst im Rahmen der Interkulturellen Woche 2017
Thorsten Leißer
- 47 Gebet / Prière pour la Journée mondiale du migrant et du réfugié
- 48 »Wir hören sie in unseren Sprachen von den großen Taten Gottes reden«
Aguswati Hildebrandt Rambe
- 49 Vielfalt verbindet: eine Vision, eine Utopie
Thomas Broch
- 50 Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht ... oder? Gedanken zum Verhältnis von Christenmenschen zu Sorgen und Ängsten
Christian Staffa
- 52 Für religiöse Vielfalt eintreten


ANREGUNGEN

- 54 Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum
- 56 Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land
Tina Lersch
- 57 In einer Gesellschaft der Vielfalt ist der Dialog das Verbindende
Werner Höbsch
- 58 Prävention durch Bildung und Integration
Das Projekt Salam Aleikum – Friede sei mit Dir.
Prävention gegen Islamismus in Sachsen-Anhalt
Tina Wiesner
- 59 Mehr Selbstbewusstsein durch Hip-Hop
Ein Tanzprojekt erweckt Talente von jugendlichen Roma
Andrea Steinhart
- 61 Leben braucht Sprache
Kultursensibler Deutschunterricht im ALVENI-Jugendhaus bei München
Marion Müller-Ranetsberger
- 61 Caritas-Kampagne 2017: Zusammen sind wir Heimat
Teresa Wieland
- 63 Zusammenhalt stärken – mit der Zivilgesellschaft
Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt
- 66 **AKTIONEN UND MATERIALIEN**
- 67 **WAS • WANN • WO?**
Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2017

Begegnung – Teilhabe – Integration

VIelfalt VERBINDET.

 Was hält Menschen in einer Gesellschaft zusammen? Wieviel Gemeinsamkeiten und Konsens braucht es, damit Zusammenleben in Vielfalt gelingt? Wieviel Dissens ist fruchtbar? Und was gilt es zu tun, um ein gutes Miteinander in Gerechtigkeit und Respekt zu erhalten?

Viele Menschen in Deutschland, in Europa und anderswo fragen sich derzeit, welche Auswirkungen Migration auf ihre Gesellschaft und deren Zusammenhalt haben. Die Diskussion darüber polarisiert. Das ist kein Wunder, denn die Herausforderungen sind groß und die praktischen Mittel immer begrenzt. Es gibt keine einfachen Lösungen. Komplexe Probleme erfordern komplexe Antworten.

Wir sind überzeugt: Deutschland ist mit der Aufnahme von Flüchtlingen zwar stark gefordert, aber nicht überfordert. Das haben die vergangenen Monate deutlich gezeigt – auch wenn lautstarke Stimmen und populistische Bewegungen anderes behaupten und mit Ressentiments und teilweise sogar mit Rassismus nicht nur Gehör, sondern manchmal auch Zustimmung finden. Doch politisches Denken und Handeln, das an den Grenzen des eigenen Landes halt macht, führt nicht weit in einer Welt, die durch Handelsbeziehungen, kulturellen Austausch und die modernen Kommunikationsmittel klein geworden ist. Nationalistische Argumente und Forderungen gehen darüber hinaus auf Kosten von Minderheiten, Schwächeren und Notleidenden. Und wenn Fakten durch Vorurteile ersetzt werden, ist die vernünftige Diskussion kaum noch möglich.

Die aktuelle Debatte um den Umgang mit Flüchtlingen verweist mehr denn je auf die größeren, grundsätzlichen Fragen von respektvollem Miteinander, freiheitlichen Grundrechten und demokratischer Willensbildung. Als christliche Kirchen sagen wir in aller Klarheit: Politik, die Fremdenfeindlichkeit schürt, von Angst gegen Überfremdung lebt, einseitig nationale Interessen betont, ein nationalistisches Kulturverständnis pflegt und Grundfreiheiten in Frage stellt, ist mit einer christlichen Haltung nicht vereinbar. Ausländerfeindlichkeit, Diffamierung anderer Religionsgemeinschaften, die Überhöhung der eigenen Nation, Rassismus, Antisemitismus, Gleichgültigkeit gegenüber der Armut in der Welt – all das führt nicht in eine gute Zukunft. Die Verantwortung für das Gemeinwohl beginnt bei uns – auch schon bei der Wahl der Worte. Es ist nicht gleichgültig, in welcher Art und Weise wir miteinander sprechen.

Als Christen übernehmen wir nicht den Stil von Scharfmachern oder Fundamentalisten, wir argumentieren sachlich, differenziert und mit Respekt. Wir debattieren, aber stellen nicht alles zur Debatte. Wir appellieren an die demokratischen Parteien, den Wahlkampf in diesem Jahr entsprechend fair und sachbezogen zu führen.

Als Kirchen sagen wir in aller Deutlichkeit: Jeder Mensch ist mit einer gottgegebenen unveräußerlichen Würde ausgestattet. Sie gilt es zu achten, zu schützen und zu verteidigen. Dieses Menschenbild hat in den Menschenrechten, im deutschen Grundgesetz wie auch im europäischen Recht seine rechtliche, säkulare Entsprechung gefunden.

Wir bitten die vor Ort Verantwortlichen, die in der Interkulturellen Woche tätig sind: Beziehen Sie Position! Ermutigen Sie andere Menschen, Haltung zu zeigen, für Menschenrechte und demokratische Spielregeln. Machen Sie Mut zur Begegnung und zum Austausch, damit sich die Menschen in unserem Land besser kennen- und verstehen lernen. In der Begegnung wächst die Kraft, Ablehnung und Ausgrenzung zu überwinden.

Die Konflikte vor Europas Toren, insbesondere der Krieg in Syrien, zwingen weiterhin Millionen zur Flucht. Vor allem die angrenzenden Staaten tragen die Hauptlast der Aufnahme und der Versorgung der Schutzsuchenden. Wir sehen die Verzweiflung der Menschen, die vor geschlossenen Grenzen stehen, abgewiesen oder in Not zurückgedrängt werden. Das Recht auf Asyl ist ein individuelles Grund- und Menschenrecht, das nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa beachtet werden muss. Ein Grundrecht kann nicht begrenzt und kontingentiert werden.

Rund 5.000 Menschen sind im vergangenen Jahr im Mittelmeer ertrunken, darunter viele Frauen und Kinder. So viele, wie noch nie in einem Jahr. Sie waren auf der Flucht vor Krieg und Not und sahen ihre einzige Chance auf Zukunft in der lebensgefährlichen Überfahrt. Sie suchten nach einem besseren Leben. Über 30.000 Menschen haben in den letzten Jahren auf diesem Weg nach Europa ihr Leben verloren. Damit ist die europäische Außengrenze, die Grenze unseres Kontinents, die tödlichste Grenze der Welt. Wir fordern legale Zugangswege nach Europa und die verstärkte Bekämpfung der Kriminalität von Schleppern und Schleusern.

Wir sehen die Verzweiflung der in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, die ihre engsten Angehörigen nicht zu sich zu holen können. Für die Kirchen ist das Zusammenleben als Familie ein hohes Gut. Wir bitten den Gesetzgeber, dem grundgesetzlich verbürgten Schutz der Familie in der Flüchtlingspolitik hohe Priorität beizumessen.

Auch die Themen Rückkehr und Abschiebung treiben uns um. Den Kirchen geht es nicht darum, Rückführungen grundsätzlich infrage zu stellen. Aber auch wenn ein Asylbewerber nach Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens in seine Heimat zurückkehren muss, trägt unser Land eine Mitverantwortung für sein Wohlergehen. Abschiebungen in lebensgefährliche Gebiete sind inakzeptabel. Kein Mensch darf in eine Region zurückgeschickt werden, in der sein Leben durch Krieg und Gewalt bedroht ist. Die Sicherheit der Person muss stets Vorrang haben gegenüber migrationspolitischen Erwägungen.

Über Generationen hat sich in Deutschland eine auf Zuwanderung basierende Gesellschaft entwickelt. Dabei kommt es unvermeidbar auch zu Konflikten. Doch der Alltag in Deutschland ist längst bunt. Menschen, die vor Jahrzehnten als Zuwandernde kamen, und deren Kinder und Kindeskin- der sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Die Frage, ob wir eine vielfältige Gesellschaft wollen, stellt sich daher nicht. Sie ist Realität und es gilt sie zu gestalten und aus der Vielfalt ein starkes, gemeinsames »Wir« zu entwickeln.

Im Alten Testament findet sich die Geschichte, wie die Moabitin Rut ihre Schwiegermutter Noomi bei der Rückkehr in ihr Heimatland Juda begleitet. Dort wird Rut, die als Mi-

grantin erst fremd ist, zur Urgroßmutter von König David. Die »Fremde« wird also Glied im Stammbaum Jesu und Teil von Gottes Heilsplan. Diese Erzählung zeigt eine neue Perspektive auf: »Fremde« sind keineswegs nur Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Sie sind immer mehr als ihre Hilfsbedürftigkeit und ihr Aufenthaltsstatus; in ihrer eigenen Würde und Freiheit sind sie genauso wie »wir«. Es geht daher um viel mehr als um moralische Appelle. Es geht um die Einladung, den liebenden Blick Gottes auf alle Menschen nachzuvollziehen.

Die Interkulturelle Woche ist mit ihren 5.000 Veranstaltungen an mehr als 500 Orten in ganz Deutschland breit verankert. Die Kirchen verbinden mit ihr seit über 40 Jahren die Überzeugung, dass gerade in der Begegnung die Wertschätzung füreinander wächst. So entstehen Teilhabe und Integration. Die hunderttausende Ehrenamtlichen in Kirchengemeinden, Vereinen, spontanen Initiativen und Wohlfahrtsverbänden haben entscheidend dazu beigetragen, dass sich die »Willkommenskultur« für Flüchtlinge und Asylbewerber zu einer »Integrationskultur« weiterentwickelt hat.

In diesem Jahr des Reformationsgedenkens beginnt ein neuer Weg, der uns als Kirchen zunehmend zusammenführt. Im ökumenischen Buß- und Versöhnungsgottesdienst in der Hildesheimer Michaeliskirche im März diesen Jahres haben wir gefragt: Wozu sind wir überhaupt Kirche in diesem Land? Und haben als Antwort gefunden: Wir sind Kirche, um das Kreuz Christi zu verkünden. Das ist das Zeichen unseres Glaubens und damit das Zeichen der großen Hoffnung, dass Gott mit uns geht. Wir haben einen Auftrag, diese frohe Botschaft allen Menschen kundzutun.



Reinhard Kardinal Marx

Reinhard Kardinal Marx
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz



Heinrich Bedford-Strohm

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland



+ Ὁ Γερακιώτης Αὐγουστίνος

Metropolit Dr. h.c. Augustinos
von Deutschland
Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland

THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

VIELFALT VERBINDET.

ANREGUNGEN UND FRAGESTELLUNGEN FÜR DIE INTERKULTURELLE WOCHEN

Viele Menschen in der Mitte Europas, so auch in Deutschland, haben sich daran gewöhnt, in Demokratie und Frieden zu leben. Die gewalttätigen und kriegerischen Konflikte, die Europa über Jahrhunderte geprägt haben, sind fast in Vergessenheit geraten. Und so werden Frieden, Demokratie und Freiheit als selbstverständlich wahrgenommen. Allerdings erleben wir gegenwärtig, wie Nationalismus und Ausgrenzung neu aufleben und Deutschland wie Europa auseinandertreiben. Migrant*innen und Flüchtlinge sind nicht die Ursache dieser Entwicklungen, sondern werden von rechtspopulistischen Parteien instrumentalisiert, um das Modell einer homogen gedachten Gesellschaft mit Polemik, Gewalt und Manipulationen der öffentlichen Meinung durchzusetzen.

Die Erfahrung aus unserer eigenen Geschichte zeigt: Wer Menschen herabwürdigt, ausgrenzt, sie nach Hautfarbe oder Religion bewertet, Grenzen mit Mauern versieht, zerstört die Grundlagen einer zivilisierten Gesellschaft und stellt die Idee eines geeinten Europa in Frage. Heute gilt es wieder, für die Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens einzustehen. Artikel 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention sichert allen Menschen in Europa Rechte und Freiheiten zu. »Die Würde des Menschen ist unantastbar« heißt es in Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes. Dieser Satz gilt für alle hier lebenden Menschen, unabhängig von Status, Herkunft, Pass, Einkommen oder Religion. Dieser Kernsatz des Grundgesetzes setzt staatlichem Handeln Grenzen. Es setzt ebenso dem Handeln Einzelner und Gruppen Grenzen, die andere anfeinden, ausgrenzen, diskriminieren, verleumden oder tätlich angreifen.

In freien Gesellschaften leben Menschen miteinander und nehmen auch das Recht in Anspruch, nebeneinander zu leben. Konflikte gehören in beiden Fällen dazu. Wer sich ihnen stellt und sich nicht durch einfache Lösungsvorschläge blenden lässt, geht gestärkt daraus hervor. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft in Deutschland ist inzwischen Alltag. Manche wollen dies nicht wahrhaben und behaupten das Gegenteil. Aber: die Zivilgesellschaft in Deutschland steht für die Grund- und Menschenrechte ein. Das macht Mut.

Diese Vielfalt, die in Deutschland und den Ländern Europas über viele Generationen gewachsen ist, ist die Grundlage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Vielfalt weckt die Kreativität für friedliche, zukunftsweisende Konfliktlösungen. Das verbindet und macht stark. Es geht um den zentralen Anspruch, in einer Gesellschaft leben zu wollen, in der Grundwerte und Men-

schenrechte gelebt werden. Die große Mehrheit in Deutschland, die diesen Anspruch teilt, muss sich deshalb deutlich zu Wort melden.

Die Herausforderung ist, mit rationalen Argumenten zu möglichst vielen Menschen durchzudringen. »Alles wirkliche Leben ist Begegnung«. Mit diesem Satz beschreibt der Philosoph Martin Buber Begegnung, die gleichwertig und gleichberechtigt stattfindet. Die Interkulturelle Woche bietet viele Impulse, vor Ort neue Begegnungen in diesem Sinne zu ermöglichen, damit aus dem Nebeneinander ein Miteinander werden kann.

Die Interkulturelle Woche findet in diesem Jahr in einem besonderen Zeitraum statt: im September befinden sich die Parteien im Endspurt des Wahlkampfes zur Bundestagswahl am 24. September 2017. Wir alle sind aufgerufen, Haltung zu zeigen und uns mit klarer Position einzumischen.



■ Das Motiv »Auge« ist als Plakat im Format DIN A3, A2 und A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2017 erhältlich. Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf: www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax: Fax: 069 / 24 23 14-71

■ Im Folgenden werden aktuelle politische Themen genannt, die dazu geeignet sind, im Rahmen von Veranstaltungen diskutiert zu werden. Laden Sie Vertreter*innen der demokratischen Parteien zu Veranstaltungen oder zu Gesprächsrunden ein. Sensible Themen lassen sich manchmal besser in einem nicht-öffentlichen Rahmen besprechen. Beziehen Sie Position und fragen Sie die Vertreter*innen der Parteien nach deren Vorstellungen und Lösungsvorschlägen. Am Ende jedes Absatzes sind beispielhaft Fragen und Forderungen an politische Verantwortliche formuliert, die sich ergänzen und fortführen lassen.

RASSISMUS UND DAS ERSTARKEN RECHTSPOPULISTISCHER BEWEGUNGEN

Die täglichen rechtsextremistisch motivierten An- und Übergriffe finden bundesweit Beachtung. Im öffentlichen Fokus stehen dabei vor allem die ostdeutschen Bundesländer. Dabei wird ausgeblendet, dass rechtsextremistisches Handeln überall in Deutschland um sich greift. Beispielsweise stiegen in Bayern die Ermittlungszahlen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen oder rassistischen Straftaten in 2015 gegenüber 2014 um 29 % an. Die weitverbreitete alltägliche Diskriminierung und Ausgrenzung wird dabei noch gar nicht registriert. Straftaten sind nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt fließende Übergänge zwischen aggressiv vortragener rechtspopulistischer Stimmungsmache und Gewalt. Zurzeit steigt der Anteil derjenigen, die dazu neigen, einfache Antworten auf komplizierte Zusammenhänge anzunehmen und die Angebote rechtspopulistischer Parteien aufzugreifen. Die Gefahr wächst, dass sich politisches Handeln an den Forderungen von Rechtspopulist*innen orientiert und dadurch die Gesellschaft insgesamt Schaden nimmt.

Gleichzeitig steht eine überwältigende Mehrheit unserer Gesellschaft für Vielfalt, Offenheit und Demokratie. Ihre Erwartungen werden in der politischen Diskussion gegenwärtig allerdings nur unzureichend aufgegriffen.

Die politische Landschaft hat bereits begonnen, sich zu verändern. Da wo die AfD in Landtagen vertreten ist, versucht sie, bestehende demokratische Strukturen zu nutzen, um demokratische Prozesse zu behindern und zu lähmen. Die etablierten Parteien reagieren darauf mitunter wenig souverän. Angesichts mancher Vorschläge aus den etablierten Parteien gewinnt man gelegentlich den Eindruck, die AfD regiere bereits mit. Es müssen deshalb drin-

gend Strategien entwickelt werden, die eigenen Werte denen der Rechtspopulist*innen entgegenzusetzen. Wahlkampf heißt auch und vor allem eine Auseinandersetzung über Wertvorstellungen.

- Was kann unternommen werden, um rechtspopulistischen Strömungen entgegenzuwirken? Welche Strategien sollten verfolgt werden? Wie können potentielle Opfer besser geschützt, die Zivilgesellschaft durch staatliches Handeln unterstützt und gesellschaftliche Institutionen nachhaltig sensibilisiert werden?
- Welche Strömungen und Ansätze greifen Politiker*innen auf und stärken sie, um eine am Gemeinwohl orientierte Entwicklung der Gesellschaft in ihrer Vielfalt voranzubringen? Wie können sie dazu beitragen, der Mehrheit mehr gesellschaftliche Präsenz und mehr zu Gehör verschaffen?

DAS RECHT, ALS FAMILIE ZUSAMMENZULEBEN

Das Recht, als Familie zusammenzuleben, hat einen zentralen Stellenwert. Der Schutz der Familie ist ein hohes durch das Grundgesetz geschütztes Gut. Gerade wenn Menschen aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten fliehen müssen, sind sie – hier angekommen – in großer Sorge um ihre Angehörigen. Die Trennung von Familienmitgliedern, die im Herkunftsland oder auf dem Fluchtweg zurückgeblieben sind, ist für die Betroffenen sehr belastend und nicht selten traumatisierend. Wie kann Integration gelingen, wenn die Angst um Mann, Frau oder Kinder das alltägliche Leben bestimmt? Die Familieneinheit ist entscheidend dafür, dass Integration gelingt. Im EU-Recht wurde dies erkannt. In Deutschland aber wurde das Recht auf Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge bis zum 16. März 2018 ausgesetzt. Organisieren Sie Begegnungen mit

Flüchtlingen, die konkret schildern, was ihnen widerfahren ist. Das schafft Anteilnahme.

- Treten Sie dafür ein, dass auch Menschen, die aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten fliehen, wieder das Recht bekommen, ihre Familie nachzuholen. Sprechen Sie sich gegen eine Verlängerung der bestehenden (befristeten) gesetzlichen Einschränkung beim Familiennachzug zu subsidiär Geschützten aus. Setzen Sie sich dafür ein, dass der Schutz der Familie und das Recht auf Familieneinheit entsprechend ihrer Bedeutung in der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 14 in Verbindung mit Art. 8 EMRK) und dem Grundgesetz (Art. 6 GG) ausgestaltet und vollzogen wird.

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG WEITERENTWICKELN

In Deutschland ist eine Vielfaltsgesellschaft gewachsen. Allerdings erleben Menschen dessen ungeachtet Diskriminierung und Ausgrenzung, insbesondere bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche. Auch der öffentliche Dienst spiegelt die gesellschaftlichen Verhältnisse immer noch nicht wieder, trotz einiger Ansätze der interkulturellen Öffnung. Hier muss die Einstellung von Menschen mit Migrationsbiografien intensiver und systematischer betrieben werden.

Auf der Bundesebene wird Integrationspolitik federführend vom Innenministerium und dem ihm unterstellten Bundesamt (BAMF) koordiniert und finanziert.

- Wie stehen die Bundestagskandidat*innen z.B. zur Schaffung eines eigenständigen Bundesintegrationsministeriums, so dass Integration deutlicher als Querschnittsaufgabe verstanden wird?
- Wie kann sichergestellt werden, dass nicht ordnungs- und sicherheitspolitische Gesichtspunkte dominieren, sondern Integration, Teilhabe und rechtliche Verfestigung die Ziele der Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen sind?

AUS DER MOTTENKISTE DER INTEGRATIONSDEBATTE

Es gibt nach wie vor keinen gesellschaftlichen Konsens darüber, wie man Menschen bezeichnet, die hier leben und deren Eltern oder Großeltern eine Einwanderungs- oder Flüchtlingsbiografie haben. Die Akzeptanz der Lebens- und Familiengeschichte bei gleichzeitiger Anerkennung der Verwurzelung in Deutschland ist von hoher emotionaler Bedeutung. Wer zu seiner Herkunftsgeschichte stehen darf, sie nicht verstecken muss, um akzeptiert zu werden, wird sich viel leichter mit der Gesellschaft identifizieren, in der er lebt. Gegenwärtig muss man Sorge haben, dass überholte Themen aus der integrationspolitischen Mottenkiste des letzten Jahrhunderts bemüht werden und Resonanz finden. Klare und realitätsgerechte Wege zu einem unbefristeten Aufenthaltstitel und eine unzweideutige Perspektive auf eine Einbürgerung für Menschen, die hier seit Jahren leben, sind und bleiben wichtige Bausteine für ein demokratisches Gemeinwesen. Auch das für Kinder von hier seit langem lebenden Ausländer*innen geltende Geburtsortprinzip im Staatsangehörigkeitsgesetz (ius soli) entspricht den Entwicklungen in unserer Gesellschaft.

- Welche Positionen vertreten die Bundestagskandidat*innen? Streben sie eine Änderung der aktuell geltenden Rechtslage zur Aufenthaltsverfestigung, zur Einbürgerung oder zum ius soli an?

WOHNUNG, BILDUNG, ARBEIT

Vor allem in Ballungszentren existiert ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus ist für alle Menschen mit geringem Einkommen – unabhängig von ihrer Herkunft – wichtig.

Das gesamte Schul- und Bildungssystem spielt eine wesentliche Rolle im Integrationsprozess. Von der Grundschule bis zum Gymnasium und den berufsbildenden Schulen müssen die Inhalte der Lehrpläne, die personelle und materielle Ausstattung diesem Ziel dienen. D.h. auch, dass das Recht auf Schulbesuch, gerade für als Jugendliche geflüchtete Personen, nicht mit Eintritt der Volljährigkeit enden darf. Oft ist es für die Betroffenen kaum möglich, einen Schulabschluss zu erlangen.

Gleichzeitig gilt es, die Unterrichtsinhalte und den Schulalltag so zu gestalten, dass Integration nicht als eine Einbahnstraße für Zugewanderte verstanden wird.

Integration gelingt, wenn Menschen im alltäglichen Umfeld zusammenleben, wohnen und Arbeit finden. Gesetzlich beschlossen wurde die Verpflichtung für anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention und für andere Personen mit einer humanitären Aufenthaltserlaubnis, sich in der im Asylverfahren zugewiesenen Region längerfristig aufzuhalten, wenn sie Sozialleistungen beziehen. Diese gesetzliche Einschränkung des Rechts, den Wohnsitz frei zu wählen, gilt bis August 2019.

- Was tun die politisch Verantwortlichen, um in Wohnungsbau, Schule und Bildung nicht nur für Flüchtlinge, sondern insgesamt für Menschen mit geringerem Einkommen zu investieren?
- Treten Sie dafür ein, dass Menschen das Recht haben, sich frei Wohn- und Arbeitsort zu suchen, wenn sie dauerhaft in Deutschland leben dürfen.

FAIRE ASYLVERFAHREN UND INTEGRATION VON ANKOMMENDEN FLÜCHTLINGEN

Ein sicherer Aufenthaltsstatus und gute Bedingungen für den frühen Erwerb der deutschen Sprache sind die Schlüssel zur Integration. Für Asylsuchende hängen die Integrationschancen oft vom Verlauf ihres Asylverfahrens ab. Um die hohe Zahl von Asylanträgen schnell zu bearbeiten, fanden im Jahre 2016 tausende Schnellverfahren statt, bei denen die individuellen Schicksale der Geflüchteten oft nicht berücksichtigt wurden. Fluchtauslösende Erlebnisse und die Fluchtwege sind oft traumatisierend. Das zu schildern, braucht es Zeit und vor allem Vertrauen. Zweifel sind durchaus berechtigt, ob in den Fällen der Flüchtlinge aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten, wie z.B. Syrien, Irak, Afghanistan oder Eritrea immer richtig entschieden wurde.

Gerichtsverfahren sind extrem langwierig und genügend Anwalt*innen sind nicht vorhanden. Die betroffenen Menschen laufen Gefahr nur geduldet oder gar abgeschoben zu werden. Zu Recht treten deshalb die Kirchen für faire und sorgfältige Asylverfahren ein. Die schnelle Bearbeitung darf nicht zu Lasten der Qualität im Asylverfahren gehen.



- Das Motiv
»Die Flüchtlinge ...« ist als Plakat im Format DIN A3, A2, und A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2017 erhältlich.
Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg
- Das Bestellformular finden Sie auf: www.interkulturellewoche.de
- Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de
- Bestellungen per Fax: Fax: 069 / 24 23 14-71

- Wie stehen Ihre Wahlkreiskandidat*innen zu dieser Thematik und welche Handlungsmöglichkeiten sehen sie, sich für Verbesserungen einzusetzen?

GESETZLICHE BLEIBERECHTS-REGELUNG

Asyl erhält nur, wer individuelle Fluchtgründe geltend machen kann. Auch weiterhin wird es abgelehnte Asylsuchende geben, die aufgrund der Situation im Herkunftsland oder aus anderen Gründen (Krankheit, fehlende Papiere etc.) nicht abgeschoben werden können. Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Initiativen fordern seit Jahren die Abschaffung von so genannten Kettenduldungen. Sie haben schon vor Jahren auf eine gesetzliche, stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete gedrängt. Dies gilt auch heute noch, denn mehr als 30.000 Menschen mit einer Duldung leben seit mehr als sechs Jahren in Deutschland. Auf Grund der vom Deutschen Bundestag 2015 verabschiedeten gesetzlichen Bleiberechtsregelung haben bisher nur knapp 1.000 von ihnen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Von über 12.000 Jugendlichen und jungen Heranwachsenden haben nur etwas mehr als 3.000 die humanitäre Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Jugendliche bekommen.

- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit für längere Zeit hier lebende Geduldete die Perspektive eines legalen Aufenthaltes haben? Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen.
- Welche Vorstellungen haben politische Verantwortliche, um die Kettenduldungen abzuschaffen und langjährig Geduldeten eine Bleibeperspektive zu bieten?

ABSCHIEBUNGEN, FÖRDERUNG VON FREIWILLIGER AUSREISE

Die Kirchen haben deutliche Kritik an Sammelabschiebungen nach Afghanistan geäußert. So formulierten der Hamburger Erzbischof Heße und der rheinische Präses Rekowski in einer gemeinsamen Erklärung am 24. Januar 2017: »Kein Mensch darf in eine Region zurückgeschickt werden, in der sein Leben durch Krieg und Gewalt bedroht ist. Die Sicherheit der Person muss stets Vorrang haben gegenüber migrationspolitischen Erwägungen.«

Im politischen Raum wird auch über die Förderung der freiwilligen Ausreise diskutiert, die Vorrang vor der mit staatlichem Zwang durchgeführten Abschiebung haben muss. Wohlfahrtsverbände setzen sich für eine ergebnisoffene Perspektivberatung ein. Manche der vorliegenden Konzepte setzen dagegen darauf, dass die freiwillige Ausreise das Ziel der Beratung ist, selbst bei Staaten wie Irak oder Afghanistan.

- Welche Ziele sollte die Beratung haben? Wie lassen sich Menschen aus Ländern, in denen sie extremer Gefährdung ausgesetzt sind, schützen?

FÜR EIN EUROPA IN VIELFALT

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die sich auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität gründet. Die in der Grundrechtecharta und im Grundgesetz festgeschriebenen Menschenrechte gelten unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Die Grundwerte und Grundrechte in der Europäischen Union werden zunehmend durch rechtspopulistische Parteien in Frage gestellt, indem sie verschiedene Gruppen von Menschen davon ausschließen wollen. Beschädigt werden sie auch durch politische Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik einzelner Mitgliedstaaten.

Ein den Menschenrechten verpflichtetes Europa nimmt Schaden, wenn es sich weiter zur Festung ausbaut und der Zugang zu einem fairen Asylverfahren in Europa nicht mehr gewährleistet ist. Fehlende legale Zugangswege für Schutzsuchende, die mehr als 5.000 Toten im Mittelmeer im Jahr 2016 sowie die Verzweigung der an Europas Grenzen gestrandeten Schutzsuchenden zeigen die Notwendigkeit politischen Handelns auf.

- Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um Flüchtlingen mehr legale Zugangswege nach Europa zu eröffnen?
- Wie wird Europa seiner Verpflichtung Flüchtlinge zu schützen gerecht?
- Wie sind Auffanglager vor Europas Grenzen ethisch, moralisch und rechtlich zu rechtfertigen?

- Wie kann man verantworten, den Flüchtlingsschutz auf die Randstaaten der Europäischen Union oder auf Staaten außerhalb der Europäischen Union abzuwälzen?

DIE INTERKULTURELLE WOCHENS ALS CHANCE

In Tausenden von Veranstaltungen werden Begegnungen initiiert und politische Diskussionen geführt. »Vielfalt verbindet.« – das ist die für manche überraschende Aussage des diesjährigen Mottos zur Interkulturellen Woche. Von vielen Seiten sind dagegen skeptische Töne zu hören: Vielfalt trennt, Vielfalt macht Probleme, Vielfalt löst Konflikte aus.

Dem stehen die Erfahrungen der Interkulturellen Woche entgegen:

In Deutschland ist eine interkulturelle Gesellschaft gewachsen, in der über Generationen hinweg Wanderungsprozesse stattgefunden haben und auch weiter stattfinden werden. Das Zusammenleben von Menschen, die sich über viel mehr als ihre Herkunft identifizieren, ist der gesellschaftliche Normalfall und funktioniert besser als manche Scharfmacher es wahrhaben und weismachen wollen. Die Vielfalt steht ja nicht im leeren Raum. Grund- und Menschenrechte bilden das gemeinsame Fundament und den Rahmen. In der Vielfalt liegen Deutschlands und Europas Stärke und Zukunft!

Die Debatten um das Zusammenleben dürfen nicht den Populist*innen überlassen werden, die sich laut Gehör verschaffen und unangemessene mediale Aufmerksamkeit finden. Besonders Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Initiativen müssen unsere demokratischen Werte und Haltungen klar und wirkungsstark verteidigen und für ein von Respekt und Solidarität geprägtes, friedliches Zusammenleben eintreten. Die Interkulturelle Woche wird auch in diesem Jahr wieder Beispiele dafür geben und dazu ermutigen.

■ Dieser Artikel wird vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche verantwortet.

■ Kontakt: info@interkulturellewoche.de

EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT GESTALTEN

Farhad Dilmaghani

Das Leben in einer Einwanderungsgesellschaft ist anstrengend. In einer Zeit, in der die Stimmen der Nationalisten nicht nur an den Rändern immer lauter werden, steigert sich die Belastung für die Einwanderer und wird zu Angst und physischer Bedrohung. In Europa greifen modernisierte Blut- und Bodenmythen um sich. Die Identitären verwenden Strategien der alten außerparlamentarischen Opposition, um im coolen Gewand rassistische Ideologie neu auftreten zu lassen. Leitmedien sprechen vom »Kontrollverlust« Deutschlands angesichts der Menschen, die über die Grenzl意思en der Landkarten hinweg oft genug schlicht nach einer Überlebensmöglichkeit suchen.

Gegen solch tiefgreifende Verschiebungen in der gesellschaftlichen Realität helfen Einzelmaßnahmen kaum – egal, wie gut gemeint und durchgeführt sie auch sein mögen. Wir brauchen eine Verständigung darauf, wo und wie wir leben wollen: ein Bild der Zukunft. Zuerst müssen wir alle anerkennen, dass der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik ohne Zuwanderung nicht möglich gewesen wäre. Es waren die sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die wesentlich zum erfolgreichen Wirtschaftsmodell Deutschlands in den Jahrzehnten nach dem Wiederaufbau beitrugen, bevor ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Klassenunterschiede und soziale Spannungen wurden mit dem Aufstieg des deutschen Facharbeiters abgemildert – zulasten vor allem zweier Gruppen: Frauen, die keine Anerkennung oder Honorierung für ihre Hausarbeit erhielten und Migranten, die oftmals unter prekären Verhältnissen und bei niedrigeren Löhnen die niedere Arbeit machten.

Ausgeblieben ist jedoch die nachträgliche Anerkennung dafür, dass Einwanderung schon vor mehr als 50 Jahren maßgeblich zum Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft beitrug, und später auch für den Transfer vieler Milliarden Euro in den Aufbau der neuen Bundesländer unverzichtbar war. Zu einer

wirklich weit- und klarsichtigen Politik hätte gehört, dass der Status und die Verfassung Deutschlands als Einwanderungsland zentrales Thema einer solchen gesellschaftlichen Verständigung in Ost wie West hätte sein müssen. Die Opfer von Hoyerswerda, Solingen, Rostock-Lichtenhagen und Mölln mahnen uns noch heute. Die Bundesregierung sollte eine Historikerkommission einsetzen, die die Geschichte der rund 17 Millionen sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter und ihren Beitrag zum »Wirtschaftswunder« aufarbeitet.

Es ist heute unstrittig, dass gezielt niedrig qualifizierte Einwanderer angeworben und bewusst nicht integriert wurden. Das hat maßgeblich zu einer Sozialstruktur in der ersten Einwanderergeneration geführt, deren Auswirkungen wir heute politisch und sozial spüren. Diese Sozialstruktur wird zum Argument, wenn die Unvereinbarkeit des Islam mit modernen Gesellschaften belegt werden soll: dass es pauschal keinen Integrationswillen seitens der Migranten gäbe und Ähnliches.

Das sind nur die harmloseren Formen dieser rassistischen Denkweisen, die heute oft genug auch in seriösen Medien als ernst zu nehmender Debattenbeitrag gelten. Die Menschen, die Objekt einer bestimmten Steuerung der Einwanderung durch die deutsche Politik waren, werden nachträglich zu den Subjekten dieser Entwicklung erklärt, die – zusammen mit ihren Nachkommen – allein für ökonomische, soziale und kulturelle Probleme verantwortlich sein sollen, die mit Migration verbunden werden.

Statt Kritik an der Politik zu üben, schafft man einen Sündenbock, der stellvertretend für die Verfehlungen einer ganzen Gesellschaft geopfert werden soll. Das kann natürlich vorübergehend funktionieren: Wenn das Ziel wäre, die Rechten, die neuen Völkischen und die Identitären zu stärken. Es kann nicht funktionieren, wenn das Ziel eine zukunftsfähige liberale Demokratie und offene Gesellschaft bleiben soll.



Das Motiv »Alle, die nicht von hier sind ...« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2017 erhältlich.

Gestaltung: BALLHAUS WEST, Berlin

Das Bestellformular finden Sie auf: www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax: Fax: 069 / 24 23 14-71

Migranten sind keine Almosenempfänger, sondern reale und potenzielle Erweiterungen des Staatsvolkes.

Zum Zweiten ist Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Erfolg vom Zusammenwirken aller abhängt. Wenn wir uns in Deutschland als Einwanderungsgesellschaft ehrlich machen wollen, müssen wir unser Bild von Eingewanderten gründlich überarbeiten. Wir produzieren laufend diskriminierende Statistiken, indem wir Äpfel mit Birnen vergleichen. Ein Beispiel: Eine aktuelle Forschungsarbeit des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration zum Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund zeigt, dass bei gleicher sozialer Herkunft und Kompetenz die Bildungserfolge der Kinder mit Migrationshintergrund mindestens genauso gut wie die von Kindern ohne sind. In den offiziellen Statistiken entsteht dennoch der Eindruck, dass Kinder mit Migrationshintergrund viel schlechter in der Schule wären. Das liegt daran, dass sie überproportional aus sozial schwächeren Haushalten kommen. Aus einem hauptsächlich sozialen Problem wird ein kulturelles Problem konstruiert – Sarrazin lässt grüßen. Deswegen müssen wir die Erhebungsmethoden, die Erfolg und Misserfolg in der Einwanderungsgesellschaft statistisch beschreiben sollen, ändern und die soziale Herkunft ins Zentrum stellen, wenn wir Bevölkerungsgruppen vergleichen. Das wird den Diskurs über Einwanderung auf eine neue, konstruktivere und sachlichere, Grundlage stellen.

Darüber hinaus brauchen wir ein Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft. Das gemeinsame gesellschaftliche Gespräch miteinander statt übereinander.

Leitbild statt Leitkultur. Eine vierköpfige Fachkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung hat hierzu zu Beginn des Jahres einen tragfähigen Vorschlag entwickelt. Unter dem Motto »Miteinander in Vielfalt« beschreibt die Kommission eingängig, wie sie sich das Zusammenleben vorstellt. Ein guter Aufschlag, der auch im Rahmen der Interkulturellen Woche aufgegriffen werden sollte.

Drittens sollten wir Vielfalt als tatsächliche Ressource betrachten. Das geht nur, wenn wir es schaffen, diejenigen, aus denen diese Ressource letztlich besteht, die Migrantinnen und Migranten und ihre Familien, als politisch und sozial gleich zu betrachten. Sonst bleibt es bei dem Versuch, Vielfalt abzubilden, ansonsten die Macht- und Verteilungsstrukturen in der Gesellschaft aber unangetastet zu lassen. Wer lautstark Leistungsgerechtigkeit einfordert, muss sie auch glaubwürdig vorleben. Notwendig ist daher eine Förderpolitik, eine wirksame Antidiskriminierungspolitik und eine aktive Zivilgesellschaft, die es ermöglicht, dass Menschen mit Migrationshintergrund aufholen und gleichziehen können. Das gelingt, wenn sich Vielfalt gerecht in den Entscheidungszentren unserer Gesellschaft – das heißt Staat (Politik, Verwaltung und Justiz), Wirtschaft, Kultur und Medien – widerspiegelt. Hier werden die Weichen gestellt. Und wir brauchen ein neues Staatsziel im Grundgesetz: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert daher die gleichberechtigte Teilhabe und Integration.

Gerade in den Parteien, die laut Grundgesetz Mittler zwischen Bürgern und Staatsorganen sind, gibt es viel Nachholbedarf. Im Bundestag haben nur

rund fünf Prozent der Abgeordneten einen Migrationshintergrund. In den Parteivorständen sieht es überwiegend ähnlich oder noch schlechter aus. Eine geschlechterneutrale Quote ist überfällig. Die Parteien sind verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wenn soziale Herkunft über Aufstiegsmöglichkeiten entscheidet, muss genau dies ins Zentrum politischen Handelns. Tatsächlich sprechen Soziologen wie Oliver Nachtwey bereits von der deutschen Abstiegs-gesellschaft, in der immer mehr Menschen wie auf einer Rollentreppe nach unten gegen ihren Abstieg anrennen.

Und die, die es nach oben geschafft haben, schauen sich entspannt auf der ersten Etage um, um für sich und ihre Kinder die Rolltreppe in die zweite Etage zu nehmen. Wenn der Befund richtig ist, muss es darum gehen, eine gerechte Verteilungspolitik zu forcieren und vor allem in alle Mitglieder der Gesellschaft zu investieren. Hier öffnet sich ein Feld für eine Politik der Solidarität, das es zu bestellen gilt. Die Abstiegs-gesellschaft ist eine Frage der sozialen Schichtung – der Klasse – und eine moderne Politik muss dafür eine Sprache und ein Programm entwickeln. Aber nicht auf Kosten der Migranten, sondern durch die Erfahrung von Solidarität unter den zwar unterschiedlich, aber eben vom Gleichen Betroffenen: von den radikalen sozialen Spaltungseffekten marktliberaler Politik.

Es ist daher an der Zeit, neben dem Wirtschaftswachstum andere Indikatoren für den Erfolg eines Landes zu entwickeln. Wie wäre es, wenn wir mit der gleichen Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit, mit der wir Konjunkturzahlen und Wachstumsquoten diskutieren, künftig politisches und gesellschaftliches Gelingen in den Blick nehmen?

Zum Beispiel einen Bruttonationalglücksindikator. Ein solcher könnte ein neues »magisches Viereck« bilden: eine sozial gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung, die Bewahrung und Förderung kultureller Werte, der Schutz der Umwelt und gute Regierungs- und Verwaltungsstrukturen könnten die Maßstäbe sein, an denen diese Entwicklung abgelesen wird. Tatsächlich gibt es so etwas bereits. Beim letzten World-Happiness-Ranking im

DeutschPlus befasst sich ganzheitlich mit den Themen der Einwanderungsgesellschaft und Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland. Der Verein setzt sich dafür ein, Lücken zwischen der Bevölkerungsstruktur und der Repräsentation der Menschen mit Migrationsgeschichte in zentralen gesellschaftlichen Bereichen zu schließen, ebenso wie für ein modernes Verständnis nationaler Identität vor dem Hintergrund wachsender Vielfalt in Deutschland. Darüber hinaus setzt sich DeutschPlus e.V. auch mit der komplexen Frage der Flüchtlingssituation in Deutschland in fairer vermittelnder Weise auseinander.



■ Mehr Infos: www.deutsch-plus.de

Auftrag der Vereinten Nationen, ein Bruttonationalglücksindikator, der den gesellschaftlichen Fortschritt eines Landes misst, landete Deutschland abgeschlagen auf Platz 26. Vorneweg: die Schweiz, Dänemark, Island, Norwegen und Kanada.

Ein solcher Bruttonationalglücksindikator könnte auch der Politik neue Ziele vermitteln und helfen, erfolgreiche Politik transparenter und besser zu beurteilen und zu verpflichten. Wir brauchen mehr Wirkungsorientierung im politischen Handeln und weniger parteipolitische Aussagen. Dafür braucht es eine Wahrnehmung dafür, wo sich

Wirkung tatsächlich in gesellschaftlich relevanter Weise entfaltet. Reduktive Argumente fördern die Politikverdrossenheit und verbreitern das Spielfeld für populistische Heilsversprechen.

Politik ist für die große Mehrheit mittlerweile eine Blackbox. Für die Einwanderungsgesellschaft wäre ein Glücksindikator eine angemessene Form, den Erfolg einer Teilhabepolitik für alle abzubilden. An ihm könnten sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen solidarisch orientieren, an ihm könnte auch jeder und jede seine eigene Situation messen und gegebenenfalls politische Forderungen formulieren. Unbe-

sehen der Frage, wie er oder sie als Individuum lebt, glaubt oder liebt.

■ Farhad Dilmaghani ist Vorsitzender und Gründer von »DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik« und Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur IKW.

■ Herr Dilmaghani kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche (IKW) angefragt werden.

■ Kontakt:
farhad.dilmaghani@deutsch-plus.de

WAS HEISST HIER POSTMIGRANTISCH? ODER WIE SICH DIE INSTITUTIONEN IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT VERÄNDERN MÜSSTEN

Riem Spielhaus

Deutschland hat sich zuletzt doch ganz schön verändert. Sie immer weiter polarisierende Debatten hinterfragen die Integrationsfähigkeit und Zugehörigkeit der Nachkommen von Gastarbeitern, erregen aber auch immer stärker und sichtbarer Widerspruch. Immer mehr von denen, die gern als kaum integrierbar dargestellt werden, sind inzwischen in Positionen, die ihnen eine Einmischung in öffentliche Debatten erlauben. Die Berliner Migrationssoziologin Naika Foroutan nennt das so entstehende Potential für eine gesellschaftliche Bewegung ›die neuen Deutschen‹, die nicht nur durch ihre unterschiedliche Herkunft geprägt sind, sondern vor allem eine neue Vision von einem durch Vielfalt geprägten Deutschland teilen. Sie prangern rassistische Diskurspraktiken und Strukturen an.

Sie organisieren sich zunehmend, um Stigmatisierungen und Ausgrenzungen entgegenzutreten und machen die Pluralität der deutschen Gesellschaft sichtbar. Sie melden sich in Kunst und Kultur, im Theater, in den Medien, der Zivilgesellschaft, der Bundeswehr und anderswo zu Wort und stoßen dabei immer häufiger auf Resonanz. Was sie

zu sagen haben, wird mittlerweile als gesellschaftlich relevant wahrgenommen.

Die häufig als Migrant*innen Markierten beanspruchen mit kreativen Strategien Sichtbarkeit, Teilhabe und Deutungshoheit. Die Gesellschaft, die sie auf die Bühne bringen, in ihren Texten beschreiben oder ihren Comiczeichnungen abbilden, hat rassistische Ausgrenzungen keineswegs überwunden. Sie ist geradezu besessen von einer Migration, die mehr als fünfzig Jahre zuvor stattgefunden hatte. Diese Gesellschaft arbeitet sich immer noch an dieser mehrere Generationen zurückliegenden Migration ab und grenzt ihre Kinder aus. Angst und Unbehagen gegenüber gesellschaftlichem Wandel werden zunehmend mit Migration verknüpft, die im öffentlichen Diskurs eine immer stärkere Rolle spielt. Sie ist zu einem der Kernthemen – geradezu zu einer Obsession – der Gesellschaft geworden.

Im postmigrantischen Theater wurde dieses Kernthema aufgegriffen. Kunstschaffende reagierten in ihren Stücken aber auch mit der kreativen Selbstbezeichnung als ›postmigrantisch‹ auf Diskurse und Zuschreibungen, denen

sie als Migrant*innen Markierte kaum entkommen konnten. Sie knüpften damit an den dominanten Diskurs an, wurden in ihm sichtbar und schafften sich mit dem kleinen Suffix ›post‹ doch den nötigen Raum, um ihre Sicht auf die ganze Migrationsgeschichte auszudrücken. Die Theaterschaffenden griffen damit das Migrationsstigma auf, deuten es um und schafften sich damit Spielraum. Das ›post‹ im postmigrantischen Theater schafft die nötige Irritation, um den auf Dauer gestellten Integrationsimperativ zu benennen und zurückzuweisen. Geht es nun um Migration oder nicht? Sind die schon integriert oder tun die nur so?

In den frühen 2010ern nannte die jetzige Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters Shermin Langhoff ihr Theater in Kreuzberg noch postmigrantisches Theater. Heute beansprucht sie hingegen, im Maxim Gorki ›neues deutsches Theater‹ auf die Bühne zu bringen. So nennen sich auch die über 80 zivilgesellschaftlichen Initiativen aus ganz Deutschland, die im Februar 2015 in Berlin unter der Überschrift ›Deutschland neu denken‹ zusammenkamen, ›Neue Deutsche Organisationen‹. Die Klammer, die Vereine wie Deutsch-

Plus, Typisch Deutsch, Deutscher Soldat und Buntesrepublik zusammenhält, ist nicht irgendeine gemeinsame Herkunft, sondern das Bekenntnis zu einer pluralen Gesellschaft, das gleichzeitig auch die Forderung nach Anerkennung eben dieser Realität enthält. Sie verstehen sich als Teil der Zivilgesellschaft, wollen nicht als Empfänger von Integrationsmaßnahmen betrachtet werden, sondern beanspruchen, die Gesellschaft auf ihren verschiedensten Ebenen mitzugestalten. Gleichzeitig streben diese Akteure eine deutlichere Sichtbarkeit für die Vielfalt der deutschen Bevölkerung an.

In einem programmatischen Aufsatz hatte die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan 2010 eine sehr offene Definition der ›Neuen Deutschen‹ aufgestellt. Ihr Verständnis der Bewegung geht weit über einen unverbrauchten Namen für Eingebürgerte oder zweite, dritte, etc. Generation Eingewanderter¹ hinaus. Foroutan zufolge verläuft die Trennungslinie nicht mehr zwischen (vermeintlich) multiethnischen und monoethnischen Bürger*innen, die Menschen und ihre Zugehörigkeit zu Gesellschaft und nationalem Gefüge auf-

grund der Vorfahren ordnet. Nicht das Selbstverständnis Deutschlands als Nation aufgrund von gemeinsamer Abstammung bestimmten über neu und alt, sondern zwei unterschiedliche Vorstellungen von Deutschland, die in Debatten über das nationale Selbstverständnis und die Zukunft des Landes immer spürbarer aufeinanderprallen. ›Neue Deutsche‹ sind nach diesem Verständnis alle, die für eine plurale unter anderem durch Einwanderung geprägte Gesellschaft eintreten – unabhängig von ihrem Aussehen, Namen oder Familiengeschichte.

Immer mehr Initiativen mischen sich in die Debatten um nationale Identitäten ein, um klarzustellen, »dass Deutschsein inzwischen mehr ist, als deutsche Vorfahren zu haben« wie Ferda Ataman, Journalistin und Mitglied im Vorstand der Neuen Deutschen Medienmacher, in der Eröffnungsrede zur ersten Konferenz der Neuen Deutschen Organisationen 2015 erklärte. Diese neuen Initiativen mache Ataman zufolge aus, dass sie sich für Chancengleichheit und gegen Ausgrenzung, für Anerkennung und gegen Rassismus einsetzen. Damit knüpften sie zwar an die

jahrzehntelange Arbeit von Migrantenselbstorganisationen, von Ausländer- und Integrationsbeiräten an, unterschieden sich jedoch grundsätzlich von den ethnisch organisierten Vereinen der Eingewanderten. Vor allem zeigten sie Ataman zufolge ein Selbstbewusstsein als Mitglieder der Gesellschaft, die sich nicht mehr separieren und auch nicht mehr marginalisieren lassen. Wer ihr Anliegen teilt, erklärt Ataman, sei herzlich willkommen: »Man engagiert sich zusammen, ganz egal, wie lange oder kurz die Vorfahren auf dem Gebiet der Bundesrepublik leben«.

Der von deutschen Offizieren und Offiziersanwärtern mit und ohne Migrationshintergrund gegründete Verein Deutscher Soldat kämpft für »ein Deutschland des Miteinanders, in dem gemeinsame Werte schwerer wiegen als sichtbare Unterschiede«². Die Deukische Generation e.V., ein deutsch-türkischer Jugendverein, arbeitet in Kooperation mit Schulen für die Chancengleichheit junger Menschen³. Deutsch Plus versteht sich als Initiative für eine plurale Republik⁴ und die Buntesrepublik e.V. wirbt für »ein echtes Miteinander«⁵. Die neuen deutschen Medienmacher setzen sich »für mehr Vielfalt in den Medien ein: Vor und hinter den Kameras und Mikrofonen«⁶.

Unter dem Label neue deutsche Organisationen koordinieren also Vereine aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ihr gemeinsames Interesse an einer Gesellschaft, die nicht nur rechtliche Gleichstellung garantiert, sondern sich für Chancengleichheit in allen Bereichen engagiert. Hier sind Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, mit und ohne Stigmatisierungserfahrung aufgrund ethnischer oder rassistischer Zuschreibungen engagiert. Damit eröffnen sie ein Feld jenseits der Migrantenselbstorganisationen und passen folglich auch nicht mehr in das dominierende Paradigma, das Menschen entlang der Herkunft ordnet.



1 Mit ihrer Buchpublikation »Wir neuen Deutschen. Wer wir sind, was wir wollen« vertreten drei Journalistinnen der Wochenzeitschrift ›Die Zeit‹ ein etwas anderes Selbstverständnis von Neuen Deutschen als positive Identifikationsschablone für Eingebürgerte, das die von Foroutan zurückgewiesene Trennungslinie zwischen Alteingesessenen und Eingewanderten beibehält (Bota/Topçu/Pham 2012).

2 Selbstdarstellung auf: www.deutschersoldat.de/ [17.03.2017].

3 Selbstdarstellung auf: www.deukischegeneration.de/deukisch.php [28.12.2015].

4 Selbstdarstellung auf: www.deutsch-plus.de [17.03.2017].

5 Selbstdarstellung auf: www.buntesrepublik.org [17.03.2017].

6 Selbstdarstellung auf: www.neuemedienmacher.de [17.03.2017].

Der hier für die Bühnen der Hochkultur geschilderte Bürgerschaftsdiskurs wird momentan also auch in anderen Institutionen dieser Gesellschaft geführt. Er zielt auf die Teilhabe und Gleichbehandlung aller gesellschaftlichen Akteure ab und kritisiert ungeschriebene, aber dennoch wirkmächtige Grenzziehungen im Bildungssystem, in den Medien sowie in Kunst und Kultur. An Bildungsmedien wird zunehmend die Erwartung gerichtet, die Diversität der Schülerschaft zu spiegeln und Fragen religiöser und kultureller Pluralisierung aufzugreifen.

Während die Änderung des deutschen Staatsbürgerschaftsgesetzes rechtliche Gleichstellung für die Nachkommen ehemals Eingewanderter geschaffen hatte, zeigen sich die Narrative des deutschen Selbst ebenso wie institutionelle Strukturen resistent gegen derartige Veränderungen. Wie auf den Bühnen, bemängeln die Neuen Deutschen, kommt die Vielfalt der Bevölkerung in den Erzählungen, dem angesprochenen Publikum und unter den Akteuren subventionierter und staatlicher Einrichtungen viel zu selten vor.

■ Prof. Dr. Riem Spielhaus ist Islamwissenschaftlerin. Sie arbeitet am Seminar für Arabistik/Islamwissenschaft an der Universität Göttingen. Außerdem ist sie Leiterin der Abteilung Schulbuch und Gesellschaft des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig.

■ Kontakt:
Riem.Spielhaus@phil.uni-goettingen.de

Rassismus und Diskriminierung

WIE MIT VORBEHALTEN UND ÄNGSTEN UMGEHEN?

Annette Treibel

Vorbehalte haben etwas mit Gruppenzugehörigkeiten zu tun und stützen sich auf Verallgemeinerungen. Gerade Mitglieder moderner, das heißt ausdifferenzierter und heterogener Gesellschaften, in denen man sich nur bedingt persönlich kennen kann, greifen auf Sortierungen nach Gruppen zurück. Dies entlastet, es reduziert die als anstrengend empfundene Komplexität. Was Deutschland angeht, passen 60 Jahre nach dem ersten Abkommen zur Anwerbung von Gastarbeitern die früheren Schubladen aber nicht mehr so richtig. Die Gastarbeiter(innen) und ihre Nachkommen sind, ebenso wie die Aussiedler und Spätaussiedler oder die Menschen aus Bosnien oder dem Kosovo, Einheimische. Deutschland ist, wenn auch unerklärt und bislang eher verdrückt, zum *Einwanderungsland* geworden. Es gibt *alte Deutsche* und *neue Deutsche*, wie ich in meinem Buch »Integriert Euch!« darlege. Und es gibt alte und neue Vorbehalte: Manche der sogenannten alten Deutschen (damit sind Menschen ohne Einwanderungsgeschichte gemeint) interessiert die deutsche Staatsangehörigkeit der Nachkommen der Einwanderer nicht: »Einmal Türkei, immer Türkei!« sagen sie. Lernen sie jemanden kennen, der ihren Vorbehalten nicht entspricht, so wird dieser zur Ausnahme erklärt.

Vorbehalte bei alten und neuen Deutschen untereinander und gegenüber den Flüchtlingen entstehen *erstens* aus Gefühlen der Verunsicherung. Die wachsende Heterogenität der Gesellschaft und die Frage, wie genau die Integrationsprozesse verlaufen werden und wie viel Zeit sie brauchen, wird von vielen als Kontrollverlust empfunden. *Zweitens* erleben zahlreiche Flüchtlingshelfer(innen) Enttäuschungen; sie ärgern sich über diejenigen Flüchtlinge, die kein Interesse und kein Engagement zeigen. Für sie ist das »Durchmogeln« mancher Flüchtlinge frustrierend; für die Flüchtlinge selbst kann dieses Verhalten durchaus angemessen und für sie rational sein. Wie geht man nun mit Vorbehalten um, die man bei sich selbst und bei anderen feststellt? Ich möchte einige Ansatzpunkte für einen konstruktiven Umgang vorschlagen.

SICH AUSTAUSCHEN UND ERINNERN

Viele Menschen, die in pädagogischen und sozialen Berufen arbeiten, setzen sich unter Druck, dass sie keine Vorbehalte haben dürfen. Es scheint mir jedoch wichtig, die Wahrnehmungen und Ängste auszutauschen: Worauf gründen sie sich konkret? Was sind meine Sorgen? Welche Erfahrungen machen andere? Habe ich nur schlechte oder auch gute Erfahrungen gemacht? Wie

sahen die Umstände jeweils aus? Welche Erwartungen hatte und habe ich? Möglicherweise bin ich ungeduldig, weil mir die Integrationsarbeit so langwierig erscheint. Älteren kann es helfen, darauf zu schauen, welche Umstellungen sie in den letzten Jahrzehnten schon vollzogen haben: Sie haben realisiert, dass Deutsche heute ganz verschieden aussehen, nicht zwingend weißhäutig sind und nicht ausschließlich Müller oder Schmidt heißen. Deutsche können auch Schimanski, Boateng oder Özoğuz heißen. So ist das in einem Land mit Einwandererfamilien, die in der zweiten, dritten oder auch vierten Generation hier leben. Das heißt, man hat schon reichlich Erfahrung im Umgang mit einem breiten Spektrum von Herkunftsn und weiß, dass die Herkunft alleine nur bedingt aussagekräftig ist. Das sichtbare Merkmal muss nicht die ausschlaggebende Eigenschaft eines Menschen sein.

NICHTVERSTEHEN ZULASSEN

Diejenigen von uns, die selbst den berühmterbüchtigten Migrationshintergrund haben, sind manchmal auch frustriert, wie lange alles dauert, aber ansonsten mit sich selbst und Deutschland überraschend zufrieden. Im Umgang mit Konflikten sind diese neuen Deutschen häufig souveräner und in

der Wortwahl unbefangener. Sie könnten die alten Deutschen ermuntern: Alle haben wir gelernt, dass es solche und solche gibt – auch unter Einwanderern und ihren Nachkommen und selbstverständlich auch unter Flüchtlingen. Und es ist auch okay, ein Verhalten oder einen Zusammenhang nicht zu verstehen. Man darf sein Befremden auch zum Ausdruck bringen und muss keineswegs für alles Verständnis haben.

SICH MIT KONFLIKTEN ANFREUNDEN UND BÜNDNISPARTNER MIT ERFAHRUNG SUCHE

Es geht nicht darum, alle Einwanderer und Flüchtlinge zu mögen, sondern darum, *miteinander klar zu kommen* – wie es in der Gesellschaft generell gilt. Ein solcher Pragmatismus ist nichts Ehrenrühiges, sondern etwas sehr Modernes. Es ist in Ordnung, wenn man teilweise auch nebeneinanderher lebt. Aus einer soziologischen Perspektive heraus sehe ich das ganz unaufgeregt. In modernen Gesellschaften gibt es ganz viele Subkulturen und Milieus, die sich nicht oder nicht sofort vermischen. Nüchtern betrachtet, sind die Voraus-

setzungen gar nicht so schlecht – zumindest in den sogenannten alten Bundesländern. Hier gibt es einen Erfahrungsvorsprung in den Beziehungen zwischen alten und neuen Deutschen, der auch für den Umgang mit den Flüchtlingen hilft. Das Beharren darauf, dass die Integration ›bestimmt scheitern wird‹, ist schön für die Erregungskurve, blockiert aber unsere alltäglichen Interaktionen. Denn wir stehen nicht bei null und könnten die Kompetenzen der Experten stärker anzapfen, als wir es tun. Also nicht die tausendste Veranstaltung zum Thema: ›Wie ticken Moslems?‹, sondern einen Workshop zu folgendem Thema konzipieren: *Wie organisieren wir das Zusammenleben im Einwanderungsland?* Dazu können Einzelhandelskaufleute, Lehrerinnen, Sozialarbeiter, Pflegedienstleiterinnen, Ärzte und andere einschlägig Bewanderte – ohne und mit Migrationshintergrund – etwas beitragen. Viele Menschen haben reichlich Erfahrung im Umgang mit Vorbehalten und verstehen etwas von dem, was man *Gelingensbedingungen* der Integration nennen kann.

SELBSTBEWUSST SEIN UND GEDULD HABEN – AUCH MIT SICH SELBST

In einem (sich seiner) selbst bewussten Einwanderungsland zu leben ist keine Kuschelveranstaltung. Moderne Gesellschaften werden durch Sympathie und Kooperation zusammengehalten, aber auch durch die Art und Weise, mit Meinungsunterschieden und Konflikten umzugehen. Wenn wir uns selbst anschauen, wollen wir in aller Regel als Einzelpersonen gewürdigt und nicht nur mit den Gruppen assoziiert werden, denen wir nun eben angehören. Seien wir neugierig auf neue Menschen in Deutschland und versuchen wir, sie – so schwer uns das auch fallen mag – als Einzelpersonen zu sehen. Fragen wir sie nicht immer nur nach Schwerem und Bedeutsamem, sondern reden wir auch über Harmloses – üben wir uns in Smalltalk statt ständigem Herkunftstalk. Und lassen wir es zu, dass auch sie uns etwas fragen. Wir müssen nicht permanent auf Sendung sein, nicht immer Bescheid wissen, nicht jede Situation selbst definieren, sondern können auch mal beobachten und zuhören. Das kann auch im Umgang mit Menschen, die sich von ihren Ängsten gefangen nehmen lassen, helfen.

Was antwortet man aber jemandem, der steif und fest darauf beharrt, dass »uns der Laden um die Ohren fliegen wird«, man es auch gar nicht schaffen wolle oder dass Deutsche einmal nun hellhäutig zu sein hätten? Eine Möglichkeit ist folgende Antwort: »Da habe ich ein ganz anderes Bild von Deutschland und seinen Bürgern«. Wie weit wir als Einwanderungsland schon gekommen sind, ohne uns als solches erklärt zu haben, bietet Anlass zur Zuversicht, ohne blauäugig zu sein. Integration als Projekt für alle zu verstehen, ist die Grundlage für die anstehende gesellschaftliche Debatte.

INTEGRIERT EUCH!

PLÄDOYER FÜR EIN SELBSTBEWUSSTES EINWANDERUNGSLAND

von Annette Treibel.

■ Eingewanderte in Deutschland sind keine Ausländer*innen auf Durchreise, sondern gestalten unsere Gesellschaft mit. Sie sind nicht mehr nur Underdogs, sondern gehören inzwischen auch zu den Etablierten.

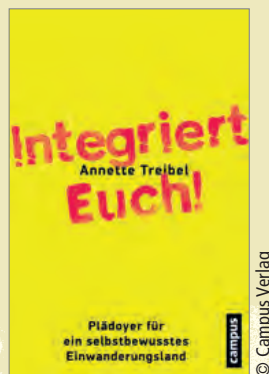
So bedeutet es für manche der länger ansässigen Deutschen eine große Umstellung, dass sie nicht automatisch die Bestimmenden sind: Ressentiments gegen Eingewanderte, so die These von Annette Treibel, haben vor allem mit den gewandelten Hierarchien im heutigen Deutschland zu tun.

Das Buch der Soziologieprofessorin analysiert die Debatten um das Zusammenleben bis hin zur jüngsten Auseinandersetzung um Pegida.

Treibel zeigt:

- was alte und neue Deutsche bewegt,
- was wir in Deutschland für mehr Integration tun können,
- dass Sarrazin und Co. zum Trotz - Integration ein Projekt für alle ist,
- dass man Deutsch nicht nur sein, sondern auch werden kann.
- Treibels Buch ist ein Plädoyer für einen Perspektivwechsel in der Integrationsdebatte und eine Anregung, wie sich Deutschland neu finden könnte.

■ Frankfurt am Main 2015, Campus-Verlag, 208 S., EUR 19,90, ISBN: 978-3-593-50461-2



■ Prof. Dr. Annette Treibel ist am Institut für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft/ Bereich Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe tätig.

■ Aus: neue caritas, Migration Integration Info 2, Mai 2016, Deutscher Caritasverband e. V. (Hrsg.)

NEUER RECHTER POPULISMUS – HERAUSFORDERUNG FÜR DIE FREIHEITLICHE GESELLSCHAFT UND DEN RECHTSSTAAT

Daniel Legutke

1. RECHTSPOPULISMUS – NICHT VOLKSNÄHE, SONDERN ABWERTUNG ALS MARKENKERN

Viele Menschen sind in Sorge – über Entwicklungen in Deutschland aber auch weltweit. Der Rechtspopulismus gefährdet die Grundlagen unseres Zusammenlebens und unserer Demokratie. Zwar gibt es kein einheitliches Verständnis dessen, was Populismus genau charakterisiert, er droht inzwischen gar zum inhaltsleeren Schlagwort zu verkommen. Doch ist dem Sprachgebrauch nach eine Partei oder Bewegung dann populistisch, wenn sie negative Stimmungen aufgreift oder verstärkt und einen autoritären Führungsstil praktiziert oder propagiert, um ihre partikularen Interessen durchzusetzen – und sie zugleich als die Interessen der Mehrheit auszugeben. Spezifisch rechts ist ein solcher Populismus, wenn er zusammengeht mit bewusster pauschaler Abwertung und Ausgrenzung von bestimmten Personengruppen. Der Populismus kann also durchaus Problemlagen ansprechen, die in der Gesellschaft sichtbar sind. Doch er überzieht nicht lediglich die Kritik, sondern teilt die Welt in Freunde, die ihm zustimmen und Feinde, die seine Thesen ablehnen, ein. Er ist nicht auf Kompromisse und Konsensfindung ausgerichtet. Damit stellt der Rechtspopulismus einen Grundsatz unseres Gemeinwesens in Frage: den unausgesprochenen Konsens der politischen Akteure, einen Ausgleich zwischen prinzipiell gleichberechtigten Interessen herbeizuführen.

Diese Beschreibung gilt ganz offensichtlich für den Politikstil von Donald Trump oder Geert Wilders und nicht weniger für die Vertreter*innen der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die Aggressivität in der Debatte wird planvoll gesteigert, bewusst wird versucht, Keile in die Gesellschaft zu treiben, zwischen denen, die ihren bisweilen kruden Thesen folgen und



solchen Kräften, die auf Ausgleich und Kompromiss gerichtet sind. Der von der AfD angestrebte Ausschluss aus gleichberechtigter Teilhabe an der Gesellschaft zielt nicht nur auf diejenigen, die ihre Interessen nicht teilen, sondern auch auf all jene, die sich in der von der AfD propagierten ethnischen (deutscher Abstammung), religiösen (nicht-islamisch) und sexuellen (heteronormativ) Identität nicht wiederfinden. Menschen, die sich einer solchen Vereinheitlichung entziehen, wird abgesprochen, gleichermaßen legitime Interessen in unserem Land artikulieren zu können. Ein auf diese Weise homogen gedachter Volksbegriff, der ethnisch, religiös und in sexueller Identität einheitlich präsentiert wird, geht an den heutigen Realitäten komplett vorbei.

Doch bei dieser Art der Ausgrenzung bleibt die AfD auch in ihrem Grundsatzzprogramm nicht stehen. Ihr Grundsatzzprogramm ist durchzogen von der Abwertung bestehender staatlicher Institutionen und deren Personal. Es ist nicht darauf gerichtet, Missstände, die sie wohl auch zu benennen vermögen, zu beheben. Probleme werden durchweg personalisiert und in einer antielitären Haltung stilisiert sich die AfD zum ausschließlichen Repräsentanten des Volkswillens. Ihr Volksbegriff wird

einer verschworenen Elite entgegengesetzt gedacht.

Solche Haltungen, wie sie Populist*innen vielerorts an den Tag legen, dürfen nicht bestimmend werden für politisches Handeln. Staatliches Handeln muss sich an geprüften Tatsachen und den Menschenrechten orientieren – und nicht an einem Überbietungswettbewerb von Diffamierung, Lüge und pauschalen Urteilen. Rationale Argumente müssen weiterhin in der politischen Debatte zählen.

2. SOZIALE NETZWERKE ALS MITTEL DER DIFFAMIERUNG

Viele der populistischen Phänomene sind schon seit langem latent vorhanden gewesen, worauf nicht zuletzt die Untersuchungen der Mitte-Studien (Leipzig) und zu den Deutschen Zuständen (Bielefeld) seit Jahren hingewiesen haben. Neu ist jedoch in dieser Zeit die äußerst erfolgreiche politische Mobilisierung und Formierung in Bewegungen und Parteien. Auch in den öffentlich rechtlichen Medien wird ihren Vertreter*innen hohe Aufmerksamkeit zuteil. Dies suggeriert eine weit größere Zustimmung als die Populisten oftmals tatsächlich für sich verbuchen können: ca. 80 % der Bürgerinnen und

Bürger in Deutschland sehen sie ausweislich letzter Landtagswahlen nicht als ihre Repräsentanten an! In den Niederlanden, zu denen bei uns die Berichterstattung über Geert Wilders dominiert, traf seine Partei vor der Parlamentswahl ziemlich konstant auf eine Ablehnung bei 85 % der Bevölkerung. Und doch ist es eine nachweisbar steigende Gewaltbereitschaft, verbal und physisch, die diese Bewegungen bedrohlich macht. Es ist das weitere Abdriften einer radikalen Minderheit, die verstörend und störend in der Gesellschaft wirkt.

Wesentlich für die politische Kultur ist der enorme Einfluss, den rechte Bewegungen über die Sozialen Netzwerke ausüben. Bürgermeister, Ratsmitglieder oder Engagierte der Flüchtlingspolitik sind aufgrund des Hasses und der Bedrohungen, die ihnen aus den sozialen Netzwerken entgegenschlagen, zurückgetreten. Ohne Mandat und ohne klassische Pressearbeit oder Pressekampagnen wirken Rechtsextreme damit ganz direkt und in ihrem Sinn sehr erfolgreich in die Politik. Sie schüchtern Mandatsträger und Engagierte massiv ein und vertreiben sie aus der Arbeit. Es geht daher längst nicht mehr nur um diffuse Stimmungsmache, sondern Rechtsextreme können beachtliche Ergebnisse vorweisen.

Und unterhalb der Schwelle von Gewaltandrohung und -ausübung wird bereits jetzt sichtbar, dass diese Art der Stimmungsmache in den sozialen Netzwerken die Politik auch der großen Parteien prägt und in einigen Punkten durchaus vor sich herreibt. Ohne diese neuen Bewegungen wären die wieder aufgeflamten Debatten um den Abschiebebewegungsraum, um Frontex und um mögliche Auffangzentren in Libyen wahrscheinlich anders verlaufen.

3. VERSATZSTÜCKE RECHTER ARGUMENTATIONEN BEI KIRCHENMITGLIEDERN

Rechte Populisten finden mit ihren oft zu einfachen Lösungsvorschlägen auch Anklang unter den Mitgliedern der Kirchen. Damit wird diesen Christ*innen keineswegs eine Nähe zum Rechtsextremismus unterstellt. Im Gegenteil, geschlossen rechtsextreme Weltbilder finden sich unter Kirchenmitgliedern vergleichsweise selten. Dennoch werden Versatzstücke gern aufgenommen und wirken in kirchliche Milieus hinein. Insbesondere mit ihrer Kritik an der Praxis von Abtreibungen und ihrem Eintreten für den Lebensschutz, ihrer Wertschätzung traditioneller Familien, bei gleichzeitiger Abwertung homosexueller Lebensgemeinschaften und der Angst vor einer »schleichenden Islami-

sierung« finden sie Zugang zu kirchlichen Milieus.

Doch sollten wir in den Kirchen aufmerken und uns nicht täuschen lassen: Die AfD ist nicht daran interessiert, ihre Positionen in den Wettstreit der Parteien und Meinungen einzubringen. Als Partei lehnt sie Dialog, Gespräch und Kompromiss rundweg ab, indem sie andere ausschließt. Sie stilisiert sich als kompromisslose Verfechterin von Wahrheitsansprüchen und erklärt diejenigen, die nicht mit ihr übereinstimmen, zu Gegnern und Feinden – wenn sie ihnen nicht gleich jede Legitimität politischer Mitsprache entzieht –, sich selbst aber zu Opfern. Darin liegt die Ablehnung durch die Kirchen begründet.

4. STÄRKUNG DER MENSCHENRECHTE – IN VERTEIDIGUNG DER FREIHEITLICHEN GESELLSCHAFT

Für die Kirchen ist der Mensch als Abbild Gottes mit unveräußerlicher Würde begabt, unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller Orientierung. Die Menschenrechte sind der Versuch, diese Würde des Menschen rechtlich abzusichern.

Weil sich Gesellschaften permanent verändern und neue Aufgaben und Fragen entstehen, wird um die angemessene Sicherung der Menschenwürde immer wieder neu gerungen werden. Es entstehen neue Probleme und Herausforderungen, auf die zu reagieren ist. Die Debatte um Menschenrechte wird also nie für beendet erklärt werden können. Debatten sind Teil einer starken demokratischen Kultur.

Häufig wird behauptet, aus der Verpflichtung, die Sicherheit der Bürger*innen zu schützen, folgten notwendigerweise Einschränkungen der Freiheit. Doch Sicherheit als eigener Rechtsanspruch kommt in den Menschenrechten aus gutem Grund nicht vor. Vielmehr besteht die Aufgabe des Staates darin, einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen Menschen sich in Sicherheit frei entfalten können. Sicherheit ist daher kein abstraktes Rechtsgut, sondern immer konkreten Rechten zugeordnet. Ohne menschenrechtliche Rückbindung droht Sicherheitsbedürfnis in Willkür umzuschlagen.

CHRISTLICHE ANTWORTEN AUF DEN ANGRIFF VON RECHTSPOPULISTEN

Rechtspopulisten sind in Europa und inzwischen auch in Deutschland massiv auf dem Vormarsch. Die Autor*innen beleuchten Hintergründe und fragen: Was müssen die Kirchen und religiösen Gemeinschaften tun, um sich nicht nur zu distanzieren, sondern klar Stellung zu nehmen? Wie lässt sich gemeinsam der Vormarsch stoppen?

Im Vorwort heißt es: »Zu den zentralen Themen von AfD, Pegida und anderen gehört die Religion. Einerseits bezieht man sich auf das ›christliche Abendland‹ und fürchtet sich vor ›dem Islam‹, den man undifferenziert wahrnimmt. Andererseits stören sich die Wortführer am Engagement der Kirchen für die Flüchtlinge im Land, die in größerer Zahl gekommen sind. In vielfältiger Weise geht es da um Religions- und Kirchenkritik. Angriff auf die Religion also? Und was ist ihm entgegenzusetzen?« Das Buch bietet hierzu konstruktive Vorschläge.

Mit Beiträgen von Christian Hermes, Joachim Klose, Hans Joachim Meyer, Werner J. Patzelt, Andreas Püttmann, Karlheinz Ruhstorfer, Thomas Sternberg, Sonja Angelika Strube, Rainer Maria Woelki und Paul Michael Zulehner

Freiburg 2017, Herder-Verlag, 208 Seiten, Euro 16,99, ISBN: 978-3-451-27466-4



Natürlich treten immer wieder konkrete Konflikte zwischen Freiheitsansprüchen und Sicherheitsinteressen auf. Doch der Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er jedem Einzelnen unabhängig von Religion oder ethnischer Herkunft Klagemöglichkeiten gegen Freiheitseinschränkungen eröffnet. Es braucht diese Perspektive, rechtlich wirksam gegen Einschränkungen vorgehen zu können, um dem Weg gewaltfreier Konfliktlösung bei gegensätzlichen Interessen zu vertrauen.

Darum sind politische Statements, die hierzulande das Vertrauen in das Funktionieren des Rechtsstaats untergraben, so gefährlich. Wenn behauptet wird, der Staat drohe im Chaos zu versinken oder würde in Willkür von scheinheiligen Eliten gelenkt, ist das ein Angriff auf die Fundamente unserer Staatsordnung. Denn es wird behauptet, dass der Kern unseres Staatssystems nicht mehr funktioniere und ein Aushandeln und Ausgleichen berechtigter Ansprüche nicht mehr möglich sei. Damit fällt die Voraussetzung weg, auf der unser

Staatswesen beruht: Dem Vertrauen darauf, dass die Menschenrechte und mit ihnen der bestmögliche Schutz der Würde der Person – bei allem notwendigen Ausgleich teils widerstreitender Interessen – die Ziele der Politik ausmachen.

Gegen die Spaltung der Gesellschaft und Abwertung von Menschen steht das großartige Versprechen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren«. Dieses gilt es Tag für Tag zu verteidigen, einzufordern und zu realisieren. Die Menschenrechte sind aus gutem Grund die Basis unseres Zusammenlebens und für jeden Einzelnen ein Gewinn. Wenn die Würde des Menschen angegriffen wird, müssen wir Christinnen und Christen Position beziehen und uns einmischen – in Worten und in Taten. Der Hass der Wenigen darf nicht die Koordinaten der gesamten politischen Debatte verschieben, das gesellschaftliche Zusammenleben vergiften, Extremismus, Hass und Feindschaft verbreiten. Deutsch-

land ist seit langem ein Einwanderungsland, geprägt durch große Vielfalt. Die Mehrheit unserer Gesellschaft steht in einer nie gekannten Solidarität für Menschenrechte, für Demokratie, für den Schutz von Flüchtlingen und anderen Minderheiten.

■ Dr. Daniel Legutke leitet das Referat Menschenrechte bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Der Text greift in Teilen den Zwischenruf »Das Gemeinwohl zuerst – weltweit« auf, den der Vorsitzende von Justitia et Pax Bischof Dr. Stephan Ackermann und der ZdK-Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg gemeinsam am 1. März 2017 als Auftakt einer Reihe von Zwischenrufen der Kommission zur Bundestagswahl 2017 veröffentlicht haben, vgl. www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/20170301_zwischenruf.php.

■ Dr. Legutke kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt: D.Legutke@dbk.de

WIDERSTAND GEGEN RECHTSPOPULISMUS: ERMUTIGUNGEN AUS DEM CHRISTLICHEN GLAUBEN

Sonja Angelika Strube

■ Angesichts des erstarkenden Rechtspopulismus der letzten Jahre – AfD, Pegida, Hasskommentare, Brandanschläge – wird immer deutlicher, dass eine stabile Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass wir uns für sie stark machen müssen. Ermutigend ist demgegenüber zu sehen, dass sich unzählige Menschen, darunter viele Christinnen und Christen, für Geflüchtete engagieren. Basischristen wie kirchliche Amtsträger*innen, Bischöfe, Bischöfinnen, Präsidien sowie Pfarrerinnen und Pfarrer stehen mit klaren Worten und mit Zeichen für die Menschenwürde Geflüchteter und gegen rechtspopulistische Menschenfeindlichkeit ein und setzen sich dafür Anfeindungen aus. Viele Christ*innen wissen oder spüren, warum sie aus ihrem Glauben heraus in dieser Weise politisch handeln. Andere Menschen fragen: Was hat politisches

Engagement mit christlichem Glauben zu tun? Wieder andere, u. a. die AfD, fordern, dass Kirchen und Christ*innen sich nicht quasi »parteilich« gegen Rechts zu stellen hätten. Deshalb fragt dieser Artikel zur eigenen Vergegenwärtigung: Warum sollten sich Christinnen und Christen gegen Rechtspopulismus engagieren? Und welche christlich-religiösen Haltungen schützen vor rechtspopulistischer Verführung?

WARUM SOLLTEN SICH CHRISTINNEN UND CHRISTEN GEGEN RECHTS- POPULISMUS ENGAGIEREN?

Kern rechtspopulistischen Denkens ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit: Unterschiedliche Menschen werden aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer sexuellen Orientierung, besonderer kör-

perlicher Merkmale oder anderer Eigenschaften als unterschiedlich wertvoll betrachtet – und eine solche Haltung beginnt nicht erst bei Brandstiftung, sondern auch, wenn unterschiedlichen Menschengruppen in Parteiprogrammen unterschiedliche Rechte zu- oder abgesprochen werden. Ein solches Denken und Handeln ist menschenfeindlich gegenüber den Menschengruppen, die abgewertet werden; es missachtet die unveräußerliche – als Christ*innen glauben wir: gottgegeben – Menschenwürde eines jeden Menschen.

Aus ihrem persönlichen Glauben heraus können sich Christinnen und Christen in vielerlei Hinsicht politisch unterschiedlich positionieren und engagieren. Der christliche Glaube an die Gottebenbildlichkeit eines jeden Menschen gebietet es jedoch, aufzustehen

gegen Parteien und Bewegungen, die manchen Menschen ihre Menschenwürde absprechen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Bibel als Fundament unseres Glaubens der Einsatz für eine universale Gerechtigkeit, die nicht am eigenen Gartenzaun endet, und für eine Nächstenliebe, die in jedem Menschen den Nächsten erkennt. Wer nur im eigenen Volks- oder Glaubensgenossen seinen Nächsten sehen will, missversteht oder missdeutet bewusst biblisches Gebot (Lev 19,34) und Gleichnis (Lk 10,25-37). Dass politisches Ängstschüren durch Lügen und Hetze gegen das Gebot »Du sollst nicht falsch gegen deinen Nächsten aussagen« (Ex 20,16; Dtn 5,20) verstößt, sei hier nur am Rande erwähnt ...

CHRISTLICH-RELIGIÖSE HALTUNGEN, DIE VOR AUTORITARISMUS SCHÜTZEN – UND ZU ZIVILCOURAGE ERMUTIGEN

Leider hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass auch manche Christinnen und Christen anfällig werden für autoritäre Ideologien und menschenfeindliche Haltungen. Es gibt Menschen, die sich als Christ*innen verstehen und keine Berührungsängste haben mit extrem rechten Parteien, Gruppen und Medien, bis hin zu Pegida und den Identitären, zur »Sezession« oder »Politically Incorrect«. Manche Gruppen benutzen das Christentum als Abgrenzungsmerkmal gegen

UNIVERSALE BRÜDERLICHKEIT

»Wir können aber Gott, den Vater aller, nicht anrufen, wenn wir irgendwelchen Menschen, die ja nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, die brüderliche Haltung verweigern. Das Verhalten des Menschen zu Gott dem Vater und sein Verhalten zu den Menschenbrüdern stehen in so engem Zusammenhang, dass die Schrift sagt: »Wer nicht liebt, kennt Gott nicht« (1 Joh 4,8). So wird also jeder Theorie oder Praxis das Fundament entzogen, die zwischen Mensch und Mensch, zwischen Volk und Volk bezüglich der Menschenwürde und der daraus fließenden Rechte einen Unterschied macht. Deshalb verwirft die Kirche jede Diskriminierung eines Menschen oder jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen, weil dies dem Geist Christi widerspricht ...«

■ Auszug aus Kapitel 5 des Konzilsdokuments *Nostra aetate*

andere Menschengruppen, derzeit insbesondere gegen Geflüchtete und gegen Muslime – und berauben es derweil seiner Inhalte. Manche christlich-politischen Gruppen suchen nach »festen, unbezweifelbaren, eindeutigen« Weisungen nicht nur für das eigene Leben, sondern wollen ihre Vorstellungen auch der gesamten Gesellschaft autoritär aufzwingen. Die Gefahr, in menschenfeindliche Haltungen zu geraten, besteht auch da, wo eine sehr rigide Frömmigkeit in ein radikales Schwarz-Weiß-Denken führt: Dann wird nur die eigene Form der Religiosität und Lebensführung anerkannt, alle anderen Ansichten werden als »falsch«, »schlecht«, »böse« und schließlich »feindlich« abwertet und abgelehnt.

Die Alternative zu solchen rigiden und autoritären Haltungen besteht keinesfalls in religiöser oder ethischer Gleichgültigkeit. In einer pluralen Gesellschaft, im demokratischen Widerstreit verschiedener Meinungen ist es richtig und wichtig, die eigenen ethischen Positionen auszusprechen und sich für sie stark zu machen. Mit Respekt vor den anderen Menschen auszuhalten sind dann jedoch die inneren und äußeren Spannungen, die sich ergeben, wenn die eigenen Überzeugungen nicht von allen geteilt werden. Der Gedanke mag manchen vielleicht noch ungewohnt erscheinen, doch gerade aufgrund unseres Glaubens sind wir in ein Spannungsfeld hineingestellt und gleichermaßen aufgerufen zu ethischen Positionierungen und zur radikalen Wertschätzung Anderslebender und Andersglaubender.

RECHTSEXTREMISMUS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE THEOLOGIE

Im christlichen Glaubensspektrum gibt es Frömmigkeitsstile, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen eher fördern als reduzieren. Zu beobachten ist dies zum einen in verschiedenen quantitativen Studien, zum anderen auf einschlägigen Internetseiten mit z.T. nennenswerter Leserschaft. Diesem Phänomen, das Kirchenleitungen wie theologische Forschung aufrütteln muss, geht dieser Band in Artikeln renommierter Experten aus der Rechtsextremismusforschung und Theologie interdisziplinär auf den Grund und eröffnet zugleich Lösungsperspektiven.

Mit Beiträgen von Oliver Decker, Uwe Gerber, Wassilis Kassis, Katharina von Kellenbach, Hildegund Keul, Thomas Bremer, Thomas Auchter, Rainer Bucher, Christoph Busch, Johannes Kiess, Beate Küpper, Andreas Lob-Hüdepohl, Elke Pieck, Charlotte Schallié, Yasemin Shooman, Kerstin Söderblom, Klaus von Stosch, Sonja Angelika Strube, Fabian Virchow, Judith von der Heyde, Andreas Zick.

■ Freiburg 2015, Herder-Verlag, 317 S., Euro 24,99, ISBN: 978-3-451-31270-0



Grundlegend ist auch die Einsicht, dass uns unsere Welt – Gottes Schöpfung – immer vielfältig und mehrdeutig begegnet und vieles nicht einfach »nur gut« oder »nur böse« ist, sondern: ambivalent. Wer schwarz-weiß denkt, verleugnet die Vielfarbigkeit der Schöpfung. Eine weitere auszuhaltende Spannung ergibt sich daraus, dass wir als Geschöpfe Gottes nie unseren Schöpfer durchschauen und seinen Willen exakt festlegen können. Gott ist immer der viel Größere und für uns un verfügbar. Glauben bedeutet deshalb nicht, exakt (und exklusiv) zu wissen, wie Gott und die Welt »ticken«, und die eigenen Vorstellungen autoritär gegen andere durchzusetzen.

Glauben bedeutet vielmehr: das Wagnis des Vertrauens einzugehen, die Spannungen und Ambivalenzen unserer pluralen Welt im Vertrauen auf Gott aus-

zuhalten, und auch: mit Gottvertrauen und im Wissen um die eigene Fehlbarkeit klar für das einzustehen, was man selbst als richtig erkannt hat. Die Demut, um die eigenen Grenzen zu wissen, unterscheidet radikales christliches Engagement von rechts-autoritärem Agieren. Stumm machen, sodass wir

die Bühne schamlosen Populist*innen überlassen, darf uns unsere Demut aber nicht. Klar, hörbar und Streitbar dürfen und müssen christliche Positionierungen gegen rechte Menschenfeindlichkeit sein.

■ Dr. Sonja Strube ist katholische Theologin. Die Autorin kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt:
sonja.strube@uni-osnabruock.de

FÜR EIN ABBILD DER NORMALITÄT

Sheila Mysorekar

Neuerdings sind Fakten aus der Mode gekommen. Bauchgefühl und Vorbehalte zählen mehr als gut recherchierte Tatsachen und belastbare Zahlen. So wird beispielsweise in der aktuellen Debatte über Asylpolitik deutlich, dass viele von einer ethnisch homogenen deutschen Gruppe ausgehen, wenn sie von »Aufnahmegesellschaft« reden. Doch das entspricht längst nicht mehr den Fakten. Eine ethnisch homogene deutsche Gesellschaft gibt es nicht. Das Statistische Bundesamt zählt, dass 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben; in den Schulen sind »Neue Deutsche« noch stärker sichtbar. In einigen westdeutschen Großstädten kommt bereits mehr als die Hälfte der unter Sechsjährigen aus einer Einwandererfamilie.

Das heißt, in Deutschland existiert de facto eine ethnisch vielfältige und auch multireligiöse Gesellschaft. Statt diese – mit Zahlen belegte – Tatsache anzuerkennen, wird wieder über völkische Zugehörigkeit diskutiert und aufs Neue die Frage gestellt, ob Menschen mit Einwanderungsgeschichte wirklich deutsch sein können.

Bereits 2010 wurden rassistische Äußerungen mit der Sarrazin-Debatte salonfähig, die nun auch in der Mitte der Gesellschaft noch gängiger geworden sind. So berichten viele Medien heute scheinbar wie selbstverständlich, welche ethnische Zugehörigkeit ein mutmaßlicher Straftäter hat – was im deutschen Presskodex¹ klar untersagt ist. Öffentliche Debatten bedienen derzeit wieder stärker Stereotypen und kramen alte rassistische Feindbilder hervor.

Die mediale Darstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte ist häufig fragwürdig. Zum Beispiel werden diese »Neuen Deutschen« (ob mit deutschem Pass oder ohne) nur in bestimmten, meist negativen Kontexten überhaupt erwähnt, etwa bezüglich Migration, Religionskonflikten oder Terrorismus. Von ihnen ist nur dann die Rede, wenn es Probleme gibt: Bei Artikeln über Schulen, beispielsweise, kommen sie nur als Schulversager oder Kinder mit Sprachproblemen vor, nicht aber als kompetente Lehrer(innen) oder Bildungswissenschaftler(innen).

Die vielfältige deutsche Normalität wird selten als solche gespiegelt. Es gibt zu wenige Medienberichte über Menschen mit diversen kulturellen, ethnischen oder religiösen Hintergründen, die völlig normal in diesem Lande leben. Sie erscheinen nur als Stereotypen – türkische Ehrenmörder, afrikanische Prostituierte oder arabische Diebe. In dem dazugehörigen Bildmaterial tragen Frauen ein Kopftuch und alle Geschäfte sind Dönerbuden. Dies hat ernsthafte gesellschaftliche Konsequenzen: Wenn Gruppen von Menschen wiederholt und pauschal in Stereotypen dargestellt werden, verfestigen sich negative Zuschreibungen über diese Gruppen.

■ Herausgeber: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA e.V.), Düsseldorf 2016.

Weitere Infos: www.idaev.de

Kostenfreier Bezug (bis 20 Expl.):
sekretariat@idaev.de

Altbekannte Vorurteile bekommen lediglich einen moderneren Anstrich: es wird nicht mehr gesagt, dass irgendwer »primitiv« sei, sondern »archaische Kultur« mitbringt und »integrationsunwillig« ist. Auch vermeintlich positive Zuschreibungen legen Gruppen fest, beispielsweise, dass Schwarze gut singen und tanzen können. Im Umkehrschluss bedeutet das nämlich, dass sie nichts anderes gut können und nur Unterhaltungswert haben.

Gewisse Narrative haben eine sehr lange Tradition, zum Beispiel, dass nicht-weiße Männer angeblich einen unkontrollierten sexuellen Trieb haben und alle weiße Frauen ihre potenziellen Opfer sind. Das heißt, nicht-weiße Männer werden als Gruppe sexualisiert und damit dämonisiert, so etwa Schwarze während der Sklaverei in den USA, jüdische und schwarze Männer in der





In der Debatte über Flucht und Asyl und das Zusammenleben im Einwanderungsland geht sprachlich einiges durcheinander: beispielsweise werden Asylsuchende als Asylbewerber*innen bezeichnet, obwohl man sich um ein Grundrecht nicht bewerben muss, oder es ist von Migrant*innen die Rede, obwohl Menschen gemeint sind, die hier geboren wurden.

Die Neuen deutschen Medienmacher (NdM) haben vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren ein Glossar für die Berichterstattung im Einwanderungsland entwickelt. Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit (IDA) hat gemeinsam mit den Neuen deutschen Medienmachern dieses Glossar für den Einsatz in der Bildungsarbeit weiterentwickelt und überarbeitet.

■ Düsseldorf 2016, 2. ergänzte Auflage, 68 Seiten

■ Bezug: www.idaev.de/publikationen/reader/ oder sekretariat@idaev.de

das erste Motiv nehmen, das einem in den Sinn kommt, denn es entspricht oft dem Klischee im eigenen Kopf – ein Klassiker ist die Frau mit Kopftuch.

● Das Wichtigste ist schlicht und einfach eine differenzierte Berichterstattung: nicht nur die Extreme darstellen (Klassiker: der Salafist), sondern immer mit der Normalität und Vielfaltigkeit migrantischen Lebens in Deutschland kontrastieren.

Medien und Öffentlichkeitsarbeit spielen bei der Konstruktion und Dekonstruktion von Vorurteilen eine entscheidende Rolle. Der Kampf gegen Vorurteile und Rassismus ist jedoch nicht nur wichtig für Neue Deutsche und Minderheiten in diesem Land, sondern auch für alle Einwohner(innen) Deutschlands.

- 1 www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dateien/Pressekodex2013_big_web.pdf
- 2 Formulierungshilfen für den sorgfältigen Umgang mit Sprache findet man im Glossar der »Neuen deutschen Medienmacher« (www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar) oder beim Anti-Diskriminierungsbüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., (Hrsg.), Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch, Köln 2012, www.adb-sachsen.de/tl_files/adb/pdf/Leitfaden_ADB_Koeln_disfreie_Sprache.pdf
- 3 Faktenchecks gibt es beim Mediendienst: <http://mediendienst-integration.de>

Nazizeit und heutzutage Nordafrikaner in Deutschland.

In einer aufgeheizten Situation, wie sie augenblicklich in Deutschland und ganz Europa herrscht, arbeiten rechte Gruppen sehr bewusst und strategisch mit negativen Zuschreibungen und Pauschalisierungen über Muslime, über Araber, über Geflüchtete. Dem muss eine differenzierte und faktenbasierte Berichterstattung entgegengestellt werden, die ohne Stereotype in Wortwahl oder Bebilderung arbeitet. Für eine adäquate Medien- und Öffentlichkeitsarbeit über Minderheiten gibt es einige simple Richtlinien:

- Bewusster Umgang von Journalist(inn)en mit den eigenen Vorurteilen – Medienschaffende haben dieselben Stereotypen gegenüber Minderheiten wie der Rest der Gesellschaft. Weiße deutsche Journalist(inn)en können nicht »neutraler« über Menschen aus Einwandererfamilien berichten als diese Menschen selber.
- Man sollte die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen, nicht nur über sie, sondern mit ihnen sprechen. Wenn Expert(inn)en zitiert werden, möglichst welche mit Migrationsgeschichte.
- Selbstbezeichnungen von Menschen sollten ernstgenommen und verwendet werden. Wer sich selber beispielsweise

als Afro-Deutscher oder Neue Deutsche benennt, hat Gründe dafür, und Medienmacher(innen) sollten sich nicht darüber hinwegsetzen.

- Rassistische Bezeichnungen sind oft im allgemeinen Sprachgebrauch vorhanden. Auch wenn diskriminierende Sprache möglicherweise aus Unwissenheit verwendet wird, ist dies dennoch sehr schädlich für die Menschen, über die geschrieben wird.²
- »Wir« und die »anderen« zu sagen, schließt viele Leute aus der deutschen Gesellschaft aus und erklärt sie so als nicht zugehörig. Zu dem »Wir« gehören auch kulturelle, ethnische oder religiöse Minderheiten, die in Deutschland leben und oft auch Deutsche sind. Diese Implikationen sollten bei der Wortwahl mitgedacht werden.
- Zahlen müssen sorgfältig recherchiert und belegt werden.³
- Themensetzung sollte nicht der rechten Rand betreiben. Medienmacher(innen) können bewusst andere Schwerpunkte setzen.
- Einhaltung des deutschen Pressekodex.
- Bilder wirken subtiler als Text. Sie müssen sehr bewusst und objektiv ausgewählt werden. Eine Faustregel: nicht

■ Sheila Mysorekar ist Journalistin, Trainerin für konflikt sensible Berichterstattung und Beraterin für Medien in Konfliktländern bei der DW Akademie in Bonn. Außerdem ist sie Vorsitzende des Vereins »Neue deutsche Medienmacher« (www.neuemedienmacher.de)

■ Aus: neue caritas, Migration Integration Info 2, Mai 2016, Deutscher Caritasverband e. V. (Hrsg.)

PERSPEKTIVEN NACH KÖLN: FÜR EINEN FEMINISMUS, DER NICHT AUF RASSISMUS SETZT

Miriam Aced

Die Medienberichterstattung zu den Geschehnissen der Silvesternacht 2015 am Kölner Hauptbahnhof befeuerte mehrere Debatten, die uns über das ganze Jahr 2016 begleitet haben und den Grundstein für die Ereignisse in der Silvesternacht 2016 legten. Doch was war Silvester 2015 geschehen? Sämtliche Medien berichteten von vermehrtem Diebstahl. Auslöser für deutschlandweite Empörung waren jedoch die Angaben, dass organisierte Banden von Männern, die »nordafrikanisch« aussahen, Frauen sexuell belästigten, sie begrabschten. Manche Angaben sprachen sogar von tausenden von geflüchteten Männern. Das genaue Täterprofil blieb gleichwohl unklar: Waren es »Nordafrikaner«, Männer »nordafrikanischer Herkunft«, Geflüchtete, Muslime? Eine Unterscheidung dieser Personengruppen schien offenbar nicht von Interesse.

Der Anlass der Silvesternacht brachte eine neue Diskussion über sexualisierte Gewalt und Sexismus hervor. Leider ging es nicht darum, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21%¹ weniger als Männer verdienen. Es ging nicht darum, dass das Angrabschen und Antatschen in Deutschland gesetzlich gar nicht strafbar ist. Es ging auch nicht darum, dass sexuelle Gewalt in den meisten Fällen von Männern ausgeht, die mit dem Opfer befreundet, verwandt oder liiert sind. Eine Diskussion dieser (über-)lebenswichtigen Fragen kam nicht in Gang.

Das legt den Schluss nahe, dass es bei den Debatten nicht um Sexismus und sexualisierte Gewalt geht, sondern um die Dämonisierung und Kriminalisierung von migrantischen Männern. Der Deutsche Juristinnenbund (DJB), der schon seit der Unterzeichnung und Ratifizierung der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt) in 2011 dafür plädierte, eine Reform des Strafrechts einzubringen, fragt sich dies auch. Ramona Pisal, Präsidentin des DJB fürchtet, »dass die Vorgänge in der Silvesternacht in Köln von politischen Strömungen auch instrumentalisiert werden, zu Zwecken, die mit dem Schutz der sexuellen Selbstbestimmung oder den Rechten von Frauen nicht viel gemeinsam haben.«²

Das Auspielen von Sexismus gegen Rassismus kommt aus allen Richtun-

gen. Von den Frauke Petrys und ihrem Feminismus von Rechts sowie von den Alice Schwarzers und ihrem weißen Feminismus. Dass die AfD eine Unterdrückungsform gegen die andere ausspielt, verwundert kaum. Aber, dass die einzige im Mainstream wahrgenommene Feministin dieselben rassistischen Argumentationsmuster bedient, zeichnet ein düsteres Bild für den herrschenden Diskurs zu Frauenrechten in Deutschland.

Diejenigen Feminist*innen, die sich täglich um eine ernsthafte und emanzipatorische Auseinandersetzung mit dem Thema bemühen, haben sich gegen diese Instrumentalisierung zur Wehr gesetzt. »Unser Feminismus ist anti-rassistisch – Reclaim Feminism!« forderte eine Demonstration am 12.03.2016 mit über 4.000 Teilnehmenden. Leider ohne nennenswertes Echo. Unbeirrt hatte Alice Schwarzer daraufhin

im Mai 2016 das Buch »Der Schock – Die Silvesternacht von Köln« veröffentlicht. Dort beschreibt sie die Täter als »fanatisierte Anhänger des Scharia-Islam. Männer, die einen »Gottesstaat« für ideal halten und die Demokratien verachten ... Männer, die Islamisten sind.« Eine unklar bezifferte Gruppe von Menschen, die pauschal als »nordafrikanisch« eingestuft wurden, als Islamisten und Bedrohung für die Demokratie zu bezeichnen, ist absurd und ein Paradebeispiel für rassistische Hetze. Besonders interessant dabei ist, dass noch nicht mal der Versuch unternommen wird, einen Zusammenhang mit Sexismus und sexueller Gewalt herzustellen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit Sexismus durch puren Rassismus zu ersetzen ist anti-feministisch. Der gesamte Diskurs rund um Frauenrechte mit Bezug auf die Silvesternacht 2015 ist nicht nur rassistisch, sondern anti-feministisch. Indem er viele wichtige Bereiche von Sexismus und sexueller Gewalt unsichtbar macht. Indem er ein strukturelles Problem auf eine Personengruppe projiziert. Indem er ein »hausgemachtes« Problem als von außen importiert darstellt und damit die Analyse verfälscht. Indem er die Verfügbarkeit von Frauen lediglich neu verhandelt, anstatt als Herrschaftsprinzip direkt anzugreifen.



Dieser Parallelbericht zeigt eine Bandbreite von Menschenrechtsverletzungen auf, die sich aus rassistischer Diskriminierung in Deutschland ergeben. Er ist das Ergebnis eines Kooperationsprozesses, der zum Ziel hatte, bisher im Kontext der menschenrechtlichen Antidiskriminierungsarbeit zu wenig gehörte Stimmen derjenigen Organisationen und Expert*innen einzubeziehen, die nach der UN-Antirassismuskonvention (ICERD) schutzwürdigen Gruppen angehören.

www.rassismusbericht.de

Herausgeber und Bezugsadresse:

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband | Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. | Zentrum Migration und Soziales | Projekt Parallelberichterstattung zur UN-Antirassismuskonvention | Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin



In Deutschland leben seit rund 400 Jahren schwarze Menschen – mittlerweile sind es schätzungsweise eine Million. »Woher kommst Du?« »Ich meine, woher wirklich? Deine Farbe?« Diese Fragen hört Jana Pareigis seit frühester Kindheit. Im Film beschreibt sie ihren Weg, mit Rassismus umzugehen. Ihre Hautfarbe erlebte sie auch als Makel: »Als Kind wollte ich weiß sein.« Ihre biografischen Erfahrungen verknüpft sie mit der Geschichte von Schwarzen in Deutschland – von der Kolonialzeit bis heute. Jana Pareigis begegnet anderen Afro-Deutschen, etwa dem Rapper Samy Deluxe, dem Profi-Fußballer Gerald Asamoah oder dem Zeitzeugen Theodor Michael, der in der NS-Zeit in Völkerschauen auftreten musste. Sie schildern, wie es ist, als schwarzer Mensch in Deutschland zu leben.

■ Jana Pareigis kann für Filmgespräche im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden. Kontakt: info@interkulturellewoche.de.

■ Den Film können Sie als DVD über die Deutsche Welle beziehen. Kontakt: angelika.croessmann@dw.com

der Polizei gegen völker- und europarechtliche Verträge, wie z.B. Art. 1 der Anti-Rassismus-Konvention (ICERD), Art. 2 und 26 des UN-Zivilpakts oder Art. 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, verstößt. Auch nicht diskutiert wurde, dass racial profiling gar nicht effektiv ist, um zum Beispiel Frauen vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Das Bundesinnenministerium und Amnesty International, unter anderem, weisen darauf hin, dass phänotypische Merkmale keine Kriminalitätshinweise sind. Dies weist darauf hin, dass die rassistischen Fahndungsmuster der Polizei weniger mit dem Erfassen von Sexualstraftäter*innen (oder Kriminalität allgemein) zu tun haben als vielmehr mit der Unterdrückung gewisser migrantisierter, rassifizierter Gruppen. Noch weniger beziehungsweise gar nicht diskutiert wurde, dass die Polizei auch ein Mandat hat, Menschen vor Diskriminierung zu schützen.

Gesellschaft bedeutet, füreinander einzutreten. Solidarisch zu sein und die Rechte von unterdrückten Gruppen zu stärken. Dies kann nicht gelingen, wenn Gruppierungen die Oberhand gewinnen, die die Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschengruppen so lautstark und selbstverständlich einfordern. Nur wenn wir uns bewusst machen, dass Sexismus und Rassismus integrale Bestandteile der deutschen Gesellschaft sind, können wir sie bekämpfen und Menschenrechte und Demokratie langfristig stärken.

- 1 Vgl. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension1/1_5_GenderPayGap.html
- 2 Vgl. www.boell.de/de/2016/04/13/sexualisierte-uebergriffe-und-gewaltspiegeln-machtverhaeltnisse-einer-gesellschaft-wider
- 3 Vgl. www.amnesty-polizei.de/frauen-erheben-schwere-vorwurfe-gegen-polizei/

Warum wird sexuelle Gewalt in Deutschland seit Silvester 2015 in Köln diskutiert und nicht nach jedem Oktoberfest oder nach jedem Ereignis, bei dem in der Öffentlichkeit Alkohol massenhaft konsumiert wird? Weil es weiße deutsche Männer gibt, die ein Angrabsrecht auf Frauen beanspruchen und es ihnen häufig zugestanden wird. Als eine Gruppe von Frauen Karneval 2017 die Polizei rief, weil sie von weißen Männern sexuell belästigt wurden, wurden ihre Aussagen nicht ernst genommen, auch, nachdem sie mehrfach wiederholen mussten, dass die Täter weiß waren und nicht »Nordafrikaner«, wie die Polizei es ihnen suggerieren wollte.³

Dieser pseudo-feministische Diskurs hat zusammen mit anderen rassistisch aufgeladenen Debatten einiges bewirkt. Wir können einen allgemeinen Rechtsruck beobachten. Weiße Allmachtsfantasien blühen auf. Die AfD wird in die Parlamente und Gremien gewählt. Gleichzeitig nehmen die Angriffe auf Menschen of Color und Geflüchteten-Unterkünfte stetig zu. Und die Polizei betreibt ganz selbstbewusst racial profiling, eine Praxis, die laut Bestätigung des Oberverwaltungsgerichts Rhein-

land-Pfalz im April 2016 gegen Art. 3 des Grundgesetzes verstößt und daher verfassungswidrig ist.

Genau ein Jahr später, in der Silvesternacht 2016, veröffentlichte die Kölner Polizei einen Tweet: »#PolizeiNRW #Silvester2016 #SicherInKöln: Am HBF werden derzeit mehrere Hundert Nafri überprüft. Infos folgen.« Hunderte von Menschen wurden basierend auf dem Merkmal, dass sie tatsächlich oder eventuell einen nordafrikanischen Hintergrund haben, stundenlang eingekesselt und kontrolliert. Eine der mächtigsten Institutionen der Bundesrepublik Deutschland – die Polizei – hat sich bewusst dafür entschieden, eine vermeintlich andere ethnische Gruppe von der weißen zu teilen und zu kriminalisieren. Inklusiv Vorverurteilung: Nafri bedeutet nordafrikanische Intensivtäter und eben nicht Verdächtiger oder ähnliches.

Als die öffentliche Diskussion darüber begann, ob diese Kontrollen tatsächlich racial profiling waren oder nicht, dominierte die Position, dass im Namen der Sicherheit das Vorgehen der Polizei notwendig gewesen sei. Dabei blieb weitgehend unbeachtet, dass das Vorgehen

■ Miriam Aced ist Mitglied von NaRI! (Nein zu antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit!). Die Autorin kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt: miriamaced@gmail.com

MENSCHENRECHTE IN GEFAHR

Klaus J. Bade

Bei der Feier zum 20jährigen Jubiläum des Menschenrechtszentrums Karlsruhe hat Klaus J. Bade am 10.12.2016 in Karlsruhe den Festvortrag gehalten zum Thema: »Menschenrechte in Gefahr – »Flüchtlingskrise«, Abwehrhaltungen und Willkommenskultur.« Wir veröffentlichen einen Auszug aus seiner Rede.

Alles, was wir an Erfahrungen und Potenzialen zur Integrationsförderung haben, muss aktiviert oder reaktiviert werden, damit aus der »Flüchtlingskrise« keine Integrationskrise wird. Im Blick auf diese große Integrationsaufgabe fiel und fällt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Das gleiche galt und gilt für die Willkommensbewegung von unten in Gestalt des gewaltigen bürgergesellschaftlichen Engagements unter dem Eindruck der Überforderung staatlicher und kommunaler Versorgungseinrichtungen durch den aktuellen Flüchtlingsandrang.

Diese bundesweite Bewegung hat, trotz mancher Überschneidungen, wenig zu tun mit der von oben gestifteten sogenannten Willkommenskultur, die in aller Regel eher Willkommenstechnik ist und, vom Diversity Management in Betrieben abgesehen, vorwiegend zwei Zwecke hatte: Sie sollte Ausländerbehörden in »Welcome-Center« verwandeln und vor allem den in der Tat »willkommenen«, gut bis hoch qualifizierten Zuwanderern aus Europa die Integration am Arbeitsmarkt erleichtern.

Die Willkommensbewegung von unten stand in einer schon längeren Tradition von ehrenamtlichem Engagement, Hilfe, aber auch Protest und wuchs seit dem »Migrationsommer« 2015 rasch zu Millionenstärke an. Sie war und ist, wie der Sozialforscher, Publizist und Aktivist Harald Welzer zu Recht betonte, eine »Sternstunde der Demokratie«.

Beobachter aus dem Ausland blickten teils fasziniert, teils erschrocken auf die paradoxe Spannung zwischen dem, was Bundespräsident Gauck das »hel-

le« und das »dunkle Deutschland« genannt hat: Brennende Hilfsbereitschaft traf auf brennende Flüchtlingsheime, während die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« auf Anhieb zweistellige Umfrage- und Wahlergebnisse erreichte.

Umfragen meldeten 2016 ein Sinken der flüchtlingsfreundlichen Positionierungen in der Bevölkerung. Aber auch die zunächst euphorische Stimmung in der bürgergesellschaftlichen Willkommensbewegung selbst ging zurück und die Zahl der praktisch Engagierten schrumpfte.

Eine gewisse Rolle spielte dabei der demotivierende Schock der in den Sensationsmedien zu einem Danteschen Inferno hochgeputzten Nachrichten über die scheußlichen Ereignisse der Silvesternacht 2015 am Kölner Hauptbahnhof und andernorts.

Mitwirkend war sicher auch, dass nach dem heroischen Höhenflug bei der Erstaufnahme nun die Mühen der Ebene begannen mit dem ganz praktischen Wechsel der Aufgabenstellungen je nach individuellem Handlungs- und Beratungsbedarf in der entmutigenden Auseinandersetzung mit oft sperrigen Behörden.

Mitbestimmend waren auch die alarmistischen Positionierungen auf der Unionsachse München/Berlin unter dem Stichwort »Obergrenze«.

In die gleiche Richtung wirkten populistische parteipolitische Perspektiven im Vorfeld von Wahlen auf Länder- und kommunaler Ebene und im langen Vorfeld der Bundestagswahl von 2017. Es waren der scheue Blick der partei-

politisch etablierten Kaninchen auf die Schlange der Alternative für Deutschland (AfD) und vor allem die parteitaktisch tänzelnden Verbeugungen nach rechts, die zeigten, dass die besagte Schlange längst um den Kabinettstisch kroch.

Besonders verschärfend wirkte zuletzt ein Bumerang-Effekt: Es war die immer mehr auf Sicherheitspolitik, Gefahrenabwehr und »Härte« gegenüber schutzsuchenden Flüchtlingen setzende »Bewältigung der Flüchtlingskrise« durch die militarisierte Drosselung des Zugangs für Flüchtende in die EU in Drachentöter-Manier. Dahinter stand die strategische Wendung von der Flüchtlingspolitik zur Flüchtlingsabwehrpolitik und von der nur proklamierten »Bekämpfung der Fluchtursachen« zur faktischen Bekämpfung von Flüchtlingen weit vor den Grenzen der Festung Europa in Gestalt der mit dem Stichwort »Externalisierung« umschriebenen Vorverlagerung der europäischen Grenzverteidigung.

Das gilt zum Beispiel für Verträge mit selbst Flucht verursachenden brutalen Diktaturen wie in Eritrea und im Sudan – wobei der blutige Diktator des Sudan sogar beim Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt und international zur Fahndung ausgeschrieben ist. So sehen heute Vertragspartner der EU und damit auch Deutschlands bei der Flüchtlingsabwehr aus.

Damit zeigt sich die dunkle Kehrseite von Angela Merkels »Wir schaffen das«-Medaille. Ihre Botschaft lautet: Wir schaffen es, die Flüchtlinge fernzuhalten, und zwar in einer Mischung von Zuckerbrot und Peitsche. Deutschland und seine Bundeskanzlerin stehen vornean in dieser Abwehrfront.

Dabei bleiben die eigentlichen Ursachen der fluchtgenerierenden Weltkrise



Erinnerungen und Beiträge von Klaus J. Bade

■ Karlsruhe, April 2017
von Loeper Literaturverlag
624 S., Euro 32,-
ISBN 978-3-86059-350-9

Open Access:
www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/Bade_Migration.pdf

außer Acht; denn eine Systemkrise kann man nur mit kritischen Systemfragen angehen. Das hat auch der aus der nichtmarxistischen lateinamerikanischen Befreiungsbewegung stammende Papst in seiner Enzyklika ›Laudato si‹ unverblümt angesprochen. Seine Systemkritik hat er andernorts sogar einmal in die drei mutigen Worte gefasst ›Dieses System tötet!‹.

■ Vor diesem Hintergrund geht es bürger- bzw. zivilgesellschaftlich um vier große Aufgabenbereiche:

1. helfen 2. retten, 3. teilen 4. widerstehen.

1. Wir müssen helfen: Das gilt besonders für die konkreten Hilfestellungen für Flüchtlinge im Alltag, wie es uns die spontane bürgergesellschaftliche Willkommensbewegung von unten gelehrt hat. Sie braucht Fortsetzung, Unterstützung und stete Erneuerung. Jeder/jede kann auf seine/ihre Weise helfen.

2. Wir müssen retten – an und vor den Grenzen der Festung Europa: Hier spielen diverse Bürgerinitiativen mit ihren privaten Rettungsschiffen im Mittelmeer eine wichtige Rolle neben den Booten der Küstenwachen und den vorwiegend für Schlepperjagd und Schlepperbootsversenkung gedachten Marineverbänden, an denen auch Deutschland mit zwei Schiffen beteiligt ist.

3. Wir müssen teilen: Spenden ist gut, aber nicht gut genug; denn die globale Krise kommt – nicht nur, aber eben auch – aus der fortschreitenden post-

kolonialen, in Wahrheit neokolonialen Ausbeutung der armen durch die reichen Länder der Welt. Nutznießer sind wir alle, bis hin zur Schnäppchenjagd nach Waren, die von unter Hungerlöhnen gestressten Arbeiterinnen oder von zerschundenen Kinderhänden gefertigt wurden.

4. Wir müssen widerstehen: gegen Systeme der strukturellen, institutionellen und strategischen Inhumanität. Das führt unmittelbar zu den weiteren Plänen des neuen Abwehrsystems der EU mit ihren ›Migrationspartnerschaften‹. In dieser Region heißt das: Gerettete Flüchtlinge, die mit libyschen Booten in Seenot gerieten, sollen in libysche Lager deportiert werden.

Solche Internierungslager gibt es dort schon seit dem Berlusconi/Gaddafi-Abkommen (2008) zur Abwehr von in ›illegale Zuwanderer‹ umbenannten Flüchtlingen. Es waren gehobene Konzentrationslager, in denen Gefangene oft unter unsäglichen Bedingungen buchstäblich vergingen, wenn sie nicht in Busse oder Lastwagen gepfercht, irgendwo in der Wüste ausgekippt und dort ihrem oft tödlichen Schicksal überlassen wurden. Nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes wurden diese Lager von konkurrierenden und sich gegenseitig bekämpfenden Milizen übernommen, die sie auch als Geisellager betreiben.

Grundlage des neuen Abwehr- und Lagerkonzepts sollen nunmehr ›humanitär‹ gestaltete, aber in ihrer Funktion gleichgerichtete vertragliche Regelungen zum Beispiel mit einer der liby-

schen ›Regierungen‹ sein, nämlich mit dem von EU und UN anerkannten ›Government of National Accord‹ (GNA): Die ›Regierung‹ besteht aus einem Präsidenten und einem siebenköpfigen Präsidialrat, der es nicht wagt, die Marinebasis in Tripolis zu verlassen, wo er selber Schutz gefunden hat. Es geht in diesem Falle also um einen Vertrag der Europäischen Union mit einem durch Anerkennung, Geld, Hilfslieferungen und Ausbildungsangebote gefügig gemachten, derzeit noch zögerlichen Marionettenregime.

■ Der Menschenhändler Gaddafi lässt grüßen. Er war auf furchtbare Weise seiner Zeit voraus und wir treten mit den europäisch-afrikanischen ›Migrationspartnerschaften‹ scheinbar ein Stück weit sein schäbiges Erbe an. Sage später niemand wieder, man habe das alles nicht gewusst. Wir haben es gewusst und wer sich nicht dagegen auflehnt, wird vor der Geschichte und, wenn er Christ ist, auch vor seinem Gott mitschuldig sein.

Es muss dabei nicht um christliche Nächstenliebe gehen. Die profane Beachtung der Menschenrechte genügt; denn der Schutz vor der Gefährdung von Leib und Leben und ein Leben in Würde sind Menschenrechte. Und die deutsche Verfassung schützt bekanntlich nicht die Würde des Deutschen, sondern die Würde des Menschen – gleich wie er aussieht, woher er kommt und an welchen Gott er glaubt.

■ Kurzfassung der Erstveröffentlichung in: MIGAZIN, 19.12.2016

■ Prof. em. Dr. phil. habil. Klaus J. Bade ist Migrationsforscher, Publizist und Politikberater. Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche im Oktober angefragt werden.

■ Kontakt: kontakt@kj Bade.de

VERPFLICHTUNG ZUR FLÜCHTLINGSHILFE UND SOLIDARITÄT AUS CHRISTLICHER SICHT

Hille Haker

Die Zahlen sind erschreckend: weltweit sind derzeit mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Menschen auf der Flucht verlassen ihr Zuhause nicht freiwillig, sondern weil sie um ihr Leben fürchten. Ihre Regierungen können oder wollen ihre Menschenrechte nicht garantieren – Flüchtlinge kämpfen zum Teil buchstäblich um ihr Leben.

Die meisten Flüchtlinge des Jahres 2016 stammen aus Syrien, gefolgt von Afghanistan, Irak, Burundi, der Zentralafrikanischen Republik, Eritrea, Somalia und dem Kongo. Seit einiger Zeit steigt die Zahl der Flüchtlinge aus dem Sudan und Südsudan dramatisch, und es ist damit zu rechnen, dass dies in den kommenden Jahren unter anderem auch zu einer neuen afrikanischen Flüchtlingsbewegung Richtung Europa führen wird. Trotzdem: die meisten Menschen finden Zuflucht in den umliegenden Ländern, und aus internationaler Sicht ist der Widerstand gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa oder auch den USA geradezu grotesk.

Drei verschiedene politische Haltungen gegenüber dem Flüchtlingsproblem können wir unterscheiden: Die Haltung der Abschottung und Verweigerung, die gerade zur nationalen Politik der USA erklärt worden ist; die Haltung der Begrenzung aus Gründen des politischen Realismus, wie sie derzeit in der Europäischen Union praktiziert wird und die mehr oder weniger zu einem ähnlichen Ergebnis führt. Davon unterscheidet sich die Haltung der politischen und gesellschaftlichen Solidarität, die zum Beispiel derzeit Kanada praktiziert. Die politische Diskussion zur Flüchtlingspolitik macht auch vor den Toren der Kirchen nicht Halt – Christen und ihre Kirchen können nicht weghören und wegsehen – wir müssen Position beziehen.

Abschottung: Die politische und gesellschaftliche Haltung der Verweigerung humanitärer Hilfe ist unmenschlich und unchristlich – ich habe die Folgen am Flughafen von Chicago, wo ich lebe, gesehen, als Familien vergeblich auf die Ankunft von Flüchtlingsfamilien warteten, denen die Einreise im letzten Mo-

ment verweigert wurde. Ich sehe die Panik in den Augen meiner Studierenden, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, weil sie und ihre Eltern vor langer Zeit vor Verfolgung in Guatemala oder El Salvador geflohen sind. Ich sehe die Folgen in den Flüchtlingsgefängnissen, die natürlich so nicht genannt werden dürfen, die sich aber von anderen Gefängnissen nicht unterscheiden, und für deren Schließung die amerikanischen Kirchen auch schon unter Präsident Obama eingetreten sind.

Politik der politischen Verantwortung: Aber auch die Realpolitik, die häufig als Verantwortungspolitik und -ethik bezeichnet wird, ist problematisch. Diese Haltung – und Praxis – nimmt nämlich als Ausgangspunkt den Maßstab des Status quo und der Zuständigkeit:

sie definiert den »Nächsten« vor allem als denjenigen, den wir von uns aus als solchen ansehen und zulassen. Unsere Nächsten sind dann zuallererst Flüchtlinge und nicht Frauen und Männer, Mütter und Väter, Großeltern oder Mädchen und Jungen, deren Leben und Sicherheit bedroht sind. Bevor wir ihnen helfen, vergewissern wir uns, dass sie auch zu uns passen: sie dürfen nicht das Stadtbild beherrschen; sie dürfen nicht unseren Wohlstand gefährden; wir müssen sie für unsere Ausbildungen und Arbeit brauchen; sie dürfen nicht den Schulunterricht durcheinanderbringen; sie sollen möglichst nicht muslimisch sein – wenn sie all diese Kriterien erfüllen, dann passen sie zu uns. In den USA dauert der Prüfprozess für jeden Flüchtling durchschnittlich zwei Jahre, und in der EU tobt seit Jahren ein Kampf um die Verteilung der legal und illegal ankommenden Flüchtlinge. Dank der »Realpolitik« der EU sind zum Beispiel die griechischen und italienischen Inseln inzwischen für viele zur Endstation ihrer Hoffnung



Das Motiv »Grenzen überwinden« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2017 erhältlich. Gestaltung: BALLHAUS WEST, Berlin

Das Bestellformular finden Sie auf: www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax: Fax: 069 / 24 23 14-71

geworden. »Außengrenzen sichern«, »umverteilen«, »Anreize reduzieren«, »Aufnahmelager jenseits der EU aufbauen«, »kontrollieren«, »registrieren« – dies sind die Einträge aus dem Wörterbuch der realen EU-Politik. Aber so notwendig Realpolitik auch ist, sie stellt die Weichen falsch, wenn sie »uns« und nicht die Menschen auf der Flucht in den Mittelpunkt stellt: Verantwortliche Politik beginnt nicht mit der Betonung, was wir nicht können, sondern mit der Bereitschaft, das scheinbar Unmögliche möglich zu machen.

Politik der Solidarität: Die politische und gesellschaftliche Solidarität, die häufig als idealistische und daher unrealistische Gesinnungsethik verunglimpft wird, geht nicht von den Grenzen des Möglichen aus, sondern von den Notwendigkeiten angesichts von Leiden. Johann Baptist Metz hat dies einmal so ausgedrückt:

»Der Bereich der Zuständigkeit, der Umfang der Verantwortung ist prinzipiell unbegrenzt. Kriterium für Maß und Umfang ist und bleibt – das fremde Leid, so wie des unter die Räuber Gefallenen in der Geschichte Jesu, an dem der Priester und der Levit »im höheren Interesse« vorübergehen.«

Sind Christen zu einer solchen unbegrenzten Solidarität verpflichtet? Wir sind es nicht, wenn wir uns und unser Leben zum Maßstab der Hilfe machen. Der Gegenbegriff zur Solidarität ist die Trägheit des Herzens, Acedia – sie verhindert Solidarität, verhindert, dass wir unsere Pläne ändern wie der Samariter es tat. Avishai Margalit formuliert scharf: »Moral brauchen wir genau dort, wo wir keinen Anteil nehmen.«

Solidarität gründet auf den Menschenrechten, die heute nicht sehr hoch im Kurs zu stehen scheinen. Und dennoch gilt: Die Rechte des anderen sind die Pflichten derjenigen, die dem anderen nahe sind. Das Leiden von Menschen auf der Flucht verpflichtet uns rechtlich: Das internationale Flüchtlingsrecht verbietet Zurückweisungen an den Grenzen ohne Prüfung der Schutzbedürftigkeit. Solidarität ist aber nicht nur eine rechtliche, sondern auch unsere moralische und religiöse Pflicht, weil wir dem anderen Nachbar sein sollen. Nachbarschaft aber ist nicht immer,

und nicht notwendig, nur ein geographischer Begriff. Zweifellos suchen wir uns nicht aus, mit wem wir in Nachbarschaft leben, wohl aber entscheiden wir, wem wir Nachbar werden.

Solidarität bedeutet bereit zu sein, eingeschlagene Wege zu verlassen und Platz zu schaffen, nicht zuletzt in unseren Herzen. Dass dies auch politisch möglich ist, beweisen die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, und es beweisen auch politische Strategien wie die kanadischen Patenschaften und die vergleichsweise schnellen Einbürgerungsprozesse. Dies ist eine andere Weise der Realpolitik – eine Politik, die das fremde Leid zum Maßstab politischen Handelns macht.

Wir haben Solidarität im Bürgerengagement auf den griechischen Inseln und im Februar in der Massendemonstration in Spanien für die Aufnahme von Flüchtlingen der Bewegung Casa Nostra Casa Vostra (Mein Haus ist dein Haus) gesehen – und wir haben es 2015 auch in der deutschen Politik gesehen. Ob eine solche, solidarische Verantwortungspolitik auf Dauer von unseren Gesellschaften, die sich gerne als christlich bezeichnen, begrüßt wird, hängt nicht zuletzt von der Bereitschaft der Christen und Christinnen ab, ihre Stimme für die flüchtenden Menschen zu erheben.

Aktive Nächstenliebe, Solidarität, Gerechtigkeit und der mit anderen empfundene Schmerz über Leiden (Barmherzigkeit) sind Grundwerte einer humanistischen Ethik, nicht exklusiv, aber eben auch tief verwurzelt in der christlichen Religion. Individuelle Nächstenliebe bedarf der strukturellen Hilfe, um wirksam zu werden – und gesellschaftliche Solidarität bedarf der institutionellen Gerechtigkeit, die darauf bedacht ist, Lasten und Vorteile gleichmäßiger zu verteilen, damit es allen zusammen besser geht. Dies ist der eigentliche Einsatzort für eine Realpolitik, die in der Tat Kompromisse machen muss.

Wenn zwischenzeitlich den Kirchen vorgeworfen wird, sich mit einer Haltung der moralischen Überlegenheit in die Politik einzumischen, dann kann dies angesichts Tausender ertrinkender Menschen im Mittelmeer und der dramatischen Zunahme von Übergriffen gegen Flüchtlingsheime nur Ansporn

sein, die Maßstäbe politischer Entscheidungen immer wieder zurechtzurücken. Sollen wir denn wieder aufhören zu weinen? Sollen wir ein wenig weniger Anteilnahme zeigen? Und dafür ein wenig mehr auf Gerechtigkeit pochen? Aber welche Gerechtigkeit wäre das? Und vor allem: wessen Gerechtigkeit?

Die Bibel nennt die Menschen, denen unsere Anteilnahme zuallererst gelten muss, die anawim: die Ausgeschlossenen, Übersehenen, Marginalisierten. Und schon in den biblischen Texten gehört die Geschichte der Flüchtlinge und Migranten zum Kern der jüdischen und später der christlichen Religion: der Gott der Barmherzigkeit ist zuallererst ein Gott, der unmissverständlich zusammendenkt, was heute gegeneinander ausgespielt wird: es gibt keine Verantwortungsethik ohne die sie ermöglichende Solidarität und ohne eine ihr entgegengerichtete Gerechtigkeit.

■ Prof. Dr. Hille Haker ist Theologin und Ethikerin. Sie arbeitet derzeit an der Loyola University Chicago.

■ Kontakt: hhaker@luc.edu

DAS RECHT AUF FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG FÜR FLÜCHTLINGE UND SUBSIDIÄR GESCHÜTZTE UND DIE STAATLICHEN PFLICHTEN AM BEISPIEL SYRISCHER SCHUTZBERECHTIGTER

Bernward Ostrop

■ »Ich muss dauernd an sie denken, mache mir große Sorgen. Es ist schwierig sich auf etwas anderes, mein Leben hier, den Deutschkurs, zu konzentrieren.«

Ziad, seit über anderthalb Jahren von seiner Ehefrau getrennt

■ »Ich hatte nicht damit gerechnet, dass es so schwierig sein würde, meine Familie nachzuholen. Eine Zeit lang dachte ich, dass ich wohl in die Türkei zurückgehen muss, um sie je wiederzusehen. Ich verstehe nicht, warum das alles so schwierig ist.«

Khalil, syrischer Kurde, aus Aleppo geflohen, als Flüchtling anerkannt. Seine Frau und fünf Kinder befanden sich im Libanon. Ohne syrische Pässe durften sie jedoch nicht nachziehen, da es ohne Reisepässe nicht eindeutig feststellbar war, dass es sich tatsächlich um die gemeinsamen Kinder handelte. Weder war es für die Mutter möglich, zurück nach Syrien zu reisen, noch Reisedokumente bei der syrischen Botschaft zu erhalten. Die Eltern wussten nicht, was sie tun sollten. Die lange Trennung und die Ungewissheit waren sehr belastend.

Familien verdienen Schutz. Einen solchen Satz würden wahrscheinlich viele Menschen in Deutschland unterstützen. Nicht nur für die Kirchen ist die Familie ein hohes Gut, das sie für besonders schützenswert halten. Auch die Parteien der Regierungskoalition sehen in der Familie »Zusammenhalt«¹ oder bezeichnen die »Familie als das Fundament unserer Gesellschaft«². Das Grundgesetz schützt Familien, indem es in Art. 6 Familien »unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung« stellt. Schutz bedeutet auch, dass der Staat zumindest nicht im Wege stehen darf, wenn eine Familie getrennt ist und zusammenleben möchte. So hat auch das Bundesverwaltungsgericht angedeutet, dass es zeitliche Grenzen für die Trennung von Familienangehörigen gibt. Im Fall des Nachzugs zu einem oder einer Deutschen hält es zum Schutz der Ehe und Familie eine Trennung im Regelfall lediglich für ein Jahr

für zulässig³. Bei einem anerkannten Flüchtling ist die Lage vergleichbar, da eine Familienzusammenführung in der Regel nur in Deutschland erfolgen kann, denn Flüchtlingsschutz besagt, dass es unzumutbar ist, in den Verfolgerstaat zurückzukehren. So ist meist Deutschland der einzige Staat, in dem die Familie dauerhaft zusammenleben kann.

Nach dem Aufenthaltsgesetz haben Flüchtlinge einen Anspruch ihre Kernfamilie – bestehend aus Ehepartner bzw. Ehepartnerin und minderjährigen Kindern – nach Deutschland nachzuholen. Dies gilt für anerkannte Flüchtlinge wie auch für subsidiär Geschützte gleichermaßen. Allerdings ist derzeit die Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte bis März 2018 ausgesetzt.

Schutzberechtigte sind Flüchtlinge, die begründete Furcht vor Verfolgung (nach der Genfer Flüchtlingskonvention) haben und subsidiär Schutzberechtigte. Als subsidiär schutzberechtigt werden Menschen angesehen, denen Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung droht oder denen aufgrund eines Krieges Gefahren in ihrem Herkunftsland drohen.

Der Anspruch auf Familienzusammenführung ist bei anerkannten Flüchtlingen oder bei subsidiär Geschützten zusätzlich privilegiert. Sofern sie inner-

- 1 SPD-Impulspapier der Programmkommission zur Bundestagswahl
- 2 Beschluss des 29. Parteitags der CDU, S. 8
- 3 BVerwG -10 C 12.12-, 4. September 2012 – (Rn. 28)



Mahnwache: »Ich vermisse meine Familie« der Flüchtlingsinitiative »people meet people – Respekt e.V.« am 3. August 2016 vor dem Auswärtigen Amt. © Christian-Ditsch.de

Familienzusammenführung: Ein Schutzberechtigter (Flüchtling oder subsidiär Geschützter) hat einen Anspruch darauf, seine Kernfamilie nach Deutschland zu holen. Zur Kernfamilie zählen nach dem Aufenthaltsgesetz: Minderjährige; ledige Kinder; die Eltern von minderjährigen ledigen Kindern (sofern das Kind selbst schutzberechtigt ist) und Ehepartner*innen und eingetragene Partner*innen von Schutzberechtigten.

halb von drei Monaten nach Anerkennung den Familiennachzug beantragen, müssen sie nicht nachweisen, dass sie den Lebensunterhalt sicherstellen können oder geeigneten Wohnraum haben. Wie kommt es dann dazu, dass die vielen anerkannten Flüchtlinge teilweise Jahre warten müssen, um ihre Familien nachzuholen?

Für die Aufnahme von Familien ist es erforderlich, Kapazitäten in den Behörden vorzuhalten. Das ist bislang nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Im Jahr 2015 und bis Ende September 2016 wurden an den Auslandsvertretungen in der Türkei, im Libanon, in Jordanien, in Ägypten und im Irak zusammen 60.000 Visa zur Familienzusammenführung beispielsweise für syrische Staatsangehörige erteilt. Die deutschen Botschaften kommen mit der Terminvergabe bei steigenden Anerkennungszahlen insbesondere von syrischen Flüchtlingen nicht hinterher. Das zeigt sich zum Beispiel bei den Wartezeiten alleine für die Erteilung eines Termins bei der deutschen Botschaft, über die ein Visum zur Familienzusammenführung beantragt werden muss. Derzeit beträgt zum Beispiel die Wartezeit bei der deutschen Botschaft im Libanon nur für den Termin 12 Monate und länger. Erschwerend kommt hinzu, dass für die Visumserteilung häufig die notwendigen Unterlagen wie Reisepäs-

Schutzberechtigte sind Flüchtlinge, die begründete Furcht vor Verfolgung (nach der Genfer Flüchtlingskonvention) haben und subsidiär Schutzberechtigte. Als subsidiär schutzberechtigt werden Menschen angesehen, denen Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung droht oder denen aufgrund eines Krieges Gefahren in ihrem Herkunftsland drohen.

se oder Geburtsurkunden noch beschafft werden müssen.

Leidtragende der langen Wartezeiten sind insbesondere Frauen und Kinder. Sie bleiben unter prekären Bedingungen zurück, in der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen. Wenn eine Familienzusammenführung nicht möglich oder absehbar ist, nehmen sie häufig gefährliche Fluchtwege auf sich und vertrauen sich Schleppern an, um zu ihren Familienangehörigen zu kommen. Für Personen, die subsidiären Schutz erhalten haben, ist die Familienzusammenführung derzeit sogar ausgesetzt. Aufgrund der befürchteten Überlastung bei der Aufnahme von Schutzbedürftigen in Deutschland im März 2016 wurde der Familiennachzug für Menschen, die nach Deutschland geflohen sind und subsidiären Schutz erhalten haben, pauschal für zwei Jahre ausgesetzt. Diese Personengruppe muss bis März 2018 auf den Nachzug ihrer Familienangehörigen warten. Selbst in den Fällen, in denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unrechtmäßigerweise nur subsidiären Schutz erteilt und den Flüchtlingsschutz versagt hat, wird selbst bei Einspruch aufgrund der langen gerichtlichen Verfahren meist eine Familienzusammenführung dennoch nicht vor März 2018 möglich sein.

Die langen Verfahrenszeiten bei den Verwaltungsgerichten sind bekannt. Kritikerinnen und Kritiker beklagen, dass bei der politischen Entscheidung, den Familiennachzug zu subsidiär Geschützten auszusetzen, die langen Verfahrenszeiten der Gerichte mit zum Kalkül gehörten.

Für subsidiär Geschützte aus Syrien bedeutet das, dass sie auf mehrere Jahre von ihren Familien getrennt sind. Selbst wenn eine solch lange Trennung nicht gegen den grundgesetzlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verstoßen sollte, dürfte sie zumindest integrationspolitisch fragwürdig sein. Denn durch die Ungewissheit und Sorge um die Familienangehörigen im Kriegsgebiet oder in Flüchtlingslagern ist die Konzentration auf Sprachkurse, Ausbildung oder Arbeit schwierig und eine Integration damit erheblich erschwert.

FAZIT

Wenn ein Recht auf Familiennachzug für Flüchtlinge besteht, hat der Staat die Verpflichtung, dieses Recht zu gewährleisten. Wenn Familien unter dem staatlichen Schutz stehen, wie es das Grundgesetz ausdrückt, müssen auch die staatlichen Institutionen Mittel bereitstellen, um die Umsetzung dieses Rechtes zu ermöglichen. Bei der Trennung von Familien müssten dabei strenge Maßstäbe gelten. Die langen Wartezeiten sind auch für die Nachziehenden eine extrem große Belastung. Oft stehen sie in der Wartezeit vor finanziellen Problemen, vor Obdachlosigkeit. Es gibt sogar Fälle, in denen Flüchtlinge aus Syrien in der Türkei finanziell nicht überleben können und daher während der Wartezeit auf die Familienzusammenführung wieder in das Kriegsgebiet nach Syrien zurückkehren müssen.

Aus diesen Gründen darf ein Staat, der das Recht auf Familie achtet, bei Engpässen nicht untätig verharren, sondern muss Möglichkeiten für den Familiennachzug in absehbarer Zeit schaffen. Wartezeiten auf einen Termin bei der Botschaft von über einem Jahr sind dabei nicht hinnehmbar, wenn man es mit dem grundgesetzlichen Schutz der Familie durch die staatliche Ordnung ernst meint. So muss das Auswärtige Amt sofort Konzepte entwickeln und umsetzen, um die hohen Antragszahlen für Flüchtlinge in angemessener Zeit bearbeiten zu können. Zwar sind Bemühungen des Auswärtigen Amtes erkennbar zum Beispiel durch Kooperationen mit der International Organization of Migration (IOM), aber nicht ausreichend, da sich die Wartezeiten nicht merklich verkürzt haben. Der besondere Schutz der staatlichen Ordnung meint Gewährleistung von Rechten, nicht allein das Bemühen der Botschaften. Die personellen Kapazitäten an den Botschaften müssen massiv gesteigert werden.

■ Bernward Ostrop ist Referent für Migration und Flüchtlinge beim Deutschen Caritasverband, Berliner Büro.

■ Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt: Bernward.Ostrop@caritas.de

»NACH AFGHANISTAN GEHT GOTT NUR ZUM WEINEN ... «

SCHUTZ IM BAYERISCHEN KIRCHENASYL

Stephan Theo Reichel

»Wenn ich nach Afghanistan zurückgehen muss, will ich lieber sterben«, sagt der 22-jährige Ehsan, der kurz vor Weihnachten im ersten Flieger nach Kabul sitzen sollte. Er saß an einem Adventsabend zitternd vor Angst vor mir in einem Münchner Café inmitten von Menschen in Vorfreude. Er hatte vier Wochen vorher seinen Abschiebebescheid aus heiterem Himmel erhalten; Ausweis und Krankenversicherungskarte waren ihm abgenommen worden, ihm, der seit sechs Jahren unbescholten in Oberbayern und München lebte, Wohnung, Arbeit, Freunde hatte, ein angesehener Spieler in einem Münchner Fußballclub war. Alles hatte er über Nacht verloren.

Sein Arbeitgeber und seine Fußballfreunde hatten eine Petition beim Bayerischen Landtag eingereicht, die ignoriert wurde. Er hatte große Schmerzen, hatte eine schwere Gürtelrose entwickelt vor Angst und Schrecken, wie wir am nächsten Tag bei einem Arzt feststellten.

Heute lebt er in der Sicherheit eines Kirchenasyls, betreut von einer großzügigen Pfarrerin, beliebt in der politischen und kirchlichen Gemeinde der unterfränkischen Kleinstadt. Er ist der Star der Kindergruppe, die er betreut, kocht für Kirchenfeste, geht jeden Sonntag zum Gottesdienst und wundert sich über die große Zuwendung der in der Gemeinde lebenden Christen und Mitmenschen.

Abschiebungen nach Afghanistan bedeuten Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen. Der Bericht des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) für 2016 spricht eindeutig von Lebensgefährdung in Afghanistan, ähnlich wie die deutlichen Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes oder Berichte der wenigen NGO's, die noch in Kabul arbeiten. Laut UNHCR ist das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem »innerstaatlichen bewaffneten Konflikt« im Sinne des europäi-



© Friederike Ekl

schen Flüchtlingsrechtes betroffen. Zudem könne man »aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage« gar nicht zwischen sicheren und unsicheren Regionen in dem Bürgerkriegsland entscheiden, so UNHCR weiter.

Wir gewähren Kirchenasyle nur in extremen Härtefällen. Es muss Gefahr an Leib und Leben gegeben sein. Alle Mittel müssen ausgeschöpft sein und es muss eine Perspektive geben. All das trifft für afghanische Kirchenasyle zu. Durch Asylfolgeanträge kann eine Lösung gefunden werden. UNHCR weist darauf hin, dass »die Bewertung des Schutzbedarfs stets aufgrund aller zum Zeitpunkt der Entscheidung verfügbaren, neuesten Erkenntnisse erfolgen muss. Bei einem bereits länger zurückliegenden negativen Abschluss eines Asylverfahrens wird somit häufig Anlass bestehen, aufgrund der Veränderung der Faktenlage eine neue Ermittlung des Schutzbedarfs vorzunehmen.«

Wir nehmen Menschen in Kirchenasyle, wenn die Abschiebung konkret droht, wenn, wie in Bayern, laufende Petitionen oder Härtefallvorlagen nicht mehr – wie bisher – die Abschiebung stoppen. Kirchenasyl ist Ultima Ratio.

Wir wollen neben der oft lebensrettenden Maßnahme des Kirchenasyls auch Perspektiven eröffnen. Wir befristen die Kirchenasyle in der Regel zunächst auf drei bis vier Monate, um dann über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Das Ziel ist, von Abschiebungen in menschenrechtsverletzende Situationen bedrohten Menschen eine Aufenthaltsperspektive zu eröffnen.

Wir werden uns auch weiter Abschiebungen in lebensgefährdende Situationen entgegenstellen und Menschen in Schutz nehmen.

In Hof wurde im Dekanat ein zehnjähriger Junge mit seinem 25-jährigen Vormund und Onkel aufgenommen, in der Oberpfalz zwei 19-Jährige, die nie in Afghanistan gelebt haben, in München ein junger Mann, der eigentlich hier seine Frau heiraten wollte. Nachdem Abschiebungen auch aus der Psychiatrie und Berufsschulen erfolgten, haben wir auch kranke und junge Menschen mitten in der Ausbildung schützen müssen. Allen ist gemeinsam: Sie müssten in dem von religiösen, mafiösen, rassistischen und kriegerischen Unruhen gebeutelten Land um ihr Leben fürchten. Ehsan sagt, dass sie im Dorf von ihm verlangten mitzukämpfen. »Ich kann nicht einmal einen Hasen totschießen«. Ähnlich wie bei Ehsan haben wir vor

diesem Hintergrund weiteren bedrohten Menschen Kirchenasyl gewährt.

Die bayerische Synode der Evangelischen Landeskirche hat wie andere deutsche Kirchen auch eine Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan gefordert. Das wird auf Dauer nicht überhört werden können.

Wir sind überzeugt, dass die Situation in Afghanistan nicht länger schöngeredet werden kann. Die juristische Klärung muss auf Basis der tatsächlichen Situation erfolgen. Die bisher einhellige

öffentliche Ablehnung dieser menschenrechtswidrigen Abschiebepolitik muss und wird zu einem Ende der Angstflüge führen.

Was dennoch bleibt, ist der Schrecken und die Verzweiflung vieler junger afghanischer Menschen, die voller Hoffnung in unser Land gekommen sind und dem Versprechen des Willkommens geglaubt haben. Wer in Angst um sein Leben ist, kann sich schwer auf das Ankommen in der deutschen Gesellschaft konzentrieren.

Eshan sagte mir bei meinem letzten Besuch: »Ich bin jetzt wieder sicher, aber mein Leben ist kaputt«.

Das müssen wir ändern.

■ Stephan Theo Reichel ist Beauftragter der Bayerischen Landeskirche für die Beratung und die Koordination in Fragen des Kirchenasyls.

■ Kontakt:
srkirchenasylbayern@icloud.com

DIE UNSICHTBARE POLITIK DER WILLKOMMENSGESELLSCHAFT

Serhat Karakayali

Die in diesem Text vorgestellten Ergebnisse sind aus Forschungen an der Humboldt Universität, der Oxford University und dem IMIS in Osnabrück entstanden – in Zusammenarbeit mit Dr. Olaf Kleist und Dr. Ulrike Hamann. Weitere Informationen dazu finden Sie unter: www.bim-fluchtcluster.hu-berlin.de

■ Eines der wichtigen Ergebnisse ist zunächst, dass die Zahl der Ehrenamtlichen seit dem Jahr 2011 kontinuierlich angestiegen ist und es im Sommer 2015 zu einem großen Zuwachs kam, der die Zusammensetzung dieses Feldes deutlich verändert hat. Waren es bis 2015 noch weitgehend bewegungsnahe Akteure, die sich mit einem einigermaßen kohärenten Weltbild für Flüchtlinge engagierten, kamen im vorigen Jahr sehr viele neue Ehrenamtliche dazu, die vorher noch keine Erfahrung mit den Themen Migration und Flucht hatten.

Durch die erhebliche Zahl der Flüchtlinge, deren Verteilung auf ländliche Gegenden, aber auch durch die Tatsache, dass die Bundeskanzlerin und viele Leitmedien die Aufnahme der Flüchtlinge positiv begleitet haben, sind Personenkreise hinzugekommen, die das Gesamtbild in Richtung der sogenannten »gesellschaftlichen Mitte« hin verschoben haben.

Bemerkenswert ist, dass die allermeisten Engagierten weitgehende Vorstellungen über die rechtlichen Grundlagen der Schutzgewährung haben. Während sich nur wenige auf das im Art. 16a GG verankerte Asylrecht, das Schutz bei politischer Verfolgung gewährt, beziehen, geben die allermeisten »Menschenrechtsverletzungen«, »Erzwungene Migration« und »Offene Grenzen« als Gründe an, die eine Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland rechtfertigen. Dabei ist der Bezug auf »erzwungene Migration« besonders interessant, denn er verweist nicht auf spezifische, objektive Ursachen, sondern auf die Subjektivität des Migranten. Es wird hervorgehoben, dass die Flüchtlinge gegen ihren Willen, d.h. »unverschuldet« nach Deutschland kommen. In der internationalen Debatte um Flucht und Migration wird seit Jahren darauf hingewiesen, dass die scharfe Trennung zwischen politischen und ökonomischen Ursachen für Flucht und Migration nicht haltbar ist. In vielen Regionen der Welt gehen politische und ökonomische Unsicherheit Hand in Hand.

ZWISCHEN BEWEGUNG UND EHRENAMT

Mit den neu mobilisierten Kreisen hat sich das Ehrenamt für Flüchtlinge pluralisiert.

Anders als beim herkömmlichen Ehrenamt, das meist in gesellschaftlich unumstrittenen Bereichen stattfindet (Sport, Jugendarbeit, Gesundheit etc.), bewegen sich die Engagierten mit dem Thema Flucht in einem gesellschaftlich kontroversen Themenfeld. Einige bringt die Parteinahme für die Sache der Flüchtlinge in eine kritische Haltung gegenüber der geltenden Rechtslage und der damit verbundenen Flüchtlingspolitik. Manche Engagierte müssen sich wiederum gegenüber Nachbarinnen und Nachbarn, Verwandten und Kollegen rechtfertigen. In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass insbesondere Ehrenamtliche in den Kleinstädten Ostdeutschlands von einer Spaltung ihrer Gemeinde sprechen.

Von einer »sozialen Bewegung« im herkömmlichen Sinne kann man nicht sprechen, da viele sich nicht an politischen Aktionen beteiligen oder ein bestimmtes längerfristiges Ziel verfolgen. Manche Ehrenamtliche äußern vielmehr explizite Vorbehalte gegenüber Politik und distanzieren sich von allem Politischen.

HELFEN ALS ZEICHEN

Wie unsere Befragungen ergeben haben, ist das Motiv sich einzusetzen oftmals dort stark, wo sich in Bürgerversammlungen oder Informationsveranstaltungen

staltungen sogenannte »asylkritische« Stimmen melden. Engagierte geben oft an, dass sie mit ihrem Einsatz ein Zeichen gegen rechtspopulistische Stimmungsmache setzen wollen. Der Einsatz ist auch mit der Vorstellung verbunden, dass eine frühe »Integrationsarbeit« mit Flüchtlingen dazu beitragen würde, Konflikte zu vermeiden. In manchen Kommunen wird berichtet, dass Nachbar*innen, die anfangs skeptisch gegenüber der Einrichtung eines Asylheims im Viertel waren, nun bei der Willkommensinitiative mitmachen. Wie weit solche erfolgreichen Integrationsstrategien verbreitet sind, ist schwer zu sagen. Es kann vermutet werden, dass die Arbeit solcher Willkommensinitiativen einen praktischen Beitrag zur Zurückdrängung rechtspopulistischer und fremdenfeindlicher Stimmungen leistet.

Auch wenn die allermeisten ihre Arbeit als befriedigend empfinden, so besteht doch die Gefahr einer Ermüdung und Erschöpfung. Während die Befriedigung in der Regel mit dem direkten persönlichen Kontakt und der menschlichen Dimension des Engagements in Verbindung gebracht wird, sind die Frustrationen fast immer Folge des Umgangs mit Behörden. Die typische Geschichte handelt davon, wie dem Flüchtling, für den Mitglieder der Initiative nach langem Suchen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden, dann keine Arbeitserlaubnis erteilt wird.

ZIVILGESELLSCHAFT

Die wesentliche Aufgabe des Engagements besteht darin, gesellschaftlichen Zusammenhalt, der die Neuankömmlinge mit einschließt und der der Polarisierung von Rechts entgegentritt, zu organisieren. Sie besteht darin, geflüchteten Menschen den Kontakt mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen. Die Integrationsleistung, die diese Initiativen erbringen können, lässt sich durch kein Integrationsgesetz und keinen Integrationskurs ersetzen. Sie müssen daher auch dort entlastet werden, wo ihre Arbeitskraft fehl am Platze ist, und wo staatliche Stellen Leistungen erbringen müssten. Ein Großteil der wöchentlichen Stundenzahl wird etwa für Behördengänge und zudem für die Beziehungen zu Behörden aufgewandt. Genannt werden dabei vor allem die Ausländerbehörde,

das Sozialamt und Schulen. Dass Ehrenamtliche eine solch zentrale Rolle in der Beziehung zwischen Behörden und Flüchtlingen spielen, verweist auf einen Mangel. Dies ist gravierend, da Behörden eine zentrale Rolle im Leben von Flüchtlingen und insbesondere von Asylbewerber*innen spielen. Darüber hinaus bedeutet dies für die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, dass sie ein Defizit staatlicher Aufgaben ausgleichen müssen, während ihre Möglichkeiten, eine zivile Willkommensgesellschaft aufzubauen, durch diese Aufgaben behindert wird.

Die Integrationsleistung der Initiativen beschränkt sich aber nicht nur auf die Inklusion der Geflüchteten. Sie richtet sich indirekt und direkt auch an jene, die Einwanderung und Vielfalt als Gefahr und Bedrohung erleben. Wo den Medien und dem politischen Establishment nicht vertraut wird, sind es Nachbarn, Fußballtrainer oder die Landärz-

tin, die durch ihr Engagement auch alteingesessenen Deutschen mit wenig Migrationserfahrung die Integration in die Vielfaltsgesellschaft erleichtern können.

Das bürgergesellschaftliche Engagement dieser Initiativen ist unabdingbar. Es kann und soll nicht vollständig durch staatliche Strukturen ersetzt werden. Daher ist es wichtig, dass Organisationen, die Erfahrungen mit gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit haben, den Initiativen in der Flüchtlingsarbeit mit Strukturen und Wissen bei der Durchführung ihres Engagements Hilfestellung leisten. Dies richtet sich auch an Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, insbesondere Stiftungen und größere Organisationen stehen in der Pflicht, Initiativen und Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit auch finanziell zu unterstützen. Diese Mittel können dazu dienen, Strukturen aufzu-

MAGAZIN:

CHRISMON SPEZIAL: ANKOMMEN!

■ Wozu ist Sexualkundeunterricht gut? Wie findet man als geflüchteter Mensch eine Mietwohnung? Was ist eigentlich ein Kirchentag? – Das sind Fragen von Menschen, die beginnen, sich in Deutschland ein neues Zuhause zu schaffen. Im März 2017 erschien eine weitere Spezialausgabe des evangelischen Magazins *chrismon*, diesmal geschrieben von Flüchtlingen für Flüchtlinge. Unter dem Titel »Ankommen!« geht es um Alltag, Glauben und Miteinander in Deutschland. Alle Beiträge haben geflüchtete Journalistinnen und Journalisten des Projekts »Amal, Berlin! Hoffnung, Berlin!« recherchiert, die seit September 2016 an der Evangelischen Journalistenschule (EJS) in Berlin ausgebildet werden. Es sind Geschichten, die sie selbst bewegen: Von einem Begegnungschor mit interkulturellem Repertoire, vom Weiterleben nach Krieg und Flucht, von den Möglichkeiten in Deutschland Ausbildung und Arbeit zu finden. Dazu gibt das Heft praktische Tipps und nennt hilfreiche Kontaktadressen.

Die Autorinnen und Autoren des *chrismon* spezial wissen, worüber sie schreiben und haben die Inhalte des Heftes selbst festgelegt. Die meisten von ihnen sind erst seit kurzem in Deutschland. »Wir wollen hier arbeiten – so schnell wie möglich,« sagt Anas Khabir. Er hat in Syrien über den Krieg berichtet.

Noorullah Rahmani lebt mit seiner Frau und vier Kindern in der Nähe von Berlin. »Journalisten können in meiner Heimat [Afghanistan] nicht frei berichten«, sagt er. Auch die Taliban setzten ihn unter Druck. Seit fünf Jahren lebt er in Deutschland und ist als Asylbewerber anerkannt. Dass es nicht einfach ist, in der Fremde heimisch zu werden, erzählt er in seiner Reportage für *chrismon*. Seine Botschaft: »Glaubt an Euch selbst und Eure Möglichkeiten. Mit Fleiß könnt Ihr alles schaffen.«

■ Das Magazin erscheint zweisprachig in Farsi-Deutsch und Arabisch-Deutsch und kann kostenfrei bestellt werden unter: fluechtlingsheft@chrismon.de

■ Alle Heftinhalte finden sich auch online: www.chrismon-guter-start.de



bauen, Wissen zu sichern und zu transferieren, und Koordinationsaufgaben nachhaltig zu verankern.

SICHTBAR MACHEN

Heute engagieren sich immer noch 10 % der Deutschen für Flüchtlinge, eine enorme Zahl! Wer dagegen eine deutsche Tageszeitung liest, gewinnt den Eindruck, dass die Agenda von den sogenannten Asylkritikern bestimmt wird. Seit Beginn 2016 hat sich der Topos eines Stimmungswandels etabliert, nachdem die Deutschen jetzt doch keine Flüchtlinge mehr aufnehmen wollten. Wir haben seit März vergangenen Jahres immer wieder danach gefragt, ob die negativen Schlagzeilen, etwa über die Ereignisse in Köln, zu einem Abbruch des Engagements geführt hätten. Dies wurde, bis auf eine Ausnahme, überall verneint. Es scheint so, dass die mikrosoziale Reichweite des Engagements und die Abkehr vom klassischen Politikstil dazu führen, dass

die Ehrenamtlichen nicht mehr wahrgenommen werden. Dabei könnte das Engagement eine politische Wirkung gegen rechte Stimmungsmache auch auf bundespolitischer Ebene haben. Die Initiativen und ihr Engagement können eine zentrale Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einnehmen. Diese Wirkung muss stärker öffentlich kommuniziert und als solche anerkannt werden. Durch eine klare positive Haltung und öffentliche Anerkennung der Kommunen und anderer Akteure zu Flucht, Geflüchteten und Engagement kann diese kontinuierliche Arbeit für sozialen Zusammenhalt gefördert werden

GEFLÜCHTETE ALS AKTEURE

Wenn hier von Engagierten und Flüchtlingen gesprochen wird, entsteht schnell der Eindruck, dass sich hier zwei Gruppen mit eindeutiger kultureller und ethnischer Identität gegenüberstehen. Das ist nicht der Fall. Die Ehrenamtlichen

sind genauso divers wie unsere Gesellschaft, ca. 20 Prozent der Engagierten haben einen Migrationshintergrund. Mehr noch, unter den Aktiven finden sich auch viele, die selbst als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, die meisten von ihnen arbeiten als ehrenamtliche Dolmetscher*innen. Es ist daher wichtig, dass Geflüchtete von Anfang an nicht nur als Empfänger von Hilfsleistungen behandelt werden, sondern ihnen Teilhabe und demokratische Interessensvertretung ermöglicht wird. Dies ist ein Grundstein für den zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

■ Dr. Serhat Karakayali arbeitet am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, HU Berlin

■ Kontakt:
serhat.karakayali@hu-berlin.de

INTEGRATION UND PARTIZIPATION VON MENSCHEN MIT FLUCHTERFAHRUNG IN CELLE

Dirk-Ulrich Mende

SERVICESTELLE ZUR ERSTORIENTIERUNG ALS FUNDAMENT

Im Januar 2014 begann die Stadt Celle mit der Planung einer Zentralen Anlaufstelle (ZAS), als Servicestelle für die der Stadt Celle zugewiesenen Flüchtlinge. Geflüchtete werden dort im Durchschnitt vier Wochen betreut, um sie mit dem neuen Umfeld vertraut zu machen und sie bei der Erstorientierung in Celle zu unterstützen. Dazu zählen eine allgemeine Gesundheitsberatung, praktische Hilfestellungen bei Mülltrennung, aber auch die Organisation der Beschulung der Kinder und Jugendlichen und nicht zuletzt der Einstieg in die deutsche Sprache und die Heranführung an unsere kommunale Wirklichkeit. Nach Gründung der ZAS noch im Jahr 2014 nahm sie im März 2015 den Betrieb auf. In der ZAS arbeiten Sozialpädagogen und hauptamtliche Übersetzer, die teilweise selber einen Migrationshintergrund haben, kooperativ mit ehrenamt-

lichen Unterstützerinnen und Unterstützern und Celler Einrichtungen wie Arbeitsagentur, Jobcenter, Volkshochschule und Wohlfahrtsverbänden zusammen. Nach der Aufnahme in der ZAS werden die neu Zugewanderten von der Stadt Celle 14 Tage bis vier Wochen später dezentral in Wohnungen im gesamten Stadtgebiet untergebracht. Im Herbst 2015 und bis in das Jahr 2016 hinein war die dezentrale Unterbringung von bis zu 60 Flüchtlingen pro Woche eine große Herausforderung. Dies gelang, weil in Celle vorhandene ungenutzte Wohnraumkapazitäten erschlossen werden konnten. Dies lag vor allem daran, dass die Stadtverwaltung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), mit ihren zahlreichen ehemaligen Wohnungen der britischen Alliierten, verhandeln konnte, dass diese für den Unterbringungszweck auch kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.

EHRENAMTLICHE STRUKTUREN UND KOMMUNALE ANSÄTZE VERBINDEN

Seit Beginn der großen Bewegung von Geflüchteten auch nach Celle hat sich hier ein großer Unterstützerkreis von sehr engagierten Ehrenamtlichen gebildet. Ohne deren Unterstützung wäre die ausgerufene Willkommenskultur nur durch hauptamtliche Mitarbeiter in Celle nicht zu bewältigen. Die ehrenamtliche Initiative »Celle hilft!« gründete mit der Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter in der ZAS drei Arbeitsgruppen. Die Gruppe Lernen und Bildung unterstützt seitdem in Fragen der Sprachförderung und bei schulischen Angelegenheiten. Stadtweit werden niedrigschwellige Sprachkurse mit dem Fokus auf die deutsche Umgangssprache angeboten. Die Gruppe Betreuung unterstützt die Geflüchteten durch Patenschaften und begleitet sie zum Beispiel bei Behördengängen, zu Ärzten und anderen Einrichtungen. In

der Gruppe Begegnung der Kulturen werden gemeinsame kulturelle Ausflüge wie Konzert- oder Museumsbesuche organisiert oder auch Fahrradausflüge im Sommer unternommen. Diese kulturellen Begegnungen sind eine gute Form, um Menschen zusammenzubringen und ihnen unsere Kultur nahe zu bringen und sie dafür zu interessieren. Jede Begegnung ist wichtig und hilft, die Sprachkompetenz zu erweitern. Neben der Gruppenarbeit finden Veranstaltungen mit Neuzugewanderten in der ZAS statt. Religiöse Feiertage werden miteinander begangen. Beispielsweise veranstalten ehrenamtliche Helfer gemeinsam mit Geflüchteten und hauptamtlichen Mitarbeitern eine vorweihnachtliche Adventsfeier.

UNTERSTÜTZUNG IN DEN STADTEILEN GEWÄHRLEISTEN

Die eigentliche Integration im Stadtgebiet kann nur erfolgreich eintreten, wenn diese neben den hauptamtlichen Bemühungen auch direkt im Umfeld und im Alltag der geflüchteten Menschen stattfindet.

Die Stadt Celle setzt daher bereits seit 2014 auf ein Integrationskonzept, welches die Celler Gesellschaft, insbesondere in den von geflüchteten Menschen stark frequentierten Stadtgebieten, einbindet und aktiviert. Zur direkten Betreuung der Geflüchteten, der Verständigung und Vernetzung mit den

Nachbarinnen und Nachbarn wurden in einzelnen Stadtgebieten Nachbarschaftstreffs initiiert, in welchen neben hauptamtlichen Beratungsmaßnahmen auch ehrenamtliche Betreuungs- und Unterstützungsangebote erfolgen. Ziel ist es, durch den intensiv geförderten Kontakt mit dem neuen Umfeld ggf. bestehende Vorurteile und Ängste auf beiden Seiten abzubauen, Probleme und Schwierigkeiten des Alltags und täglichen Zusammenlebens direkt bei deren Entstehung aus dem Weg zu räumen und so eine eventuell drohende Barriere zwischen den schutzsuchenden Menschen und der bestehenden Gesellschaft erst gar nicht entstehen zu lassen.

Eingebunden werden bei der Integrationsarbeit vor Ort auch die in den Stadtteilen bereits bestehenden Angebote und Initiativen sowie die engagierten Kirchengemeinden. Es wurde festgestellt, dass viele Personen anderer Glaubensrichtungen keinerlei Hemmungen haben, eine christliche Einrichtung zu besuchen. Die direkte und unkomplizierte Vernetzung vor Ort wird als ein wesentlicher Baustein der erfolgreichen Integration angesehen.

Als Herausforderung stellt sich in diesem Zusammenhang dar, einen Mittelweg zwischen notwendiger Unterstützung, Anleitung und Hilfestellung sowie der angestrebten Verselbstständigung des betroffenen Personenkrei-

ses zu finden. Hierbei ist es Aufgabe des hauptamtlichen Personals, die Bemühungen und Einsatzbereitschaft der ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger zu steuern und die zur Verfügung stehenden Kapazitäten zielgerichtet einzusetzen. Hiervon profitieren nicht nur die geflüchteten Menschen, sondern auch die Personen, welche mit sehr großem Einsatz einen Teil ihrer Freizeit für die Unterstützung der schutzsuchenden Menschen einsetzen. Eine dauerhafte Akzeptanz in der Bevölkerung kann zudem nur durch anhaltende Transparenz des behördlichen Handelns erreicht werden. Obwohl die bisher stark frequentierten Fluchtrouten weitestgehend nicht weiter passierbar sind und dadurch der Zuzug von Menschen merklich abgenommen hat, findet weiterhin eine Einreise von geflüchteten Menschen in das Bundesgebiet und damit letztlich auch in die Kommunen statt.

Insbesondere im Hinblick auf die negativen Schlagzeilen der letzten Monate im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen ist das bürgerschaftliche Engagement wichtiger denn je. Die Einbindung und Beteiligung der Menschen vor Ort ist daher für das Gelingen der Integration unerlässlich.

HERAUSFORDERUNGEN PROAKTIV ANGEHEN

Das Thema Integration ist für die Stadt Celle kein neues Thema. Die größte Minderheit in Celle sind die ezidischen Kurden aus der Türkei und dem Nordirak, die seit mehreren Generationen in Celle leben und arbeiten. Bereits im Sommer 2014 machten Celler Eziden auf die Situation der ezidischen Kurden im Sindschar-Gebirge aufmerksam. Tausende mussten das Sindschar-Gebirge verlassen, um den IS-Kämpfern zu entkommen. Die Stadt Celle hat einen guten Kontakt zu der Ezidischen Gemeinde und pflegt diesen sorgfältig. Auf der Grundlage eines Kooperationsvertrags zwischen der Stadt und der Gemeinde finden in regelmäßigen Abständen Austausch und Information statt. Die Stadt Celle hat zuverlässige Strukturen geschaffen, um Integration und Partizipation zu gewährleisten. Insbesondere mit der Einrichtung der Celler Zuwanderungsagentur 2016 als Eigenbetrieb haben wir einen neuen Weg beschritten, der deutlich macht,



■ Das Motiv »Baum der Vielfalt« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2017 erhältlich.

Gestaltung: May Aurin, Hamburg

Das Bestellformular finden Sie auf:

www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:

Fax: 069 / 24 23 14-71

dass es nicht nur um die Bewältigung der Aufnahme von Geflüchteten geht, sondern um Zuwanderung, die auch in den kommenden Jahren ein relevantes Thema sein wird. Die Zuwanderungsagentur steht deshalb auf drei Säulen – Betreuung der zugewiesenen Flüchtlinge (ZAS), Betrieb einer Außenstelle des Aufnahmelagers Braunschweig und Bildung und Qualifizierung der Geflüchteten in Zusammenarbeit mit allen anderen Akteuren in dem Bereich. Natürlich wird das Thema Flucht und Migration in der Bevölkerung kontrovers diskutiert. Die Bevölkerung will wissen, wie Neuzugewanderte in Celle unterkommen und wie sie letztendlich integriert werden sollen. Vereinzelt gibt es auch Beschwerden aus der Nachbarschaft zu diversen alltäglichen Gegebenheiten. Glücklicherweise sind dies Einzelfälle. Dass es in Celle so ruhig geblieben ist, ist auch den zahlreichen Informations- und Dialogveranstaltungen der Verwaltung zu verdanken. Die erste wurde bereits am 5. September 2015 durchgeführt, um öffentlich Aus-

kunft zu dem am Tag zuvor eingerichteten Notaufnahmelager zu geben. Es hat sich gezeigt, dass ein offener Umgang mit allen Aspekten der Zuwanderung erforderlich ist, um eventuelle Bedenken und Ängste aufgreifen zu können und den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass sie ernst genommen werden. Die Aufklärung und Information wurde in den Dialogveranstaltungen durch hochkarätige Wissenschaftler unterstützt. Sie referierten zu vielen Aspekten der Migration und Zuwanderung. Die Inhalte waren vielschichtig und thematisierten u.a. religiöse, demografische, ökonomische und schulische Fragestellungen. Durch den Dialog gelang es, die Bevölkerung für das Thema positiv zu öffnen und mit den Sorgen und Ängsten fachgerecht umzugehen und Fragen kompetent zu beantworten.

Langjährige Integrations- und Präventionsarbeit ist neben der guten Polizeiarbeit wichtig, um der rechten Szene in Stadt und Landkreis zu begegnen. Die

rechte Szene ist in den letzten Jahren zwar geschrumpft, dennoch existiert ein kleiner harter Kern. Seit acht Jahren setzt die Stadt Celle sehr aktiv in die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und für mehr Toleranz und Vielfalt in der Gesellschaft. In acht Jahren konnte die Verwaltung Fördermittel im Bereich der Integration in Höhe von mehr als 1 Million Euro akquirieren. Heute profitiert die Stadt von diesen Maßnahmen und seit 2015 ist die Stadt Celle eine der 234 Kommunen, die erfolgreich das Bundesprogramm Demokratie leben! – Partnerschaften für Demokratie in Celle umsetzen. So können nachhaltige Strukturen geschaffen werden, die Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure von Integrationsarbeit fördern.

■ Dirk-Ulrich Mende war bis Februar 2017 Oberbürgermeister der Stadt Celle.

■ Kontakt: stadt@celle.de

ANKUNFTSSTADT ODER ABWEHRSTADT?

Johannes Brandstätter

Die Städte und Gemeinden schwanken zwischen Abwehr und Willkommen. Die einen rufen nach Wohnsitzauflagen, die anderen fungieren als Stadt der Zuflucht oder als »Arrival City«.

Die kommunalen Spitzenverbände treten seit der so genannten Flüchtlingskrise im Herbst 2015, die sich eigentlich als eine Krise der Verwaltung darstellte, mit weitgehenden Forderungen für eine Begrenzung der Aufnahme und für schnelle Asylentscheidungen und Abschiebungen ein (siehe Kasten). Sie erklärten schon früh, die Kapazitäten der Städte und Gemeinden seien begrenzt oder das Ende ihrer Aufnahmefähigkeit

stünde unmittelbar bevor. Die über Monate andauernden skandalösen Probleme beim Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) schieben diese Behauptung zu unterstreichen. Obwohl die Zuzugszahlen im Frühjahr 2017 auf ein niedrigeres Niveau zurückgegangen waren, forderte der Deutsche Städte- und Gemeindebund auch da wieder: »Die Abschiebep Praxis muss weiter verbessert werden.«

Die laut und fortgesetzt verbreiteten Signale gegen weitere Zuzüge und Zuweisungen von Geflüchteten in die Kommunen stehen in Kontrast zur demographischen Entwicklung in vielen Orten, die einen Rückgang der Einwohnerzahlen beklagen: wenn diese sinken, droht eine Verringerung diverser Förderungs- und Ausgleichsfinanzierungen. Normalerweise konkurrieren die Kommunen deshalb um jede und jeden NeubürgerIn, von denen sie sich auch Impulse für die Wirtschaft erhoffen.

WAS HEISST EIGENTLICH »AUFNAHMEFÄHIGKEIT«?

Längst nicht alle Städte und Gemeinden sahen sich 2015/16 überfordert, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Nicht alle waren an die »Grenzen der Überlastung« gelangt, wie der Deutsche Städte- und Gemeindebund wiederholt (DStGB) behauptete. Einer Umfrage unter den 700 größten Städten

Sanctuary Cities

■ In den USA gibt es ganze Landkreise und Städte, die sich der Politik der Migrationsbegrenzung Washingtons widersetzen. An die 300 Sanctuary Cities (Städte der Zuflucht) wehren sich gegen vom Bund verfolgte Abschiebungen von arbeitenden Menschen und ihren Familien ohne Aufenthaltspapiere. Polizeibehörden verzichten dort zuweilen auf Abschiebungen, um die Zusammenarbeit mit den Latino-Communities bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensaufklärung nicht zu gefährden.

und Gemeinden von Februar 2016 zu Folge fühlten sich nur 6 Prozent von ihnen durch die Flüchtlingszuzüge überfordert. 50 Prozent der Kommunen gaben an, trotz Kapazitätsproblemen klarzukommen, und 16 Prozent konnten laut eigener Einschätzung sogar noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Städte wie Goslar im Harz wünschen ausdrücklich eine höhere Aufnahme.

Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit zu bestimmen, ist schwierig, da sie auch vom politischen Willen, die nötigen Ressourcen zu mobilisieren, abhängen. Von Ort zu Ort sind die Voraussetzungen hinsichtlich Infrastruktur, Bevölkerungsstruktur usw. sehr unterschiedlich. Auch ist zwischen kurzfristigen organisatorischen und langfristigen, in Strukturen eingreifende Maßnahmen der Eingliederung zu unterscheiden.

WOHNSITZAUFLAGEN SCHADEN

Seit 2016 gilt die Wohnsitzauflage als Teil des Integrationsgesetzes für zunächst drei Jahre. Sie entspricht einer Forderung des DStGB: »Es kann nicht sein, dass jeder hingeht, wohin er will«. Das sei ein wichtiger Ansatz, um den Kommunen Planungssicherheit zu gewährleisten, so Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg am 21. Februar 2016. »Wichtig ist auch, dass eine Wohnsitzpflicht mit einem Anreiz- und Sanktionssystem für die Flüchtlinge begleitet wird, um diese auch durchzusetzen.« Als Druckmittel sollten Kürzungen des Leistungsbezugs, Verschärfungen bei Aufenthaltsrecht und Familiennachzug

KOMMUNALER SPITZENVERBAND: MASSNAHMENKATALOG ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) propagiert u.a. folgende, kirchlichen Positionen widersprechende flüchtlingspolitische Ziele und Maßnahmen:

- Die Aufnahmefähigkeit unseres Landes für Flüchtlinge ist nicht unbegrenzt. Zustrom von Flüchtlingen dauerhaft begrenzen.
- Asylverfahren weiter beschleunigen. Abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern sollten dazu verpflichtet werden, das verwaltungsgerichtliche Verfahren von ihren Herkunftsländern aus zu betreiben. Um die Verfahren zu straffen, sollten sie auf eine Instanz beschränkt werden.
- Abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben. Alle Bundesländer sollten zentrale Ausreisereinrichtungen schaffen, wo abgelehnte Asylsuchende wohnen müssen.
- Familiennachzug steuern: Ein zeitlich begrenztes Moratorium, wie es im Asylpaket II angelegt wurde. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, deren Angehörige sich in einem sicheren Drittstaat aufhalten, sollte ein Familiennachzug nach Deutschland ausgeschlossen werden.
- Tunesien, Algerien und Marokko sollten als sichere Herkunftsländer definiert werden. Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern sollten nicht auf die Kommunen verteilt werden, sondern in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben.
- Zustrom begrenzen: Große europäische Erstaufnahmeeinrichtungen (»Hot-spots«) entlang der EU-Außengrenzen in größerer Zahl schaffen. In Syrien und im Irak sollten die Vereinten Nationen Sicherheitszonen zum Schutz der örtlichen Bevölkerung einrichten.
- Wohnsitzregelung zwingend notwendig und flächendeckend umsetzen. Durch die zahlreichen Ausnahmeverordnungen läuft die Wohnsitzregelung derzeit ins Leere. Sie genügt nicht und muss verlängert werden.
- Quelle: Maßnahmenkatalog zur Flüchtlingspolitik, 25.1.2017, www.dstgb.de (www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Schwerpunkte/Asyl%20und%20FI%3BChtlinge/Massnahmenkatalog%20Stand%3A%2025.01.2017%20%28PDF%29/Ma%3C9Fnahmenkatalog_IV_250117.pdf)

KEIN ANKOMMEN IN DER STADT OHNE NACHZUG DER ANGEHÖRIGEN

Die im Asylpaket II erfolgte Begrenzung des Familiennachzugs entsprach den Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds: »Ein zeitlich begrenztes Moratorium ist geeignet, um den Nachzug von Familien steuern zu können.« Die Städte und Gemeinden wollen daher, »dass das im März 2018 auslaufende Moratorium für den Familiennachzug für Flüchtlinge mit begrenztem Asylstatus noch einmal um ein, zwei Jahre verlängert wird«. ¹ Kirchen und Wohlfahrtsverbände verteidigen dagegen das verbürgte Menschenrecht auf Zusammenleben der Familie.

Die Diakonie Deutschland fordert das Auslaufen der Regelung. Die Einheit der Familie hat eine zentrale Bedeutung als Integrationsmotor. Die Sorge von Angekommenen, die ihre Angehörigen im Ungewissen und in großen Gefahren wissen, bindet ihre Kräfte, die sie für das Deutschlernen, berufliche Qualifizierung und Arbeitsplatzsuche dringend benötigen.

Besonders gravierend ist die Aussetzung des Familiennachzugs für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne ihre Eltern gekommen sind. Die Diakonie erlebt in Einrichtungen der Jugendhilfe, dass diese jungen Menschen daran zu zerbrechen drohen. Sie sind

geplagt von Sehnsucht und Sorge um ihre Eltern und Geschwister.²

Die zunächst unterstellte hohe Zahl nachziehender Familienmitglieder bei Verabschiedung des Gesetzes – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ging von durchschnittlich drei bis fünf zu Familienangehörigen nachziehenden Personen aus – hat sich mittlerweile deutlich reduziert, inzwischen wird von lediglich einer Person ausgegangen.

¹ Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg, Migazin 26. Januar 2017

² Stellungnahme von Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland, 24. Januar 2017

Gesine Schwan: Anreize statt Zwang

■ Eine Alternative zum Wohnsitzzwang zeigt auch die Politikerin Gesine Schwan auf. Kommunen sollen die Geflüchteten nicht von ihren Staaten aufgedrückt bekommen, sondern sich bei der EU um sie bewerben. Sie sollen dort Geld für die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge beantragen können. Die Bewerbung wäre freiwillig, die Geflüchteten könnten mitentscheiden, in welche Stadt sie ziehen.

oder die Verwirkung des Asylrechts dienen.

Sozialarbeitende berichten jedoch von zahlreichen Problemen mit der Wohnsitzauflage. Denn bei der Umsetzung beispielsweise in Nordrhein-Westfalen müssen sich drei Behörden einig werden, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörde und die Bezirksregierung. Dabei werde, so der Münsteraner Caritas-Chef Heinz-Josef Kessmann, »weder auf die Arbeitsmarktbedingungen noch auf familiäre Beziehungen oder tatsächlich vorhandenen, bezahlbaren Wohnraum Rücksicht genommen. Mit der wichtigste Faktor für eine gelingende Integration ist aber ein Arbeitsplatz.« Bei freier Wohnsitzwahl könne es zwar vorkom-

men, dass sich Menschen einer Nationalität an wenigen Orten zusammenfänden, so Kessmann, aber: »Das ist ein völlig normaler Prozess, den wir überall auf der Welt beobachten. Es gibt auch deutsche Viertel in vielen Metropolen dieser Welt. Warum wollen wir das den Flüchtlingen in unserem Land verwehren?« Aus der schleppenden Akzeptanz der Regelung in vielen Bundesländern folgert der Städte- und Gemeindebund jedoch nicht, sie abzuschaffen, sondern sie noch schärfer zu fassen (siehe Kasten Seite 35).

Der 17.000-Einwohner-Ort Altena machte von sich reden, weil sich der Stadtrat entschied, freiwillig mehr Geflüchtete aufzunehmen, als nach dem Zuteilungsschlüssel in Nordrhein-Westfalen nötig wäre. Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) rührt bereits seit geraumer Zeit die Werbetrommel für Zuziehende, denn Altena ist die Stadt mit dem größten Bevölkerungsschwund des Landes. Mehr als 100 Flüchtlinge aus dem Irak wollen freiwillig von Essen nach Altena umziehen, berichtete die Caritas-Flüchtlingshilfe im Dezember 2016. »Bei uns in der Region liegt die Arbeitslosenquote zwischen fünf und sechs Prozent,« sagt Bürgermeister Andreas Hollstein. »Wir haben freien Wohnraum.«

Die Wohnsitzauflage zu streichen hätte die Diakonie Deutschland 2016 in ihrer Stellungnahme zum Integrationsgesetz gefordert. Soziale Brennpunkte würden durch eine gute Stadtteilpolitik vermieden und nicht durch Bürokratie und Sanktionen. Zwar sei das Interesse der Kommunen an Planbarkeit anzuerkennen und - insbesondere in Ballungsräumen – eine Überlastung von Kommunen mit Transferleistungen zu vermeiden. Wohnsitzzuweisungen seien jedoch nicht geeignet, um finanzielle Lastenteilung durchzusetzen. Das hätten in der Vergangenheit auch die Erfahrungen von Wohnsitzauflagen für Spätausgesiedelte gezeigt.

Einer Abwehrhaltung gegen »Problemviertel« sollte entgegengewirkt werden, wie Doug Saunders mit seinem Buch über Arrival Cities verdeutlicht. Mit dem Kooperationsprojekt »Kirche findet Stadt« übernehmen die katholische und die evangelische Kirche zusammen mit ihren Wohlfahrtsverbänden Aufgaben in der integrierten Stadtentwicklung. »Kirche findet Stadt« ist ein Experimentierfeld für neue Allianzen. So hat sich in den letzten Jahren der Ansatz der Gemeinwesendiakonie als raumbezogener inklusiver Strategieansatz für den Kiez, das Quartier oder die Dorfgemeinschaft entwickelt. Die Soziale Arbeit und die Migrationsberatung sind wichtige Eckpfeiler in den kommunalen Netzwerken.

BUCHTIPP: ARRIVAL CITY – SCHAU NACH OFFENBACH ÜBER ALLE GRENZEN HINWEG ZIEHEN MILLIONEN MENSCHEN VOM LAND IN DIE STÄDTE. VON IHNEN HÄNGT UNSERE ZUKUNFT AB.

■ Was Andere als »soziale Brennpunkte« dramatisieren oder als Problemviertel abwerten, nennt Autor Saunders Ankunftsstädte. Ob Zuwandernde in der Ankunftsstadt Arbeit finden, Netzwerke aufbauen, ihren Kindern Schulbildung und eine Zukunft ermöglichen können, hängt stark davon ab, ob die Stadt auf sie vorbereitet ist. Über zwanzig solcher Viertel, Rand- und Außenbezirke, diese Orte der Ankunft – Arrival Cities – porträtiert Saunders in seinem Buch. Er will die Ankunftsstadt in ihren besonderen Funktionen wahrnehmen, für die Bildung von Netzwerken, für die Schaffung von Zugängen und als »Weg zur sozialen Mobilität«. Sie stellt damit eine Art »soziales Kapital« dar.



Das Deutsche Architekturmuseum hat übrigens Offenbach – wo die Auftaktveranstaltung zur Interkulturellen Woche 2017 stattfindet – als von Saunders entdeckte Arrival City mit einer Ausstellung ins Rampenlicht gebracht. »In Offenbach gibt es zum Beispiel ein Migrantenviertel rund um den Marktplatz, das ich als erfolgreich bezeichnen würde«, so der kanadische Autor, der Offenbach mehrmals besucht hat.¹

¹ www.deutschland.de/de/topic/kultur/kuenste-architektur/die-arrival-city-offenbach, sowie www.op-online.de/region/frankfurt/eine-integrationsmaschine-7451642.html

■ München 2013, Pantheon-Verlag, 572 S., Euro 16,99, ISBN: 978-3-570-55211-7

AKTIONSVORSCHLÄGE FÜR DIE INTERKULTURELLE WOCHE

Wie können Sie sich vor Ort für eine kommunale Willkommenskultur oder für die Idee der Ankunftsstadt einsetzen?

- Sprechen Sie mit den Verantwortlichen wie Magistrat, Bürgermeister, Gemeindevertretung usw. über die Aufgaben, die eine Kommune für alle dort lebenden Menschen, egal welcher Herkunft, zu erbringen hat.
- In Ballungsräumen: Stellen Sie den langfristigen Nutzen heraus, den Stadtteile mit hohen Anteilen von Neuangekommenen für die gesamte Stadt haben, beispielsweise wenn dort in Schulen, Freizeitangeboten und Infrastruktur investiert wird.

- In ländlichen Gebieten: Stellen Sie die positiven Effekte des Zuzugs auf von Abwanderung betroffener Städte und Gemeinden heraus.
- Regen Sie einen Beschluss des Rats Ihrer Stadt an, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. In verschiedenen Städten wurde ein entsprechender Ratsbe-

schluss bereits auf den Weg gebracht oder umgesetzt: Osnabrück, Marburg, Wuppertal, Essen, München, Hamburg, Goslar, Mainz, Kassel und Mannheim sind dabei, auch polnische und spanische Städte. In Münster gibt es die Initiative »Stadt der Zuflucht« <https://mstadt-der-zuflucht.de>.

■ Johannes Brandstätter ist Referent im Arbeitsfeld Migrationspolitische Grundsatzzfragen der Diakonie Deutschland und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
johannes.brandstaeter@diakonie.de

DIE NEUE WOHSITZREGELUNG FÜR AUSLÄNDER*INNEN MIT HUMANITÄRER AUFENTHALTSERLAUBNIS

Michael Maier-Borst

Der Aufenthalt während eines laufenden Asylverfahrens und der daran anschließende Aufenthalt mit einer Aufenthaltserlaubnis werden gesetzlich unterschiedlich geregelt. **Während des noch nicht abgeschlossenen Asylverfahrens** steht die schnelle Prüfung der Verfolgungsgründe durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und ggf. durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Vordergrund. Dementsprechend ist gesetzlich geregelt, dass Asylsuchende zu Beginn des Asylverfahrens grundsätzlich bis zu sechs Monaten in (Erst-)Aufnahmeeinrichtungen wohnen sollen und in dieser Zeit einem Beschäftigungsverbot sowie einer dreimonatigen räumlichen Beschränkung auf den Bezirk der Ausländerbehörde, der so genannten Residenzpflicht, unterliegen. Diese Regelungen sollen den zügigen Ablauf des Asylverfahrens sichern und Anreize vermindern, aus »asylfremden Gründen« zuzuwandern.

Mit der Erteilung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis nach Abschluss des Asylverfahrens zielen die gesetzlichen Regelungen hingegen eindeutig auf Integration. Integration bedeutet hier die wachsende Annäherung der Rechtspositionen und Teilhabemöglichkeiten der Ausländer*innen an die Rechte deutscher Staatsangehörigen.

Die hohen Zugangszahlen von Asylsuchenden und Schutzquoten in den Jahren 2015 und 2016 haben in Deutschland zu **befristeten** gesetzlichen Änderungen geführt, die auch diejenigen betreffen, deren Asylverfahren mit der Zuerkennung von Schutz endet. Der

Grundsatz der sog. Wohnsitzregelung lautet: Wer ein Asylverfahren durchlaufen und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten hat, muss, wenn er in einem erheblichen Umfang Sozialleistungen bezieht, längstens für drei Jahre in dem Bundesland ihren/seinen Wohnsitz nehmen, dem sie/er während des Asylverfahrens zugewiesen wurde.

Eine Ausnahme hiervon gilt für die Betroffenen und ihre Familien nur, wenn durch eine Beschäftigung ein Einkommen von mindestens 710 Euro im Monat erzielt oder wenn eine Berufs- oder Hochschulbildung aufgenommen wird. Eine Befreiung von der erfolgten Wohnsitzzuweisung ist darüber hinaus möglich, wenn hierfür familiäre Gründe vorliegen oder wenn die Wohnsitzregelung im Einzelfall eine Härte darstellt.

Die Bundesländer dürfen die Wohnsitzzuweisung zusätzlich auch innerhalb des Bundeslandes vornehmen, wenn dies zur angemessenen Versorgung mit Wohnraum notwendig ist oder wenn es das Erlernen der deutschen Sprache und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erleichtert. Hiervon haben aber bisher nicht alle Flächenländer Gebrauch gemacht.

Zentrales Ziel der neuen gesetzlichen Wohnsitzregelung ist es, Integrationsprozesse zu befördern, die, auch aufgrund erfolgter Verbesserungen durch das Integrationsgesetz, oft bereits früher einsetzen. An dieser, teilweise durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts 2008 und des Europäischen Gerichtshofs 2016 vorgegebenen

Zielsetzung, muss sich die gesetzliche Neuregelung messen lassen. Die Wohnsitzregelung zielt also nicht auf eine gleichmäßige Verteilung von Sozialhilfekosten zwischen den Bundesländern.

Ein gewichtiges Anliegen der Länder und Kommunen war es jedoch, Planungssicherheit zu erhöhen, insbesondere mit Blick auf den zur Verfügung zu stellenden Wohnraum und andere Infrastrukturfragen. Die Situation, dass vor Ort mühsam Wohnraum zu beschaffen und bewohnbar zu machen war, stellte gerade die städtischen Ballungsräume vor große Herausforderungen. Dort wurde der nicht planbare Zuzug hunderter hilfebedürftiger international Schutzberechtigter (GFK-Flüchtlinge und subsidiär Geschützte) befürchtet, die in Zeiten eines sehr angespannten Wohnungsmarkts »zusätzlich« mit Wohnraum sowie ggf. mit Schul- und Kita-Plätzen zu versorgen gewesen wären. Ausländer*innen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis, so die Überzeugung auch der kommunalen Spitzenverbände, würden mehrheitlich in die städtischen Ballungsräume, insbesondere in den westlichen Bundesländern oder nach Berlin ziehen, wo sie funktionierende migrantische Netzwerke und größere Beschäftigungschancen vermuteten.

Erwerbsfähige Ausländer*innen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis und ggf. ihre Familien unterfallen, wenn sie sozialrechtlich hilfebedürftig sind, dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II). Die ihnen zu gewährenden so genannten Hartz IV-Leistungen zielen dann auf die zügige Integration in eine

Erwerbstätigkeit im gesamten Bundesgebiet. Dieses sozialpolitische Ziel steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu der neuen ausländerrechtlichen Wohnsitzregelung, die die Betroffenen auf einen bestimmten, mitunter eben auch sehr strukturschwachen Wohnort festlegt. Die sozialrechtlich gewollte individuelle Mobilität und damit ggf. die Arbeitsmarktchancen werden für die dreijährige Geltungsdauer der Wohnsitzregelung für bestimmte Ausländer*innen eher verringert, gerade wenn der Integrationskurs bereits abgeschlossen wurde.

Die massive Kritik der Kirchen, Flüchtlingsverbände und Initiativen an der Wohnsitzregelung machte sich an diesen Fragen fest. Starre staatliche Festlegungen behindern erfahrungsgemäß gerade die Flüchtlinge und ihre Familien bei der Integration, die ihr Leben nach langer und schwerer Flucht sowie oft zermürbenden Asylverfahren (wieder) selbst in die Hand nehmen wollen. Ähnliche Wohnsitzzuweisungsregelungen, die vor Jahren für (Spät-) Aussiedler gegolten hatten, hätten alles andere

als überzeugende integrationspolitische Ergebnisse und sehr hohen bürokratischen Aufwand gebracht. Da die Wohnsitzregelung in erster Linie an die im Rahmen des Asylverfahrens erfolgte Zuweisung anknüpft, würden die Integrationschancen international Schutzberechtigter Teil einer staatlichen Verteilungs-Lotterie, die sich gerade nicht vorrangig an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert, sondern an dem asylgesetzlichen Königsteiner Verteilungsschlüssel.

Im Diskussionsverlauf konnte erreicht werden, dass die gesamte neue Bestimmung als klassische Regelung für eine »Ausnahmesituation« konzipiert ist. Sie entfällt ab dem 5. August 2019. Auch die Rückwirkung der Neuregelung auf »Altfälle«, denen vor Inkrafttreten Schutz zuerkannt worden war, konnte in der Praxis schrittweise beschränkt werden. Zusätzlich beteiligt sich der Bund stärker an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II, die in den Bundesländern entstehen.

Das geltende Recht stellt Viele, die sich für Flüchtlinge einsetzen, nun vor große Herausforderungen: Die Wohnsitzregelung soll die individuellen Integrationschancen fördern. Das wird auch Bundesländer- oder Arbeitsagenturbezirks-übergreifende Kommunikation zwischen Flüchtlingen bzw. Flüchtlingsberatungsstrukturen und potenziellen Arbeitsgeber*innen bzw. Jobcentern noch dringlicher machen als bisher. Es sollte systematisch versucht werden, die gesetzlichen Ausnahmeregelungen (Beschäftigungsaufnahme von erheblichem Umfang, Aufnahme einer Ausbildung etc.) auch zum Tragen zu bringen. Aber auch die staatlichen Stellen haben eine Bringschuld. Sie müssen durchgehend deutlich machen, dass die neue Wohnsitzregelung tatsächlich der Integration dient. Freien angemessenen Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge gibt es in Deutschland bspw. oft gerade an Orten, die geringe Chancen für eine Beschäftigungsaufnahme bieten. Wohnraum wird eben oft durch Wegzug auf Grund fehlender Arbeitsmarktchancen frei. Es darf insgesamt nicht eine Verwaltungspraxis entstehen, die sich darin erschöpft, die Wohnsitzwahl zu beschränken.

Eingangs wurde deutlich gemacht, dass Integration durch die Annäherung der Rechte von Flüchtlingen mit einer humanitären Aufenthaltserlaubnis an die Rechte von deutschen Staatsangehörigen befördert und erreicht wird. Die neue Wohnsitzregelung ist dieser Grundüberzeugung gerade nicht gefolgt. Sie behandelt bestimmte Ausländer*innen, die in einem gewissen Umfang sog. Hartz IV-Leistungen beziehen, für höchstens drei Jahre anders als Deutsche. Es muss jetzt darum gehen, die negativen Folgen dieser befristeten »Richtungsentscheidung« für die Betroffenen und ihre Familien so klein wie möglich zu halten.

AUSSTELLUNG

ASYL IST MENSCHENRECHT

Die komplett überarbeitete und aktualisierte Ausstellung »Asyl ist Menschenrecht« enthält vielfältige Informationen über Flüchtlinge und ihre Situation. Menschenrechte sind allgemein gültig und unteilbar, durch die Ausstellung soll das Bewusstsein darüber gestärkt werden. Sie führt die Betrachter*innen von den Fluchtländern über Europa bis nach Deutschland. Auf diesem Weg begegnen schutzsuchende Menschen vielen Gefahren, Hindernissen und Restriktionen – diese werden visualisiert, beschrieben und analysiert. Hinzu kommen einzelne Tafeln zu themenrelevanten Ereignissen, politischen Entwicklungen und asylrechtlichen Bestimmungen.

Die Ausstellung besteht aus 37 Einzelplakaten im Format DIN A1 sowie einem individuell beschreibbaren Ankündigungsplakat im Format DIN A2. Zusammen stellen die 37 Einzelplakate ein umfassendes Informationsangebot zum Thema Flucht und Asyl dar. Zugleich ist jede Tafel eine in sich abgeschlossene Informationseinheit. Sollten Sie z. B. keinen entsprechend großen Ausstellungsraum zur Verfügung haben, können Sie die einzelnen Tafeln auch frei kombinieren, von Zeit zu Zeit austauschen oder spezifische Informationsgruppen zusammenstellen.

Die Ausstellung kostet inkl. der Versandkosten etwa 80,- Euro.

■ Weitere Informationen und Kontakt: PRO ASYL, Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/M. proasyl@proasyl.de, Tel.: 069 / 24 23 14 - 0 www.proasyl.de/material/asyl-ist-menschenrecht-2-auflage

Auf der Website finden Sie auch: Begleitschreiben mit Inhaltsverzeichnis | Ankündigungsplakat zum selbst ausdrucken (A4/A3/A2) | Ankündigungsplakat für Homepages



■ Dr. Michael Maier-Borst ist tätig im Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Herr Maier-Borst ist Mitglied im ÖVA. Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt: michael.maier-borst@bk.bund.de

»HETEROGENITÄT VERLANGT IN VIELEN GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN NACH NEUEN IDEEN«.

ANTWORTEN AUF AKTUELLE FRAGEN VON JOCHEN OLTMER

Migration ist kein neues Phänomen. Welche Auswirkungen hat sie heute?

Migration war schon immer ein hochpolitisches Thema. Wir sehen das auch an den aktuellen Debatten. Es werden schnell Begriffe aufgerufen, wie etwa der des Wirtschaftsflüchtlings, die explizit negativ konnotiert sind. Wenn man die Menschen, die zu uns kommen, als Arbeitsmigranten bezeichnen würde, dann wäre ihre Bewegung schon nicht mehr so negativ konnotiert, obwohl es die gleichen Personen sind. Es kommt sehr stark auf den Blickwinkel an, auf die Kategorisierung. Und diese Kategorisierung ist von sehr unterschiedlichen Aspekten abhängig. Wir können beispielsweise grob sagen, dass in Konstellationen, in denen in einem Land oder einer Region die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsmarktperspektiven günstig sind, Zuwanderung positiver wahrgenommen wird als in Gebieten, in denen eher eine Wirtschaftskrise herrscht, in denen die Zukunftserwartungen negativer sind.

Jenseits von Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung geht es im Kontext von Migration um Näheverhältnisse, die nicht per se bestehen, sondern in einer zum Teil breiten gesellschaftlichen Aushandlung unter Beteiligung vieler Akteure stets neu produziert werden: Es geht immer um die Frage, ob zu bestimmten Gruppen eine gewisse Nähe hergestellt wird. Syrische Schutzsuchende wurden beispielsweise bis in das Jahr 2015 relativ positiv gesehen. Krieg und Bürgerkrieg schienen ihnen keine andere Chance zu bieten, als zu fliehen. Hilfeleistung galt als geboten. Eine solche Notwendigkeit ist aber bei anderen Gruppen nicht in dem Maße gesehen worden, obgleich die Ausgangssituationen keine anderen waren. Wo bitte ist der Unterschied zwischen Syrien und Afghanistan? Ist eine Flucht aus afrikanischen Ländern wie etwa Libyen oder weiten Teilen der Demokratischen Republik Kongo, in denen seit den 1960er Jahren Krieg herrscht, weniger legitim? Wir sind also mit sehr komplexen Fra-

gen konfrontiert, warum die eine Bewegung akzeptiert wird und die andere nicht. Dabei lässt sich ein permanenter Wandel beobachten. In den 1990er Jahren war das Reden über die Probleme der Integration von Menschen, die aus der Türkei eingewandert waren, eigentlich vorbei. Dann kamen 2001 die Terroranschläge in Washington und New York. Nun galt der Stand der Integration wieder verstärkt als problematisch. Damals rückte das Element der Religion in den Vordergrund, das über Jahrzehnte keine große Bedeutung in der Debatte gehabt hatte. Seither gelten Muslime als das Hauptproblem der Integrationspolitik. Der Wandel von Sichtweisen auf bestimmte Gruppen, auf bestimmte Phänomene ist ganz zentral für das Verständnis des Umgangs mit dem Thema Migration.

Tut sich Deutschland schwerer mit Zuwanderung und Integration als andere Nationen?

Nicht schwerer als andere europäische Gesellschaften. Die Idee vom homogenen Nationalstaat verbindet sich in Europa immer wieder mit der Angst,

diese vorgestellte Homogenität zu verlieren, wenn Menschen hinzukommen. Damit wird Migration als Gefahr, Gefährdung, auch als Verlust verstanden. Dennoch müssen wir differenzieren: Die Wahrnehmung von Migration wird auch in Europa immer wieder neu ausgehandelt. Das sehen wir beispielsweise im Kontext des Redens über Schutzsuchende und des Handelns im Blick auf die Aufnahme oder Abweisung von Asylsuchenden in den vergangenen Monaten. Selbst klassische Asylländer wie Großbritannien und Frankreich wollten in den vergangenen Jahren keine Asylsuchenden ins Land lassen, während in Deutschland bis weit in das Jahr 2015 hinein die Konstellation eine andere war – das wäre vor 20 Jahren unvorstellbar gewesen, denken wir etwa an die frühen 1990er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Anstrengungen um eine Willkommenskultur in Deutschland?

Auch hier muss ich darauf hinweisen, dass die Wahrnehmung von Migration sich stets wandelt: Bundesdeutsche

MIGRATION

GESCHICHTE UND ZUKUNFT DER GEGENWART

Jochen Oltmer

■ Migration, Flucht, Asyl: Die Themen sind allgegenwärtig. Mit der Einordnung der Phänomene aber tut sich die Debatte schwer, auch weil sie geschichtsblind agiert und übersieht, dass sich die Gegenwart der Migration nur durch den Blick auf lange Linien des Wandels weltweiter Wanderungen erklären lässt. Migration bildete von Beginn der Geschichte der Menschheit an ein zentrales Element gesellschaftlicher Veränderung. Ein Mythos ist auch die Auffassung, in der Vergangenheit sei Migration ein linearer Prozess gewesen – von der dauerhaften Abwanderung aus einem Raum zur dauerhaften Einwanderung in einen anderen: Rückwanderungen, Formen zirkulärer Migration und Fluktuationen kennzeichnen die lokalen, regionalen und globalen Wanderungsverhältnisse in der Vergangenheit wie in der Gegenwart. Welche Faktoren aber bedingen Migration und Flucht und von welchen Folgen und Effekten ist auszugehen? Der Migrations-Experte Jochen Oltmer gibt Antworten auf diese Fragen.

■ Darmstadt 2017, Theiss Verlag, 288 Seiten, Euro 24,95, ISBN: 978-3-8062-2818-2



Willkommenskultur ist auf bestimmte Zuwandererkategorien gerichtet. Wenn ich Hochqualifizierter bin, dann werde ich in Hamburg selbstverständlich ins Welcome-Center gebeten. Wenn ich aber aus Rumänien oder Bulgarien in Hamburg ankomme, werde ich sogleich mit dem Verdacht konfrontiert, Sozialhilfe hinterziehen zu wollen, fühlt sich im Welcome-Center für mich niemand zuständig.

Ganz zentral scheint mir im Kontext von »Willkommen« die Bezugnahme auf den Begriff der »Anerkennung« zu sein. Anerkennung ist bedeutsam im Blick auf die innere Haltung gegenüber Integration – Anerkennung auf ganz unterschiedlichen Ebenen, beginnend oder auch endend auf der Ebene des Staates. Mit der Vergabe eines Aufenthaltstitels biete ich ja auch eine Form der Anerkennung. Wenn jemand über einen längeren Zeitraum geduldet ist und großen Ehrgeiz zeigt, die Sprache des Ziellandes zu lernen, sich hier zu vernetzen, eine Arbeit zu suchen, dann sollte diese Leistung auch anerkannt werden durch einen besseren Aufenthaltsstatus. Wir haben jedoch in der Bundesrepublik Deutschland jahrzehntelang erlebt, dass Aufenthaltstitel restriktiv ausgegeben worden sind. Dadurch waren auch die Chancen erheblich beschränkt, hierzulande Perspektiven zu entwickeln. Die Vergabe von Aufenthaltstiteln sollte als Vergabe von Chancen verstanden werden. Noch ist sie eine polizeiliche Kategorie, die stark auf Restriktion ausgerichtet ist.

Anerkennung ist aber auch etwas, was sich nicht nur auf der Ebene von Aufenthaltstiteln ausmachen lässt. Anerkennung passiert im Alltag. Wenn ich gegenüber Migrantinnen und Migranten auf Abwehr ausgerichtet bin, wird das Spuren hinterlassen. Es geht doch zunächst schlichtweg um die Anerkennung als Mensch – allein das ist schon ein Problem, weil viele so tun, als seien Migrantinnen und Migranten keine Menschen, sondern bloße – potentielle – Leistungsempfänger. Wenn ich aber schon beim Sprechen über Migration eine anerkennende Grundhaltung einnehme, dann verändert sich bereits enorm viel. Das vermisse ich häufig im politischen Raum. Politik hat auch eine Moderationsfunktion. Wenn diese aber ausschließlich auf Abwehr setzt, dann wird das für die gesellschaftliche

Diskussion in Deutschland Folgen haben.

Ganz zentral ist m.E. ein deutlich höheres Maß an Flexibilität und Flexibilisierung. Seit einigen Monaten wird beispielsweise diskutiert, ob es unbedingt die klassische dreijährige Ausbildung sein muss für alles und für jeden. Warum gibt es nicht auch die Möglichkeit, nur Teilqualifikationen zu vermitteln oder praktische Elemente zu stärken zugunsten der theoretischen? Warum wird beim Nachweis von Qualifikationen darauf beharrt, auf der Flucht verloren gegangene Dokumente vorzulegen, warum wird nicht viel stärker auf den konkreten Nachweis von Kenntnissen über Praktika gesetzt? Flexibilität heißt in diesem Kontext aus meiner Sicht: Es muss viel stärker der individuelle Weg eines jeden Einzelnen beachtet werden. Wir sollten weniger in Kategorien denken. Unser Bildungs- und Ausbildungssystem ist die Integrationsbarriere schlechthin, weil Migrantinnen und Migranten aus vielfältigen anderen Systemen kommen. Die Frage ist, weiche ich mit einer Flexibilisierung von meinen hohen Standards ab oder versuche ich, sie auf anderem Wege zu erreichen. Vor dem Hintergrund der Diversifizierung der Arbeitswelt in Deutschland besteht die Notwendigkeit, über andere Zugänge nachzudenken. Das gilt beispielsweise auch für die Universitäten. Sie sind immer noch in erster Linie auf die Klientel der 18- bis 25-Jährigen ausgerichtet, die ein deutsches Abitur haben. Wir erkennen zugleich, dass durch den beschleunigten Wandel in der Arbeitswelt der Bedarf besteht, auch nach längerer Erwerbstätigkeit noch einen Ausbildungsabschnitt an der Universität zu absolvieren, um mit einer weiteren formalen Qualifikation beruflich weiterzukommen. Darauf sind die Universitäten aber nicht vorbereitet und erkennen nicht, dass das seit vielen Jahren geforderte lebenslange Lernen eine Chance für sie darstellt.

Wir brauchen eine stärkere Flexibilisierung und Individualisierung im Bereich des Bildungs- und Ausbildungswesens. Beratung ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen ist beispielsweise über Jahrzehnte ohne eine entsprechende Beratung gelaufen, als rein bürokratischer

Akt, bei dem kein Interesse bestand, sich mit den individuellen Lebensläufen und Bildungsgängen auseinanderzusetzen. Aber genau darauf kommt es in einer heterogenen Gesellschaft an, auf eine individuelle Beratung und Förderung. Wir müssen für sehr heterogene Strukturen ganz neue Ideen entwickeln und nicht dauernd auf Einheitskonzepten beharren.

■ Prof. Dr. Jochen Oltmer ist als Migrationsforscher an der Universität Osnabrück tätig.

■ Kontakt: joltmer@uni-osnabrueck.de

MINDERJÄHRIGE MIGRANTEN – VERLETZLICH UND OHNE STIMME

BOTSCHAFT VON PAPST FRANZISKUS ZUM WELTTAG DES MIGRANTEN UND DES FLÜCHTLINGS 2017

Liebe Brüder und Schwestern,

» Wer ein solches Kind um meinetwillen aufnimmt, der nimmt mich auf; wer aber mich aufnimmt, der nimmt nicht nur mich auf, sondern den, der mich gesandt hat« (Mk 9,37; vgl. Mt 18,5; Lk 9,48; Joh 13,20). Mit diesen Worten erinnern die Evangelisten die christliche Gemeinde an eine Lehre Jesu, die begeisternd und zugleich sehr verpflichtend ist. Diese Aussage zeichnet nämlich den Weg vor, der von den »Kleinsten« ausgeht und in der Dynamik der Aufnahme über den Erlöser sicher zu Gott führt. Gerade die Aufnahme ist also die notwendige Bedingung, damit dieser Weg sich verwirklicht: Gott ist einer von uns geworden, in Jesus ist er als Kind zu uns gekommen, und die Offenheit für Gott im Glauben – der wiederum die Hoffnung nährt – findet ihren Ausdruck in der liebevollen Nähe

zu den Kleinsten und den Schwächsten. Liebe, Glaube und Hoffnung – alle drei sind an den Werken der Barmherzigkeit beteiligt.

Doch die Evangelisten gehen auch auf die Verantwortung dessen ein, der gegen die Barmherzigkeit verstößt: » Wer einen von diesen Kleinen, die an mich glauben, zum Bösen verführt, für den wäre es besser, wenn er mit einem Mühlstein um den Hals im tiefen Meer versenkt würde« (Mt 18,6; vgl. Mk 9,42; Lk 17,2). Wie könnte man diese ernste Ermahnung vergessen, wenn man an die Ausbeutung denkt, die skrupellose Menschen auf Kosten so vieler Kinder betreiben, die in die Prostitution geführt oder für Pornographie verwendet werden; die zu Sklaven in der Kinder- und Jugendarbeit gemacht oder als Soldaten angeworben werden; die in Drogenhandel und andere For-

men der Kriminalität verwickelt werden; die zur Flucht vor Konflikten und Verfolgungen gezwungen werden und Gefahr laufen, einsam und verlassen dazustehen?

Darum liegt es mir anlässlich des diesjährigen Welttags des Migranten und des Flüchtlings am Herzen, auf die Wirklichkeit der minderjährigen Migranten – besonders auf die, welche ganz allein unterwegs sind – aufmerksam zu machen und alle aufzurufen, sich um diese Kinder zu kümmern, die dreifach schutzlos sind: weil sie minderjährig, weil sie fremd und weil sie wehrlos sind, wenn sie aus verschiedenen Gründen gezwungen sind, fern von ihrer Heimat und getrennt von der Liebe in der Familie zu leben.

Heute sind die Migrationen kein auf einige Gebiete des Planeten beschränktes



Papst Franziskus begrüßt geflüchtete Menschen im Haftlager Moria auf der Insel Lesbos bei seinem Besuch am 16. April 2016.

Phänomen, sondern betreffen alle Kontinente und nehmen immer mehr die Dimension eines dramatischen weltweiten Problems an. Und an erster Stelle sind es die Minderjährigen, die den hohen Preis der Emigration zahlen, der fast immer durch Gewalt, durch Elend und durch die Umweltbedingungen ausgelöst wird – Faktoren, zu denen sich auch die Globalisierung in ihren negativen Aspekten gesellt. Die zügellose Jagd nach schnellem und leichtem Gewinn zieht auch die Entwicklung abnormer Übel nach sich wie Kinderhandel, Ausbeutung und Missbrauch Minderjähriger und ganz allgemein die Beraubung der Rechte, die mit der Kindheit verbunden und in der *UN-Kinderrechtskonvention* sanktioniert sind.

Das Kindesalter hat aufgrund seiner besonderen Zartheit einzigartige Bedürfnisse und unverzichtbare Ansprüche. Vor allem hat das Kind das Recht auf ein gesundes und geschütztes familiäres Umfeld, wo es unter der Führung und dem Vorbild eines Vaters und einer

Mutter aufwachsen kann; dann hat es das Recht und die Pflicht, eine angemessene Erziehung zu erhalten, hauptsächlich in der Familie und auch in der Schule, wo die Kinder sich als Menschen entfalten und zu eigenständigen Gestaltern ihrer eigenen Zukunft sowie der ihrer jeweiligen Nation heranwachsen können. Tatsächlich sind in vielen Teilen der Welt das Lesen, das Schreiben und die Beherrschung der Grundrechenarten noch ein Privileg weniger. Außerdem haben alle Kinder ein Recht auf Spiel und Freizeitbeschäftigung, kurz: ein Recht, Kind zu sein.

Unter den Migranten bilden die Kinder dagegen die verletzlichste Gruppe, denn während sie ihre ersten Schritte ins Leben tun, sind sie kaum sichtbar und haben keine Stimme: Ohne Sicherheit und Dokumente sind sie vor den Augen der Welt verborgen; ohne Erwachsene, die sie begleiten, können sie nicht ihre Stimme erheben und sich Gehör verschaffen. Auf diese Weise enden die minderjährigen Migranten leicht auf den untersten Stufen der menschl-

chen Verelendung, wo Gesetzlosigkeit und Gewalt die Zukunft allzu vieler Unschuldiger in einer einzigen Stichflamme verbrennen, während es sehr schwer ist, das Netz des Missbrauchs Minderjähriger zu zerreißen.

Wie soll man auf diese Realität reagieren?

Vor allem, indem man sich bewusst macht, dass das Migrations-Phänomen nicht von der Heilsgeschichte getrennt ist, sondern vielmehr zu ihr gehört. Mit ihm ist ein Gebot Gottes verbunden: *»Einen Fremden sollst du nicht ausnützen oder ausbeuten, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen«* (Ex 22,20); *»Ihr sollt die Fremden lieben, denn ihr seid Fremde in Ägypten gewesen«* (Dtn 10,19). Die Kirche verkent durchaus nicht die Problematik und die häufig mit der Migration verbundenen Dramen und Tragödien und ebenso wenig die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der würdigen Aufnahme dieser Menschen. Dennoch ermutigt sie, auch in diesem Phänomen den Plan



© KNA

Papst Franziskus begrüßt geflüchtete Jugendliche im Haftlager Moria auf der Insel Lesbos bei seinem Besuch am 16. April 2016.

Gottes zu erkennen, in der Gewissheit, dass in der christlichen Gemeinschaft, die Menschen »aus allen Nationen und Stämmen, Völkern und Sprachen« (Offb 7,9) in sich vereint, niemand ein Fremder ist. Jeder ist wertvoll, die Menschen sind wichtiger als die Dinge, und der Wert jeder Institution wird an der Art und Weise gemessen, wie sie mit dem Leben und der Würde des Menschen umgeht, vor allem, wenn er sich in Situationen der Verletzlichkeit befindet wie im Fall der minderjährigen Migranten. Im Übrigen muss man auf Schutz, auf Integration und auf dauerhafte Lösungen setzen.

Vor allem geht es darum, jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um den minderjährigen Migranten *Schutz und Verteidigung* zu garantieren. Der stärkste Antrieb für die Ausbeutung und den Missbrauch der Kinder kommt von der Nachfrage. Wenn keine Möglichkeit gefunden wird, mit größerer Strenge und Wirksamkeit gegen die Nutznießer vorzugehen, wird man den vielfältigen Formen der Sklaverei, denen die Minderjährigen zum Opfer fallen, keinen Einhalt gebieten können.

Es ist daher notwendig, dass die Immigranten gerade zum Wohl ihrer Kinder immer enger mit den Gemeinschaften zusammenarbeiten, die sie aufnehmen. Es ist wichtig, dass immer wirksamere Arten der Zusammenarbeit geschaffen werden, die sich nicht nur auf den Austausch von Informationen stützen, sondern auch auf die Intensivierung von Netzen, die imstande sind, unverzügliches und engmaschiges Einschreiten sicherzustellen. Dabei soll nicht unterschätzt werden, dass die außerordentliche Kraft der kirchlichen Gemeinschaften sich vor allem dann zeigt, wenn eine Einheit des Gebetes besteht und ein brüderliches Miteinander herrscht.

An zweiter Stelle muss für die Integration der Kinder und Jugendlichen in Migrationssituationen gearbeitet werden. Sie hängen in allem von der Gemeinschaft der Erwachsenen ab und häufig wird der Mangel an finanziellen Mitteln zum Hinderungsgrund, warum geeignete politische Programme zur Aufnahme, Betreuung und Eingliederung nicht zur Anwendung gelangen. Anstatt die soziale Integration der minderjährigen Migranten oder Pläne zu ihrer sicheren und betreuten Rückfüh-

rung zu fördern, wird folglich nur versucht, ihre Einreise zu verhindern, und so begünstigt man den Rückgriff auf illegale Netze. Noch ernster ist die Lage der minderjährigen Migranten, wenn sie sich in einer Situation der Irregularität befinden oder wenn sie von der organisierten Kriminalität angeworben werden. Dann landen sie oft zwangsläufig in Haftanstalten. Nicht selten werden sie nämlich festgenommen, und da sie kein Geld haben, um die Kautions- oder die Rückreise zu bezahlen, können sie lange Zeit inhaftiert bleiben und dabei verschiedenen Formen von Missbrauch und Gewalt ausgesetzt sein. In diesen Fällen muss das Recht der Staaten, die Migrationsströme unter Kontrolle zu halten und das nationale Gemeinwohl zu schützen, mit der Pflicht verbunden werden, Lösungen für die minderjährigen Migranten zu finden und ihre Position zu legalisieren.

Dabei müssen sie uneingeschränkt deren Würde achten und versuchen, ihren Bedürfnissen entgegenzukommen, wenn sie allein sind; zum Wohl der gesamten Familie müssen aber auch die Bedürfnisse ihrer Eltern berücksichtigt werden.

An dritter Stelle appelliere ich von Herzen an alle, nach dauerhaften Lösungen zu suchen und diese konkret umzusetzen. Da es sich um ein komplexes Phänomen handelt, ist die Frage der minderjährigen Migranten an ihrer Wurzel anzugehen. Kriege, Verletzungen der Menschenrechte, Korruption, Armut sowie die Störung des Gleichgewichts in der Natur und Umweltkatastrophen gehören zu den Ursachen des Problems. Die Kinder sind die Ersten, die darunter leiden; manchmal erleiden sie Formen physischer Folter und Gewalt, die mit denen moralischer und psychischer Art einhergehen und in ihnen Spuren hinterlassen, die fast immer unauslöschlich sind.

Es ist daher absolut notwendig, in den Herkunftsländern den Ursachen entgegenzutreten, die die Migrationen auslösen. Das erfordert als ersten Schritt den Einsatz der gesamten Internationalen Gemeinschaft, um die Konflikte und Gewalttaten auszumerzen, die die Menschen zur Flucht zwingen. Außerdem ist eine Weitsicht notwendig, die fähig ist, geeignete Programme für die von schwerwiegenderen Ungerechtig-

keiten und von Instabilität betroffenen Gebiete vorzuplanen, damit allen der Zugang zu authentischer Entwicklung gewährleistet wird, die das Wohl der Kinder fördert; sie sind ja die Hoffnung der Menschheit.

Zum Schluss möchte ich ein Wort an euch richten, die ihr den Weg der Emigration an der Seite der Kinder und Jugendlichen mitgeht: Sie brauchen eure wertvolle Hilfe und auch die Kirche braucht euch und unterstützt euch in eurem großherzigen Dienst. Werdet nicht müde, mit eurem Leben mutig das gute Zeugnis für das Evangelium abzulegen, das euch ruft, Jesus, den Herrn, der in den Kleinsten und Verletzlichsten gegenwärtig ist, zu erkennen und aufzunehmen. Ich vertraue alle minderjährigen Migranten, ihre Familien, ihre Gemeinschaften und euch, die ihr ihnen nahe seid, dem Schutz der Heiligen Familie von Nazareth an, damit sie über jeden wacht und alle auf ihrem Weg begleitet. Und mit meinem Gebet verbinde ich den Apostolischen Segen.

■ Hinweis: In Deutschland wird der Welttag des Migranten und des Flüchtlings im Rahmen der Interkulturellen Woche begangen, am 29. September 2017, und nicht am 15. Januar 2017.

■ Leicht gekürzte Fassung. Den vollständigen Text finden Sie auf www.interkulturellewoche.de > Gottesdienstbausteine > Anregungen

FÜRCHTET EUCH NICHT! VORSCHLAG FÜR EINEN GOTTESDIENST IM RAHMEN DER INTERKULTURELLEN WOCHE 2017

Thorsten Leißer

Es ist ein Klassiker, der eigentlich in die Weihnachtszeit gehört und deshalb während der Interkulturellen Woche äußerst selten vorkommt: die Weihnachtsgeschichte im Lukasevangelium. Sie ist vielen Menschen vertraut. Mir selbst geht es oft so mit Texten, die ich allzu gut kenne, dass ich dabei Einzelheiten gar nicht mehr richtig wahrnehme. Und trotzdem, gerade im Jahr 2017, klingen mir ein paar dieser Worte so deutlich in den Ohren, als hätte ich sie zum ersten Mal gehört. Es sind die Worte »Fürchtet euch nicht!«.

»Fürchtet euch nicht!« ruft der Engel den Hirten über die Felder von Bethle-

hem zu. Das ist kein Zufall! Denn die Hirten stehen am Rand der Gesellschaft. Sie haben keinen guten Ruf in der Gesellschaft. Sie werden kaum respektiert. Nur für unqualifizierte Tätigkeiten wie das Hüten von Tierherden eignen sie sich. In einer Gesellschaft der Starken und Schönen ist für sie kein Platz. Und dann die Worte aus dem Nichts: »Fürchtet euch nicht!«

Sie fürchten sich aber sehr. Als ob es nicht schon genug Grund zum Fürchten gäbe, erscheint da plötzlich dieses helle Licht. So ist das manchmal im Leben, wenn es finster ist. Dann kann »leuchtende Klarheit« einen schon mal in Angst und Schrecken versetzen.

»Fürchtet Euch nicht« rufen die Engel jedes Jahr an Weihnachten. Überall im Land in den unzähligen Krippenspielen schallt ihr Ruf über unsere Köpfe. Er verbindet uns mit den Hirten. Ich habe gerade in diesem Superwahljahr 2017 sehr stark das Gefühl, in der Dunkelheit zu sitzen – und das hat nichts mit kurzen Wintertagen zu tun!

»Fürchtet euch nicht«, das müssen wir uns von den Kanzeln und Redepulten unserer Kirchen besonders deutlich sagen lassen angesichts von Terror und Gewalt, Bürgerkrieg und Elend.

Das Geschäft mit der Angst hat Hochkonjunktur. Menschen fühlen sich ab-

FÜRBITTEN

Lasst uns miteinander und füreinander beten:
Nach jeder Bitte singen wir: »Zu dir kommen wir und rufen
Kyrie eleison, Herr erbarme dich.«

Guter Gott,
du rufst uns zu »Fürchtet euch nicht!«
Darauf vertrauen wir und bitten dich:
für die Menschen, die Opfer von Unrecht und Gewalt werden
in den Krisengebieten der Welt und an den EU-Außengrenzen.
Lass ihr Leid nicht vergessen gehen.
Stärke diejenigen, die sich einmischen
und für sichere Wege nach Europa kämpfen.
Zu dir kommen wir und rufen ...

Guter Gott,
du rufst uns zu »Fürchtet euch nicht!«
Darauf vertrauen wir und bitten dich:
für die Menschen, die vor Krieg und Hunger fliehen müssen.
Denen ihre Herkunftsländer keinen Schutz bieten und sie preisgeben.
Lass die Herrschenden in diesen Ländern erkennen,
dass sie Verantwortung haben für jeden Menschen in ihrem Land
und dafür sorgen, dass jeder einzelne sich frei entfalten kann.
Zu dir kommen wir und rufen ...

Guter Gott,
du rufst uns zu »Fürchtet euch nicht!«
Darauf vertrauen wir und bitten dich:
für die Menschen in unserem Land, ja in der ganzen Europäischen
Union, die Angst haben, etwas zu verlieren, abgehängt zu werden,
wenn Fremde zu uns kommen.
Lass sie begreifen, dass man Angst nicht mit Gewalt bekämpfen
und Unsicherheit nicht mit Unrecht begegnen kann.
Uns alle aber befähige zur Begegnung, damit Vorurteile abgebaut
werden und wir das menschliche Gesicht in unserem Gegenüber
erkennen.
Zu dir kommen wir und rufen ...

Guter Gott,
du rufst uns zu »Fürchtet euch nicht!«
Darauf vertrauen wir und bitten dich:
für die deutsche und die europäischen Regierungen,
dass sie der Not an unseren Grenzen menschenwürdig begegnen,
unbegleiteten Kindern und Jugendlichen besonderen Schutz geben.
Lass sie die Abschiebungen in Folterländer stoppen und
verfolgten Menschen ein faires Asylverfahren ermöglichen.
Zu dir kommen wir und rufen ...

gehängt, in ihrem Wohlstand bedroht. Fremd im eigenen Land, ausgegrenzt, ausgeschlossen, demokratiemüde. Da hat die Furcht leichtes Spiel.

Und die Angst scheint größer zu werden. Ja, ich habe das Gefühl, sie wächst mit jedem Versuch, ihr rational entgegenzutreten, mit klugen Argumenten, Zahlen, Statistiken. Ob wir tatsächlich im »postfaktischen« Zeitalter leben, sei dahingestellt. Aber die gefühlte Wahrheit, also das, was ich ganz subjektiv wahrnehme oder wahrnehmen möchte, hat heute eine große Bedeutung in den gesellschaftlichen Debatten. Und es fällt schwer, gegen gefühlte Wahrheiten anzudiskutieren.

Die Hirten von Bethlehem waren wahrscheinlich keine Anhänger des Postfaktischen. Sie sitzen in der echten Dunkelheit, erwarten nichts vom Leben. Und dann kommt der Ruf: Fürchtet euch nicht!

So banal diese Worte erst einmal klingen, so schön und Mut machend sind sie. Dabei war es nicht der Weihnachtsengel, der sie sich ausgedacht hat. Fürchtet euch nicht, das ist – wenn man so will – das Motto Gottes für die Menschen. Eine Überschrift über alles, was Gott mit den Menschen und für die Menschen will. Es durchzieht die ganze Bibel, im Alten wie im Neuen Testament. Mal sagen Engel diese Worte, mal die Propheten.

Wie auch der Prophet Jesaja: Erstmals aufgeschrieben wurden diese Worte in einer dunklen Zeit, als das Volk Israel im Exil in Babylon lebte. Das war 500 Jahre vor Christi Geburt und schon damals war der Nahe Osten alles andere als eine friedliche Gegend.

Israel war verunsichert: der Tempel in Jerusalem, das Zentrum des Glaubens, zerstört und zurückgelassen; das gesellschaftliche Gefüge außer Kraft gesetzt. Was schafft jetzt noch Zusammenhalt, was gibt Identität? Was zählt überhaupt noch? Ja, was bleibt?

Und genau in dieser Situation von Exil und Bedrängnis, Unsicherheit und Gewalt, ruft der Prophet im Namen Gottes: Fürchtet euch nicht! Fürchtet euch nicht angesichts der Fremden, mit denen ihr jetzt lebt, fernab der Heimat. Fürchtet euch nicht angesichts der großen Fragen nach Zukunft und Orientierung.

Fürchtet euch nicht! Mit diesen Worten nimmt Jesaja die Furcht ernst, er leugnet sie nicht. Furcht ist eine gegebene Tatsache in Gottes Welt. Und auch heute gibt es viele Gründe sich zu fürchten: Angst vor Krieg und Folter, vor Armut und Hunger, Angst vor Katastrophen, vor Streit in der Familie, Trennung und Krankheiten ...

Wenn ich so drüber nachdenke, kann einem letztlich alles im Leben Angst machen. Aber in der Bibel wird die Angst erkannt und benannt.

»Fürchtet euch nicht« – das ist weder eine autoritäre Ermahnung, noch eine moralische Forderung. Wo immer diese Worte in der Bibel gesprochen werden, geschieht es zugewandt, voll Mit-Gefühl: »Fürchtet euch nicht, habt keine Angst. Ich bin bei euch!«

Es ist kein Zufall, dass auch der Engel von Bethlehem diese Worte ruft. Gera-

de hier, in dieser kalten, ungemütlichen Nacht, da Gottes Sohn geboren wird, muss das förmlich gesagt werden.

Denn dieses gottbegabte Kind, der Heiland selbst, der menschengewordene Gott wird in seinem irdischen Leben diese Worte »verkörpern«.

Wo immer Jesus auftritt, was immer er auch tun wird, es sind jedes Mal diese Worte, die in ihm Gestalt annehmen:

Er stillt den Sturm, heilt Kranke, Menschenmassen werden bei ihm satt – und sogar am Kreuz nimmt er dem Mitgekreuzigten die Angst.

Jesus ist die menschengewordene Zusage Gottes: »Fürchtet euch nicht, denn ich bin bei euch bis zum Ende der Welt.«

Es ist keine Schande, Angst zu haben in dieser Welt. Aber in Jesus Christus »begegnet« Gott dieser Angst im wahrsten Sinne des Wortes. Und diese Begegnung hat Folgen, für die Hirten, für uns, für die Welt.

Angst ist ja erstaunlich resistent gegenüber allen sachlichen Argumenten. Dieses Gefühl ist so stark, ja manchmal sogar stärker als die Vernunft. Das einzige was dann – vielleicht – hilft, ist Begegnung. Wenn ich dem begegne, was



■ Das Motiv »Du und ich« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2017 erhältlich. Gestaltung: BALLHAUS WEST, Berlin

Das Bestellformular finden Sie auf: www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax: Fax: 069 / 24 23 14-71

EINGANGSGEBET

Guter Gott, nun sind wir da
in diesem Gottesdienst zur Interkulturellen Woche.
Wir wollen Gemeinsames entdecken,
Trennendes wahrnehmen und miteinander feiern.
Und wir kommen dabei auch zu dir, Gott.
Mit unseren leeren Herzen, mit unseren Fragen und Sorgen.
Wir bitten dich, lass dich finden.
Öffne uns die Augen:
für die Größe des Kleinen, für die Heiligkeit der Menschen,
für die Würde des Verlorenen, für die Verheißung des Friedens.
Auf dein Wort lass uns trauen.
Denn du rufst uns zu: Fürchtet euch nicht!
So sei bei uns in diesem Gottesdienst und an jedem Tag,
der neu anbricht.

Amen.

SEGEN

Und der Segen Gottes lege sich auf uns wie ein Mantel.
Er behüte unsere Seelen vor dem allgegenwärtigen Hass
und gebe uns Geborgenheit,
damit wir einander Geborgenheit schenken.
Der Segen Gottes richte uns auf,
damit wir aufrecht füreinander einstehen.
Er lasse die Worte immer in unserem Ohr klingen:
Fürchtet euch nicht!
Und schenke uns Frieden.

Amen.

© Friederike Ekol

mir in der Vorstellung alleine schon Angst macht, ist dies schon ein Weg, um die Angst zu überwinden. Das gilt im persönlichen Leben ebenso wie in unserer Vielfaltsgesellschaft.

Die Hirten fürchteten sich sehr, und sie machten sich trotzdem auf zum Stall! Was sie dort sahen, veränderte ihr Leben. Sie wurden die ersten, die von der Geburt des Gottessohnes erzählen werden. Sie haben den Mut aus der Begegnung hinausgetragen in die Welt.

Und wir, die wir uns vielleicht fürchten vor privaten Dingen, im Job, in der Schule, im Familienalltag oder vor der Terrorgefahr unserer Tage? Die wir uns fürchten vor dem politischen Säbelrasseln? Die wir uns einsetzen wollen für Verständigung und Miteinander in einer offenen Gesellschaft, die ganz selbstverständlich vielfältig ist und die von dieser Vielfalt lebt? Gott sagt: Fürchtet euch nicht!

Fürchtet euch nicht, wenn euch euer Engagement Hasskommentare einbringt oder offene Anfeindungen. Wenn ihr im Alltag nicht wegschaut und euch immer noch empören könnt über die schleichende Abschaffung des Flüchtlingsschutzes in Europa. Wenn ihr euch einsetzt aus purer Mitmenschlichkeit. Zivilgesellschaft zum Anfassen. Fürchtet euch nicht, denn ich bin bei euch, sagt Gott.

Und was ist schließlich mit denjenigen, die sich als »besorgte Bürger« geben und kritische Fragen stellen? Denen die Vielfalt der Kulturen, Religionen, Beziehungsformen in unserer Gesellschaft nicht geheuer ist? Die sich aus der Filterblase der Sozialen Medien nicht herausrauen?

Auch hier gilt: Fürchtet euch nicht! Nehmt euch ein Beispiel an Gott. Begegnung überwindet die Angst! All die besorgten Bürger, die sich heute rassistisch äußern, Stimmung gegen ganze Bevölkerungsgruppen machen, sie haben keine Angst im eigentlichen Sinne. Sie geben vielmehr anderen Menschen Grund sich zu fürchten.

Dabei ist es eine grundlegende Einsicht gerade der Interkulturellen Woche: Wenn Menschen es schaffen, sich selbst zu überwinden und auf diejenigen zuzugehen, vor denen sie sich eigentlich fürchten – Flüchtlinge, Muslime, Menschen, die in irgendeiner Form vermeintlich »anders« sind als sie selbst – dann hat das Wunder von Bethlehem schon angefangen.

Die Interkulturelle Woche bietet dafür wunderbare Gelegenheiten. Seit über 40 Jahren lädt sie Menschen ein zur Begegnung. Denn diese Initiative ist entstanden aus der tiefen Überzeugung, dass Gefühle, Sorgen und Ängste am besten überwunden werden durch menschliche Begegnung. Wenn wir miteinander feiern, tanzen, kochen oder diskutieren, dann stellen wir immer wieder fest, dass der andere auch ein

Mensch ist – mit ähnlichen Sorgen und Ängsten, mit dem Bedürfnis nach Nähe und Sicherheit.

Manchmal braucht es solche Klassiker wie die Weihnachtsgeschichte, um sich das in Erinnerung zu rufen. Gott kommt und wird Mensch, damit wir endlich auch menschlich werden. Mit dem Kind in der Krippe ist der Anfang schon gemacht. Und das nicht nur an Weihnachten!

Amen.

■ Pastor Thorsten Leißer ist stellvertretender Vorsitzender des ÖVA.

■ Kontakt:
thorsten.leisser@kirchenkreis-burgdorf.de

GEBET

Herr, Gott des Universums,
Du bist der Vater für alle Kinder auf der Erde.
Du kennst ein jedes. Du siehst uns an – nicht wie
anonyme Wesen, sondern als Personen
mit einem Gesicht, einer Geschichte.
Jede und Jeder ist für dich ein geliebtes Kind.

Lehre uns, einander anzuschauen, wie du uns anschaust.
Lehre uns das Wagnis, dem Blick des Anderen zu begegnen.
Öffne unsere Augen, um dich in unseren Brüdern und
Schwestern wiederzuerkennen.

Du hast eine besondere Liebe zu den Kleinen. Wie Jesus
wendest du dich den Kindern und den Jugendlichen zu.
Jedes Kind ist ein Segen von dir. Wir danken dir für ihre
Lebenskraft und für die Hoffnung, die sie ausstrahlen.

Sie erinnern uns, dass die Zukunft vor uns liegt:
eine Zukunft, an der wir gemeinsam in Menschlichkeit
bauen. Jeder kann seinen Teil dazu beitragen, das Leben,
den Frieden und die Hoffnung ans Licht zu bringen.

Du wendest deine Augen nicht ab, wenn das Leben
bedroht ist. Kein Leiden und keine Verletzlichkeit sind dir
fremd. Du nimmst den Aufschrei deiner Kinder wahr:
den unserer Stimmen ebenso wie den unserer Gesten,
unserer Körper, unserer Blicke. Du siehst die dargebotene
Hand und den Körper ohne Leben; du siehst das
willkommen heißende Antlitz und die Schranken,
die man aufrichtet; du verstehst die Tränen einer Mutter
nach dem Schiffbruch und das fröhliche Lachen des Kindes,
das eine neue Heimat gefunden hat.

Nimm hier unsere Augen, unsere Hände,
unsere Einsichten und unsere Wünsche.
Fülle unser Sein mit deiner Güte und deiner Weisheit.
Gib uns ein waches und mitfühlendes Herz.
Lass uns an Menschlichkeit wachsen –
in Worten und in Werken.
Zeige uns den Weg zum Leben.

Amen.

PRIÈRE POUR LA JOURNÉE MONDIALE DU MIGRANT ET DU RÉFUGIÉ

Seigneur, Dieu de l'univers,
Tu es le Père de tous les enfants de la terre.
Tu connais chacun. Tu nous regardes non comme
des êtres anonymes mais comme des personnes,
avec un visage, une histoire.
Chacun est pour toi un enfant bien-aimé !

Apprends-nous à nous regarder les uns les autres,
comme toi, tu nous regardes. Enseigne-nous à oser
croiser le regard de l'autre. Ouvre nos yeux pour
te rencontrer en nos frères et sœurs.

Tu as une prédilection pour les petits. Comme Jésus
tu te tournes vers les enfants et les jeunes. Chaque enfant est
une bénédiction de toi. Nous te rendons grâce pour leur
force de vie et pour l'espérance dont ils témoignent.
Ils nous rappellent que l'avenir est devant nous : un avenir à
construire ensemble, en humanité. Chacun peut y apporter
sa pierre pour que la vie, la paix et l'espérance éclosent.

Tu ne détournes pas les yeux quand la vie est menacée.
Aucune souffrance, aucune vulnérabilité ne te sont
étrangères. Tu entends les cris de tes enfants :
ceux de nos voix comme ceux de nos gestes, de nos corps,
de nos regards. Tu vois la main tendue et le corps sans vie ;
tu vois le regard accueillant et les barrières que l'on dresse ;
tu entends les larmes d'une mère après le naufrage et le rire
de l'enfant qui a trouvé une nouvelle patrie.

Voici nos yeux, nos mains, nos intelligences et nos vœux.
Investis nos existences de ta bonté et de ta sagesse.
Donne-nous un cœur éveillé et compatissant.
Fais-nous grandir en humanité : en paroles et en actes.
Enseigne-nous le chemin vers la Vie.

Amen.



Foto: UNHCR/Achilleas Zavallis



CONFÉRENCE DES ÉVÊQUES DE FRANCE
58 AVENUE DE BRETEUIL
75007 PARIS

www.JMMR.catholique.fr

»WIR HÖREN SIE IN UNSEREN SPRACHEN VON DEN GROSSEN TATEN GOTTES REDEN«

(APOSTELGESCHICHTE 2, 11)

Aguswati Hildebrandt Rambe

Pfarrerin Aguswati Hildebrandt Rambe hielt diesen Impuls bei der Morgenandacht im Rahmen der Bundesweiten Vorbereitungsstagung zur IKW am 18. Februar 2017 in der Stiftskirche im Stephansstift in Hannover.

Vielfalt verbindet! Es klingt provokativ und jenseits des »normalen« Gedankens, der meint, dass nur Einheit oder Gemeinsamkeit eine verbindende Kraft hat, während Vielfalt eher zu Chaos führt.

Die Denkweise, dass Vielfalt für das Gemeinsame bedrohlich ist, findet sich nicht nur dort, wo Demokratie und gesellschaftliche Pluralität infrage gestellt werden, sondern selbst bei interkulturell engagierten Menschen, zum Beispiel innerhalb unseres Freundes- oder Kollegenkreises. So hat mich ein Kollege einmal kritisch hinterfragt, als ich über die Kraft der Vielfalt referiert habe. Er meinte, ob Vielfalt denn nicht immer auch Beliebigkeit bedeuten würde.

Auch im Zuge gesamtgesellschaftlicher Polarisierungen spüren wir, wie der Begriff »Vielfalt« bei manchen starke Unsicherheiten und Ängste auslöst: Angst, die eigene Kultur und Identität in diesem vielfältigen Gebilde zu verlieren. Aber wie kann man seine Identität verlieren? Gibt es etwa eine statische Kultur, die sich nie verändert hat?

Noch erstaunlicher ist es, wenn Christen die Vielfalt hinterfragen, weil die Bibel, auf der wir unseren Glauben bauen, selbst ein Zeugnis der Vielfalt par excellence ist. Die biblischen Narrative von Gottes Schöpfungs- und Heilswerk werden auf vielfältige Weise erzählt. Und die Bibel erzählt von Erfahrungen von Menschen mit Gott in unterschiedlichen kulturellen, sozio-politischen und sogar religiösen Kontexten. Die Geschichte von Pfingsten in der Apostelgeschichte 2 ist eine von vielen. Es wird dort sogar vom »Pfingstwunder« erzählt, dass Menschen unter-

MEINE ENGEN GRENZEN

1. Mei - ne en - gen Gren - zen, mel - ne kur - ze Sicht brin - ge ich
 2. Mei - ne gan - ze Ohn - macht, was mich beugt und lähmt, brin - ge ich
 3. Mein ver - lor - nes Zu - - traun, mei - ne Ängst - lich - keit brin - ge ich
 4. Mei - ne tie - fe Sehn - sucht nach Ce - bor - gen - heit brin - ge ich

1. Mei - ne en - gen Gren - zen, mei - ne kur - ze Sicht, brin - ge ich

5

1. vor dich. Wand - le sie in Wei - te: Herr, er - bar - me dich.
 2. vor dich. Wand - le sie in Stär - ke: Herr, er - bar - me dich.
 3. vor dich. Wand - le sie in Wär - me: Herr, er - bar - me dich.
 4. vor dich. Wand - le sie in Hei - mat: Herr, er - bar - me dich.

vor dich. Wand - le sie in Stär - ke. Herr, er - bar - me dich, er - barm dich.

10

1. Wand - le sie in Wei - - te: Herr, er - bar - me dich.
 2. Wand - le sie in Stär - - ke: Herr, er - bar - me dich.
 3. Wand - le sie in Wär - me: Herr, er - bar - me dich.
 4. Wand - le sie in Hei - - mat: Herr, er - bar - me dich.

Wand - le sie in Stär - - ke. Herr, er - bar - me dich.

Text: Eugen Eckert; Melodie: Winfried Heurich;
 © Lahn-Verlag in der Butzon & Bercker GmbH, Kevelaer; www.lahn-verlag.de

schiedlicher Sprache und Herkunft die Jünger Jesu aus Galiläa hörten, wie diese Gottes große Taten in verschiedenen Sprachen verkündeten. Manche reagierten mit Entsetzen oder Verwundung. Plötzlich konnten die Menschen die Botschaft der Jünger in der jeweils eigenen Sprache verstehen, obwohl sie wussten, dass diese Jünger aus einer anderen Region, aus Galiläa stammten.

Im Pfingstereignis geht es bei Vielfalt nicht darum, einfach Unterschiede zu betonen oder zu bejahen. Sie führt gerade nicht zu Beliebigkeit, sondern hat ein inhaltliches Gewicht: Im Mittelpunkt des Pfingstereignisses steht die Befähigung der Jünger, von großen Taten Gottes in verschiedenen Sprachen

zu erzählen (v.11: »Wir hören sie in unseren Sprachen von den großen Taten Gottes reden«). Nicht die Einheitlichkeit führt zur Verständigung (– auch nicht eine »Leitkultur« oder dominante Sprache –), sondern der Geist Gottes befähigt Menschen aus unterschiedlichen kulturellen und sozialen Kontexten, ihre vielfältigen Erfahrungen mit Gottes großen Taten zum Ausdruck zu bringen und miteinander zu teilen.

Auch bei der IKW geht es nicht einfach nur darum, einmal im Jahr die Vielfalt in der Gesellschaft ans Licht zu bringen. Sondern sie ist ein Ereignis, in dem viele Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen in dieser Gesellschaft ihre vielfältigen Erfahrungen und Hoff-

nungen auf eine bessere und gerechtere Welt erzählen, voneinander hören und lernen sowie sich gegenseitig darin bestärken, dass gesellschaftliche Vielfalt nicht nur eine Realität, sondern eine Gabe Gottes ist. Und diese vielfältigen Erfahrungen entfalten ihr Potenzial als eine verbindende Kraft in einer immer mehr von Polarisierung bedrohten Gesellschaft.

»Vielfalt verbindet« heißt nicht, am Schluss doch zur Einförmigkeit zu gelangen, sondern es bedeutet, den Mut

zu haben, von den großen Taten Gottes, von den Friedensverheißungen und Rettungen Gottes zu reden, ja, sich daran auszurichten. »Vielfalt verbindet« bedeutet auch den Mut zu haben, eine verbindende Botschaft trotz unterschiedlicher Sprachen und Dialekte weiterzutragen, eine Botschaft der Hoffnung, der Gerechtigkeit, des Frieden und der Bewahrung der Schöpfung.

Wir sind deshalb gestärkt und ermutigt durch die Gegenwart des Geistes Gottes, der uns die Vielfalt der Sprachen

gibt, um eine verbindende Botschaft zu wahren. Gott schenke uns immer wieder neu den Geist der Verständigung, um seine großen Taten zu verkünden. Amen

■ Pfarrerin Dr. Aguswati Hildebrandt Rambe ist Ansprechpartnerin für Ökumenische Beziehungen zu evangelischen interkulturellen Gemeinden in Bayern und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt: interkulturell@elkb.de

VIelfalt VERBINDET: EINE VISION, EINE UTOPIE

Thomas Broch

■ »Vielfalt verbindet«. Das Motto der Interkulturellen Woche 2017 ist eng verbunden mit einer Bildsymbolik: ein Zopf, geflochten aus 12 Fadensträngen – violett, rot, blau, weiß, pink, blaugrün, schwarz, gelbgrün, hellgrün, gold, gelb, kupfer. Symbole für Ethnien, Sprachen, Kulturen, Religionen, Weltanschauungen, Denkweisen, Lebensformen ...

Die Botschaft ist klar und bedarf kaum einer Deutung: Menschsein ist vielfältig, vielgestaltig, bunt, lebendig – reichhaltiger, als man es in Worte und Bilder fassen kann. Und: All dies zusammen, nur all dies zusammen verbindet sich in dem unendlich großen Wort MENSCH. Nichts darf fehlen. Was sollte man noch hinzufügen?

Die Deutung ist ein-deutig. Sie kann auch von allen verstanden werden. Nur stößt sie leider auf sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Reaktionen. Es geht ja nicht um grundsätzlich-philosophische Reflexion zum Thema Menschsein – eine Ebene, auf der wahrscheinlich einiges an Einverständnis zu erzielen wäre –; nein: dies alles ist unlösbar verflochten mit einem weltanschaulichen, gesellschaftlichen, gesellschafts-politischen Kontext, der durch sehr polarisierte Gegensätze und zwischen diesen durch ein breites Kontinuum von Unsicherheit, Ratlosigkeit, Indifferenz gekennzeichnet ist. Auch von Sorgen unterschiedlichster Art; auch von Angst; und nicht zuletzt von der Angst

derer, die sich vor der Angst der vermeintlichen Mehrheit fürchten, die sie schüren und gleichzeitig zu besänftigen versuchen. Anders gesagt: das schöne Symbol der Interkulturellen Woche 2017 steht in der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation in einem dramatischen Spannungsfeld und ist daher eben nicht nur ein schönes Symbol, sondern ein Bekenntnis. Es ist ein Bekenntnis dagegen, sich durch Abgrenzung und Ausgrenzung zu profilieren und sich seiner eigenen Identität zu versichern. Es ist eine Vision, eine Ori-

entierungsanzeige, eine Kompassnadel, die den Weg weist, ohne dass wir schon wüssten, wie wir ans Ziel kommen und ob wir jemals ans Ziel kommen. Es ist eine Utopie: etwas, was noch nie dagewesen ist und doch als Hoffnung aufscheint. Vielfalt trennt nicht, Vielfalt verbindet.

Als Martin Luther King am 28. August 1963 beim »Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit« seine berühmte Rede mit dem Satz einleitete: »Ich habe einen Traum«, da hatte er die



■ Das Motiv »Vielfalt verbindet.« ist als Plakat im Format DIN A3, A2, und A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2017 erhältlich. Gestaltung: BALLHAUS WEST, Berlin

Das Bestellformular

finden Sie auf:

www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:

info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:

Fax: 069 / 24 23 14-71

konkrete Situation der Diskriminierung afroamerikanischer Bürgerinnen und Bürger der USA vor Augen. Heute hätte dieser Traum viel weitergehende Dimensionen. Er würde das Schicksal ungezählter Flüchtlinge und Armutsmigranten betreffen, den viel zitierten »Clash of Civilizations« oder – positiv formuliert – das Ringen um interkulturelle und interreligiöse Verständigung. Er würde die Verzweigung der Chancenlosen betreffen und den Zynismus derer, die unverdienterweise auf der Seite des Globus mit gemäßigttem Klima stehen (ausnahmsweise nicht auf der so genannten »Sonnenseite«, die in Wirklichkeit zur Armut- und Elendsseite geworden ist). Martin Luther Kings Traum (und mein, des Autors, Traum) wäre heute ein inklusives Gemeinwesen, das aus einer Vielfalt von Lebensentwürfen, Lebensgeschichten und Lebenskonzepten besteht; das aus Menschen unterschiedlichster ethnischer, kultureller, religiöser Prägung besteht; in dem Vielgestaltigkeit nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall ist. Anders gesagt: ein Gemeinwesen, in dem nicht die Fragen im Vordergrund stehen: »Woher kommst Du? Was denkst und glaubst Du? Wie lebst Du?«, sondern: »Wer bist Du?« In dem es um

Menschen geht und nicht um Zuschreibungen.

Solche Visionen bewirken Veränderung. Allerdings lösen sie auch Verunsicherung aus. Und zur Vielfalt eines Gemeinwesens gehört es auch, die Stimmen derer zu hören, ernst zu nehmen, die sich damit schwer tun. Es gibt immer ein Recht auf eine andere Sicht der Dinge. Aber es gibt kein Recht darauf, dem anderen Menschen seine Würde und sein Recht auf ein menschenwürdiges Leben zu bestreiten. Das ist eine Grenze, die nicht verhandelbar ist.

Zurück zu unserem Bild. Drei Aspekte müssen noch hinzugefügt werden. Der erste Aspekt: Die vielen Stränge, die sich zu einem Ganzen verflechten, haben jeweils ihre eigene Herkunft. Sie alle sind in sich eigenständig; und sie alle sind auch für sich alleine reißfest und stark. Es gibt eine Eigenwertigkeit und eine Würde jedweder Herkunft. Niemand kann für sich beanspruchen, bevorzugt zu werden. Der zweite Aspekt: Auch wenn sich diese vielen »Herkünfte« zu einem gemeinsamen Ganzen verflechten, so bleiben sie doch in ihrem Eigensein erkennbar. Sie müssen sich nicht anpassen, nicht aufgeben;

sie werden nicht nivelliert. Sie haben das Recht, sie selbst zu sein. Gleichberechtigt. Aber jede Herkunft würde, sollte sie fehlen, das Gemeinsame schwächen. Und der dritte Aspekt: Ein Rückweg, eine rückwirkende Auflösung des vielfältig Verflochtenen ist nicht möglich. Das Leben verläuft nie rückwärts gerichtet, immer nur nach vorne. Auch eine Rückkehr zu früheren angeblich homogenen Gesellschaftsbildern, sollte es sie denn jemals gegeben haben, wäre ein Weg nach vorne. Er wäre allerdings destruktiv, weil er zerstören würde, was gewachsen oder im Wachsen begriffen ist.

Es ist eine Utopie, gewiss. Aber wenn wir uns nicht darauf besinnen, wohin die Kompassnadel weisen soll, verlieren wir uns im Ungefähren und Unverbindlichen oder im diktatorischen Anspruch einer Minderheit, die behauptet, die Mehrheit zu sein.

■ Dr. Thomas Broch ist Bischöflicher Beauftragter für Flüchtlingsfragen der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

■ Kontakt: tbroch@bo.drs.de

GOTT HAT UNS NICHT GEGEBEN DEN GEIST DER FURCHT ... ODER?

GEDANKEN ZUM VERHÄLTNIS VON CHRISTENMENSCHEN ZU SORGEN UND ÄNGSTEN

Christian Staffa

RASSISMUS IST SÜNDE

An diesem Satz kann es ernsthaften Zweifel nicht geben. Die Einsicht ist gemessen am Alter der Kirchen eher jung, aber dafür fast in allen Kirchen akzeptiert. »Es ist verlockend, das Böse außerhalb der geliebten Gemeinschaft einzuordnen, ... Wir können und müssen unsere eigenen Handlungen, die den Rassismus zementieren, bekennen und uns ihnen stellen, sowohl in dem, was wir getan, als auch in dem, was wir unterlassen haben in Kirche, Gesellschaft und persönlichen Beziehungen.«¹

Der Lutherische Weltbund richtet sich mit seiner Erklärung aus dem Jahr 2015 nach den rassistischen Morden an neun afroamerikanischen Christ*innen in einer Kirche in Charleston direkt an die eigenen Mitglieder als Teil des Problems Rassismus.

Danach ist Rassismus nicht irgendein beiläufiges Fehlverhalten, sondern ein schweres Vergehen gegen Gott, grundlegend dem christlichen Bekenntnis entgegengesetzt, das auch von »eigenen Leuten« begangen wird. Wie sollte es auch anders sein, selbst wenn wir so

gerne davon ausgehen würden, dass Christenmenschen von der Ebenbildlichkeit Gottes aller Menschen sich inspirieren lassen könnten, sollten, müssten. Es ist höchste Zeit, dass in kirchlichen Stellungnahmen in Deutschland stärker theologische Argumente ins Feld geführt werden. Deshalb hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus mit der kleinen Schrift »Vor Gott sind alle gleich« mit der theologischen Bearbeitung begonnen und ebenso wie das von der Ev. Akademie Berlin gegründete Netzwerk NARRT die Weiterentwicklung dieser Arbeit an Theologie und Religionspädagogik gefordert.

¹ https://de.lutheranworld.org/sites/default/files/documents/oeffentliche_erklaerung_rassismus.pdf

narrt Netzwerk antisemitismus- und rassismuskritische Religionspädagogik und Theologie

Warum haben wir in Religionspädagogik und Theologie so wenig explizites Arbeitsmaterial zur Verfügung, um mit christlicher Begrifflichkeit rassistischen und antisemitischen Selbstbildern und Gesellschaftsvorstellungen etwas entgegenzusetzen?

Darauf gibt »narrt« unterschiedliche Antworten. Das Netzwerk will dazu beitragen, Lücken zu schließen. Mehr zum Selbstverständnis von »narrt« auf: www.narrt.eaberlin.de

Die Website dient als Plattform für Veranstaltungen, die sich wissenschaftlich oder fachspezifisch-praktisch mit den Themen auseinandersetzen. Außerdem bietet sie Material, das sich theologisch mit Geschichte und Gegenwart von rassistischer, antisemitischer und sexistischer Praxis auseinandersetzt, sowie mit der religionspädagogischen und theologischen Adressierung dieser Wirklichkeit.



und bestritten und gekämpft werden, aber immer nur in der Perspektive, dass wir an dieser Sünde alle Anteil haben, individuell und strukturell, immer wieder und immer wieder neu. Das stellt keine Verharmlosung der hasserfüllten Formen des Auslebens dieser Sünde dar, aber es richtet sich gegen die Arroganz derjenigen, die sich von dieser Sünde frei fühlen. Deshalb hat sich im Säkularen auch ein Begriff wie Rassismuskritik zunehmend gegen »Antirassismus« durchgesetzt, weil er signalisiert, dass hier auch Selbstkritik am Platz ist und es nicht immer nur die Anderen sind. Auf theologischem, kirchlichem Gebiet könnte das der leider unüblich und moralin überformte Begriff der Sünde tun.

SORGEN UND ÄNGSTE

Merkwürdig unberührt von dieser theologischen Einsicht verlaufen die Diskussionen um das Verständnis für die Sorgen und Ängste der Bürger*innen dieser schönen und privilegierten Republik. Kaum eine Diskussion über Rechtspopulismus und Pegida, die nicht mit diesen Ängsten und Sorgen bezogen auf Globalisierung und die damit möglicherweise und für einige real einhergehende Bedrohung der materiellen Situation und mit der durch Einwanderung verstärkten (phantasierten) Entfremdung von der eigenen Sprache, Religion und Kultur im besten Falle ringt, im schlechteren affirmativ Verständnis signalisiert.

Jenseits der Tatsache, dass bei den Aufmärschen der X-Gida Formationen weder sprachliche, noch religiöse noch kulturelle Höhen erreicht werden, drängt sich vor allem die Frage auf, was denn biblisch-theologisch bezogen auf solche Sorgen und Ängste zu bedenken wäre.

»Sorget nicht, denn Gott sorgt für euch«, »vertraut und fürchtet euch nicht«, das sind bei sehr realer Bedrohung und Gewalterfahrung durch die Heiligen Schriften hindurch Kernbotschaften biblischer Theologie. Alles

- 2 Paul Tillich. Der Mut zum Sein. Unveränd. Photomechanischer Nachdr. aus dem XI. Band der gesammelten Werke von Paul Tillich, erschienen 1969 im Ev. Verlagswerk Stuttgart – © 1991 by Walter de Gruyter & Co, Berlin.

Nicht-Vertrauen auf den Gott Israels und Vater Jesu Christi, alles Festlegen auf unsere Kategorien des Glücks und Selbstzuschreibungen scheinen mir biblischer Botschaft entgegenzustehen. Vielleicht am radikalsten bestritten in der Vision von Gemeinde, die Paulus in Gal 3,28 vor Augen führt: »Hier ist nicht jüdisch noch griechisch, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht männlich noch weiblich.« Deutlicher könnten wir heute in Richtung rechtspopulistischer Versatzstücke von Geschlechterpolitik und Rassismus gar nicht sprechen. Sich darauf nicht in Vertrauen einlassen zu können, wäre wohl nur als Sünde zu bezeichnen. Und wer könnte behaupten, dass er oder sie davon frei wäre.

ANTEIL AN DER SÜNDE HABEN

Hier liegt dann das Produktive der Rede von der Sünde für solches Ängstigen und Sorgen: Es kann natürlich ge-

Heinz Bude endet in seinem berühmten Buch »Gesellschaft der Angst« mit Tillich und seinem »Mut zum Sein«², der Angst als Entlarvung von den Lebenslügen von Glanz, Ruhm und Reichtum sieht, und als Teil einer zarten Hoffnung darauf, dass nichts so bleiben muss, wie es ist. Das wäre das Gegenteil von Angst, die den Verlust des gegenwärtig Erreichten (was immer es sei, Macht, materieller Wohlstand usw.) befürchtet und sich gegen Veränderung bzw. Aufweichung von weltpolitisch festgelegten Hierarchien von erster bis sogenannter dritter Welt, von Mann nach Frau, von Weiß nach Schwarz abschotten will.

■ Dr. Christian Staffa ist Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche der Evangelischen Akademie zu Berlin.

■ Kontakt: staffa@eaberlin.de

VOR GOTT SIND ALLE MENSCHEN GLEICH BEITRÄGE EINER RASSISMUSKRITISCHEN RELIGIONSPÄDAGOGIK UND THEOLOGIE



© Andreas Krammich

Mit Beiträgen von Dr. Eske Wollrad, Rainer Möller, Silke Radosh-Hinder, Dr. Christian Staffa, Dominik Gautier und Aysel Cindilkaya.

■ Hrsg.: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Evangelische Akademie zu Berlin und Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

■ <http://bagkr.de> > Materialien > BAG K+R > Online-Handreichung

FÜR RELIGIÖSE VIELFALT EINTRETEN

Im Rahmen der Interkulturellen Woche engagieren sich zunehmend Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen für religiöse Vielfalt. Phantasievoll und kreativ laden sich vor Ort Menschen unterschiedlicher Religionen gegenseitig zum Kennenlernen und zu vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten ein.

Die Religionsgemeinschaften haben an verschiedenen Stellen Grundaussagen zu ihrem Selbstverständnis im Zusammenleben in einer religiösen Vielfaltsgesellschaft getroffen. Beispielfhaft dokumentieren wir Auszüge aus der Schrift der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dem Titel »Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive«.

AUS DEM GELEITWORT DES RATSVORSITZENDEN

- Ein positives Verständnis religiöser Vielfalt wird gerade dadurch ermöglicht, dass wir leidenschaftlich für unsere eigene Glaubensüberzeugung eintreten und die damit verbundene innere Freiheit spüren, anstatt unsere Identität aus der Abgrenzung zu gewinnen.
- Die Gewissheit im Glauben an Christus schließt auch das Bewusstsein dafür ein, dass Gottes Möglichkeiten, sich den Menschen bekannt zu machen, keine Grenzen haben. Damit ist der Weg gewiesen von einer bloßen Duldung anderer Glaubensüberzeugungen zu einer von Wertschätzung geprägten Toleranz.
- Es bedarf einer Haltung, die von wechselseitigem Hinhören und Wertschätzung geprägt ist. Das schärft das Gespür für eine Nähe, die Zusammengehörigkeit und das Bewusstsein der Unterschiedlichkeit miteinander zu verbinden weiß.

VIELFALT ALS GEGEBENHEIT

- Die Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen ist zu einer alltäglichen Erfahrung geworden.
- Zuwanderung, »Entkirchlichung« und vielfältige Formen individueller Selbstentfaltung führen zu einer religiösen Pluralität, die inzwischen weithin als Normalfall unser Leben bestimmt und prägt.
- Wir wollen unseren Beitrag zu einer offenen Bürgergesellschaft leisten, nicht zuletzt als Dienstgeber. Der Einsatz für Religionsfreiheit ist so in vielfältiger Weise voraussetzungsvoller und spannungsreicher als in der geschlossenen Situation der alten Volkskirche.

JA ZUM PLURALISMUS

- Die evangelische Kirche nimmt den Pluralismus der Religionen und Weltanschauungen nicht nur als ein äußerliches Faktum hin (...). Sie bejaht ihn (...). Da sie die Welt, in der wir leben, als von Gott geschaffene und aus dem Elend der Gottesferne erlöste Welt begreift, sieht sie im Menschen von nebenan, aber auch in den Religionsgemeinschaften auf der anderen Straßenseite nicht nur geduldete Fremde oder tolerierte Andersgläubige, sondern Mitbewohner eines gemeinsamen Raums, Mitbürger einer gemeinsamen Polis und von Gottes Wort Mitangesprochene. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass es sich um Mitbürger handelt, welche die gemeinsame Welt anders deuten und erleben und also die Voraussetzungen des christlichen Glaubens nicht teilen. Die Nähe derer, die nicht zustimmen, folglich auch praktisch erfahrene Distanz und Widerspruch gegenüber ihrem eigenen Glauben, ist für evangelische Christinnen und Christen heute nichts Ungewohntes oder Überraschendes. Wie sie von sich selbst wissen, dass der eigene Glaube im Streit mit dem Zweifel steht und in Anfechtungen lebendig bleibt, wie sie den christlichen Glauben nur in der Vielfalt der Konfessionen kennen, so bejahen sie auch, dass andere Religionen in unserer Gesellschaft einen selbstverständlichen Platz haben, ebenso wie religiöse Abstinenz und Desinteresse.

VIELFALT UND GLAUBE

- ... [ist] der Sachverhalt, dass menschliches Leben sich in einer Vielzahl von Religionen und Weltanschauungen vollzieht, aus Gründen des christlichen Glaubens ein Ausdruck der Freiheit, die wir nicht missen möchten.
- Da der christliche Glaube eine je eigene individuelle Gewissheit ist, kann er nicht verantwortlich vertreten werden, ohne das Recht divergierender religiöser Überzeugungen und damit das Recht des religiösen Pluralismus anzuerkennen und zu stärken.

Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive



EKD

CHRISTLICHER GLAUBE UND RELIGIÖSE VIelfALT IN EVANGELISCHER PERSPEKTIVE. EIN GRUNDLAGENTEXT DES RATES DER EKD.

Kirchenamt der EKD (Hg.)
Gütersloh 2015, Gütersloher Verlagshaus
ISBN: 978-3-579-05978-5

Vollständiger Text zum Runterladen:
www.ekd.de/EKD-Texte/christlicher_glaube.html

RELIGIONS- UND GLAUBENSFREIHEIT

- Als Christinnen und Christen bejahen wir, dass anderen Religionen die gleichen Rechte der Glaubensfreiheit zukommen.
- Schon das evangelische Christentum selbst präsentiert sich in einer Vielfalt möglicher Lebensformen und ethischer Entscheidungen.
- Viele Grundüberzeugungen unseres Gemeinwesens wurden aus christlicher Überzeugung entwickelt und erstritten – aber manche mussten auch gegen Widerspruch und Zögerlichkeit der Kirchen durchgesetzt werden. Schon aus diesem Grund verbietet es sich, das ethische Fundament, das unterschiedliche Teile der Gesellschaft verbindet, auf dem Umweg historischer Ableitungen einseitig allein aus dem Christentum herleiten zu wollen.
- Die evangelischen Kirchen sind sich der Gefahren des Fundamentalismus (auch des christlichen Fundamentalismus) und der Strittigkeit aller Angelegenheiten des Glaubens bewusst. Aber sie ziehen sich deshalb nicht aufs Unbestreitbare zurück.
- Sie sehen sich herausgefordert, den Freimut des eigenen Bekennens mit der Anerkennung des Rechts, ihm nicht zuzustimmen, deutlicher zu verbinden, als das in früheren Jahrhunderten üblich war.

ZUSAMMENLEBEN MIT ANDEREN

- Die Freiheit für den anderen verdient es, ernst genommen zu werden. Niemand kann heute für sich beanspruchen, über das Zusammensein mit Anderen nach Taufbuch oder Religionszugehörigkeit definitiv zu entscheiden, vielmehr wächst Gemeinschaft der Verschiedenen auf vielen Feldern, über die kein Mensch souverän verfügt. Darum leben Christinnen und Christen in Schulen und Sportvereinen, in Nachbarschaft und an Arbeitsstellen, in Parteien und Bürgerinitiativen mit Menschen zusammen, die ihre eigene Lebensgewissheit nicht in der Verantwortung vor Gott oder nicht in der Verantwortung vor demjenigen Gott treffen, an den sie selbst glauben.

KIRCHLICHE DIENSTE SIND FÜR ALLE DA

- Wo die Kirche Verantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft übernimmt, in Kindertagesstätten und Schulen, in Krankenhäusern und Altenpflege, aber auch in der seelsorgerlichen Begleitung der Soldatinnen und Soldaten, engagiert sie sich nicht nur für Christinnen und Christen, sondern für alle, die auf christliche Nächstenliebe hoffen, auch für die, die selbst den diese begründenden christlichen Glauben nicht teilen.

ISLAM

- Die evangelische Kirche nimmt ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahr, indem sie zunächst den Versuchen wehrt, die Muslime in unserem Land umstandslos nach Maßgabe der Erscheinungsformen des Islams in außereuropäischen Ländern zu beurteilen.
- Darum erinnert sie daran, was Europa dem Islam historisch verdankt, darum begrüßt sie die Entwicklung eines westlich geprägten Islams als Ausdruck der Inkulturation und Beheimatung bei uns.

DIAKONIE ALS ARBEITGEBER

- Diakonische Einrichtungen und Werke beginnen, sich nichtevangelischen bzw. nichtchristlichen Mitarbeitenden zu öffnen. Die Spannung zwischen dem Bewahren und Fördern der eigenen evangelischen Identität und der wachsenden Diversität unter den Mitarbeitenden ist offensichtlich. Begriffe wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit können in der christlichen Tradition nur dann widerspruchsfrei entfaltet werden, wenn damit auch andere (nichtchristliche) Menschen eingeschlossen werden, ja mit Nächstenliebe auch außerhalb der Christenheit gerechnet wird: Der barmherzige Samariter (Lk 10,25-37) war weder Jude noch Christ, sondern Angehöriger einer religiösen Minderheit; vom Wirt, in dessen Gestalt die Diakonie seit ihren Anfängen ihre eigene diakonische Rolle entdeckte, weil er gegen Bezahlung die Pflege des unter die Räuber Gefallenen wahrnimmt, wissen wir gar nichts über seine religiöse Orientierung.

IMPULSE FÜR DEN UMGANG MIT RECHTSPOPULISMUS IM KIRCHLICHEN RAUM

*Die Handreichung gibt Hintergrundinformationen zu Rechtspopulismus und zu neurechten Bewegungen und Akteuren und ihrem Agieren im kirchlichen Raum. Neben der Auseinandersetzung mit Personen, die sich in der Gemeinde rechtspopulistisch äußern oder agieren, bietet die Handreichung konkrete Ideen und Strategien aus dem christlichen Selbstverständnis heraus. Hinweise zur Durchführung von Veranstaltungen im kirchlichen Raum und darüber hinaus werden ebenso gegeben wie Beispiele für gelungene Veranstaltungskonzepte. Aber auch Analysen von Veranstaltungen, bei denen die Instrumentalisierung durch Rechtspopulist*innen nicht verhindert werden konnte, sind enthalten.*

Wir dokumentieren einen Auszug. Zum Bezug der Broschüre in gedruckter oder elektronischer Form beachten Sie bitte den Kasten.

DIE ENTZWEITE GESELLSCHAFT

Die bundesdeutsche Gesellschaft erscheint heute außerordentlich emotionsgeladen und polarisiert. Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlings-skeptiker*innen, Anhänger*innen der rassistischen Pegida-Bewegung, Rechtspopulist*innen und Neonazis auf der einen Seite sowie Unterstützer*innen der Aufnahme Geflüchteter, Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, Menschen mit größerem Vertrauen in die Lösungsfähigkeiten des demokratischen Systems und seiner Instanzen auf der anderen Seite sind alltäglich.

Vielen Menschen machen die unzähligen ungelösten Konflikt- und Kriegssituationen in der Welt und die dadurch hervorgerufenen Flüchtlingsbewegungen Angst. Die Empörung über die unzulängliche Hilfe für Geflüchtete und Asylsuchende durch die Weltgemeinschaft und die Europäische Union sowie den Tod unzähliger Menschen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer ist berechtigt. In vielen Pfarr- und Kirchengemeinden gibt es das Bedürfnis, eigene Ängste und die Polarisierung der Gesellschaft durch Gesprächsangebote überwinden zu helfen.

Ein solcher Wunsch ist sehr verständlich, ist es doch ein Anliegen der Kirchen, dem gesellschaftlichen Frieden zu

dienen. Gesprächsangebote können auch hilfreich und fruchtbar wirken, wenn sie nicht einfach auf Harmonie zielen oder gar geistigen Brandstifter*innen Podien bieten. Sie sollten vielmehr das christliche Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit jedes Menschen (Gen 1,27) umsetzen helfen.

KIRCHE IST MENSCHENFREUNDLICH UND DAMIT NICHT NEUTRAL

Berechtigt sind Gesprächsangebote dann, wenn sie auf Veränderung der mancherorts auch in Kirchengemeinden geäußerten menschenfeindlichen Positionen Einzelner und die Unterstützung derer zielen, die unserer Hilfe und Solidarität bedürfen. Aus dem biblischen Liebesgebot, also dem, was Fremde für Christ*innen bedeuten, folgt nämlich ein unveräußerliches christliches Bekenntnis: Fremde müssen geschützt werden. Es kann daher in solchen Bekenntnisfragen keine schlichte, »neutrale« Moderator*innenrolle für Kirchen- und Pfarrgemeinden oder die dort Verantwortung tragenden Personen geben. An dieser Stelle sollen einige grundlegende theologische Aspekte in die derzeitige Diskussion um die Aufnahme und Inklusion geflüchteter Menschen bzw. den Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit ihnen eingebracht werden:

■ Grundsätzlich ist die christliche Botschaft eine egalitäre, die eine Ungleichwertigkeit verschiedener Menschengruppen weder vorsieht noch erlaubt. »Vor Gott sind alle gleich« (Gen 1,27), heißt es in der Bibel, was bedeutet: Die Menschenwürde ist unteilbar. Die Gottebenbildlichkeit des Menschen als biblische Grundlegung kann ergänzt werden durch die biblische Rückführung aller Menschen auf Adam und Eva. Die Rabbinen sagen hierzu, »damit sich keine*r über den oder die Andere erhebe«. Gleichzeitig bezieht sich die biblische Botschaft realistisch auf die gängige Gewaltförmigkeit menschlicher Gesellschaften. Sie ist bestrebt, Streit zu kanalisieren, Gewalt einzudämmen und auch Täterschaft, Fehlverhalten, Sündhaftigkeit zu benennen. Diese Orientierung geht bis zu Jakob und Esau, die dann ganz pragmatisch auseinandergehen, weil sich keine wirklich friedliche Lösung abzeichnet.

■ Trotz dieser grundsätzlich klaren biblischen Botschaft, so heute die selbstkritische Einsicht der europäischen Kirchen, waren und sind zum Teil Gewalt, Rechtfertigung von Unterdrückung und Ausbeutung, Rassismus und Antisemitismus Teil kirchlicher Wirklichkeit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass menschenfeindliche Einstellungen in den Kirchengemeinden vorzufinden sind, und es ist auch nicht ehrenrührig, diese offen zu adressieren, um sie in einem inneren Kommunikations- und Verständigungsprozess bearbeiten zu können.

■ Gleichzeitig bedeutet der nüchternselbstkritische Blick in die Geschichte aber auch, keine Beliebigkeit hervorzu-bringen. Vielmehr sollen Lernprozesse ermöglicht werden, ebenso wie die Annäherung an das unverzichtbare Bekenntnis zur Unversehrtheit der Anderen und der Gleichwertigkeit aller innerhalb und außerhalb der Gemeinde. Ohne diese innere Arbeit, ja vielleicht

sogar »innere Mission«, bleibt christliches Zeugnis nach außen hohl. Nach dem Motto »Kirche ist für alle da, aber nicht für alles« (Werner Leich, ev. Landesbischof in Thüringen von 1978 bis 1992) können Christenmenschen aber keinesfalls neutral bleiben, wo Flüchtlinge pauschal diskreditiert werden und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geschürt wird.

Öffentlicher Kontext über die Kerngemeinde hinaus, z. B. öffentliche Diskussions- oder Wahlinformationsveranstaltungen:

Manche Gemeinde fühlt sich dazu berufen, der Kirchen- oder Bürgergemeinde einen Raum für die Diskussion zur Verfügung zu stellen, um eine ernsthafte Auseinandersetzung zu ermöglichen. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass Kirche kein wertfreier Raum ist. Ihr Wirken fußt auf den Weisungen der Heiligen Schrift, in der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, der Einsatz für die Schwachen und Unterdrückten dem Willen Gottes entsprechen. Politischer Einsatz, der diesen Idealen diametral zuwider läuft, ist ebenso eine sündhafte Abweichung vom Willen Gottes wie Diebstahl oder Mord, die es anzusprechen und bei Bedarf offensiv zurückzuweisen gilt.

Gemeindebezogener Kontext innerhalb der Kerngemeinde, z. B. Kirchenchor, Gemeindegruppenarbeit, Pfarr- und Kirchengemeinderat:

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass innerhalb unserer Gemeinden, wie im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung auch, Menschen anzutreffen sind, die rechtspopulistischen Positionen zustimmen. Einzelne solcher Haltungen zur Familienpolitik, der Rollenverteilung zwischen Frau und Mann, Feindlichkeit gegenüber gleichgeschlechtlicher Liebe und zur Überhöhung der eigenen Religion sind gerade in christlich-reaktionären Kontexten populär. Andere, wie Feindlichkeit gegenüber Muslimen, Ablehnung der Europäischen Union, Demokratieverdrossenheit oder Medienschelte, finden sich in allen Teilen der Gesellschaft gleichermaßen. Es gilt demnach, genau hinzuhören: Nicht jede Kritik an der konkreten Ausgestaltung des Asylsystems entspringt rassistischen Motiven. Wer aber mit homophoben, fremdenfeindlichen



Herausgeber*innen: Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Diözesanverband Mainz, Evangelische Akademie zu Berlin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Projekt »Kirche stärkt Demokratie« der EKN, Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad

Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt.

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus
c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 28 39 51 78
<http://bagkr.de> > Materialien > BAG K+R > Online-Handreichung | post@bagkr.de

oder rassistischen Äußerungen auftritt, stellt sich außerhalb christlicher Lehre – egal, ob dies in einem rechtsextremen oder rechtspopulistischen Kontext oder auch nur im zwischenmenschlichen Gespräch geschieht.

Seelsorgerlicher Kontext und Einzelgespräche, z. B. Taufgespräch, Beichte, etc.:

Pfarrer*innen meinen zu Recht, dass Protagonist*innen asylfeindlicher Gruppen, die sich als Christ*innen verstehen, das Recht haben, auch mit Personen anderer Ansicht ins Gespräch zu kommen – und dass Seelsorger*innen in der Pflicht sind, dafür Räume zu schaffen. Hierfür sind neben Einzelgesprächen auch Gruppengespräche im kleinen Kreis vorstellbar. Diese sollten allerdings gut moderiert werden und allen Positionen ausreichend Raum geben. Hierbei gilt es, die Blickrichtung und Themensetzung zu weiten. Es sollte insbesondere in den Blick genommen werden, in welchen Situationen sich geflüchtete Menschen befinden: traumatisiert, in fremder Umgebung fern der erworbenen Sicherheiten und mit Fähigkeiten und Ressourcen, die zu

wenig wahrgenommen werden. Darüber hinaus sollte bedacht werden, dass sich immer mehr in der Flüchtlingshilfe aktive Menschen massiven Auseinandersetzungen und Angriffen in Familien- und Freundeskreisen ausgesetzt sehen. Das bedeutet für viele wirkliche Seelennöte und Verunsicherungen, die seelsorgerlich aufgefangen werden müssen.

Verlegen Sie deshalb Ihre Kommunikation in Räume, die für gelebte Demokratie und Menschenrechte stehen. Die Situation der von Rassismus, Hass und Gewalt betroffenen Menschen rückt in solchen Räumen besonders in den Fokus. Diese Menschen müssen sich sicher und wertgeschätzt fühlen können, ihnen gilt die gelebte christliche Nächstenliebe. Ihre Erfahrungen dürfen nicht durch einen Dialog mit Personen diskreditiert werden, die den Nährboden für Hass, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bereiten oder die zu diesen Aussagen applaudieren.

ZUKUNFTSZEIT – GEMEINSAM FÜR EIN BUNTES LAND

Tina Lersch

35.000 Stunden Zukunftszeit sammeln die katholischen Jugendverbände als Zeichen für die kommenden vier guten Regierungsjahre und darüber hinaus! Eine Aktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und seiner Mitglieds- und Diözesanverbände im Vorfeld der Bundestagswahl 2017

Rassistisch motivierte Gewalt gegen Geflüchtete, homosexuellenfeindliche oder sexistische Beleidigungen, das Hetzen gegen Minderheiten on- und offline: Im Jahr 2015 wurden laut Verfassungsschutzbericht 21.993 rechtsextrem einzuordnende Delikte begangen. 30 % mehr als noch 2014 und für 2016 ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Wie auch die »Mitte-Studien« zeigen, hat sich der momentane Zustand in den letzten Jahren schleichend entwickelt und an vielen Stellen eine Normalisierung menschenfeindlicher Positionen ermöglicht.

Demgegenüber machen sich die katholischen Jugendverbände in vielen Kommunen und Gemeinden für eine gelingende Integration stark und zeigen deutlich, dass der Widerstand gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für Christinnen und Christen Pflicht und Auftrag ist.

Mit der Aktion Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land sollen von März bis September 2017 gemeinsam 35.000 Stunden »Zukunftszeit« – aktive Zeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für die Integration junger Geflüchteter gesammelt werden. Diese Stundenzahl entspricht der Dauer einer Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.



Aktive in den katholischen Jugendverbänden und darüber hinaus zeigen so, wie bunt, vielfältig und tolerant die vier kommenden Regierungsjahre sein können. Viele Jugendverbandsgruppen engagieren sich schon stark in der Flüchtlingshilfe oder gegen Rechtsextremismus. Die Aktion soll dieses Engagement sichtbarer machen und weitere Ideen anstoßen. »Zukunftszeit« wird in konkreten Aktionen vor Ort gesammelt: der interkulturelle Spielnachmittag, der Gottesdienst zu Fluchtgeschichten, die Fahrrad-Demo gegen Rechtsextremismus, die interreligiöse Nacht sind nur einige der in der Broschüre vorgestellten Aktionsformen, die sich auch auf die Interkulturelle Woche übertragen lassen. So lädt der BDKJ auch andere Jugendverbände, Politiker*innen, Bischöfe und alle guten Willens ein, mitzumachen. Die gesammelten Stunden werden auf der Aktionshomepage (www.zukunftszeit.de) eingetragen. Die sechsmonatige Phase »aktiv sein« endet am 16. September 2017 mit einer Abschlussaktion in Berlin.

Durch die gesamte Aktionsphase wird deutlich, dass das Selbstverständnis der katholischen Jugendverbände darauf beruht, sich in Kirche, Politik und Gesellschaft einzubringen und aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen und in ihrem Sinne die Zukunft zu gestalten. Eine zukunftsfähige Politik kann demnach nicht von nationalistischem und menschenfeindlichem Gedankengut getragen sein.

Für ein Deutschland voll Vielfalt und Toleranz kommt es nicht nur auf die Politikerinnen und Politiker an, sondern auf jede und jeden von uns!

■ Tina Lersch ist Projektreferentin der BDKJ-Bundesstelle e.V. und Ansprechpartnerin für »Zukunftszeit«.

■ Kontakt: lersch@bdkj.de

IN EINER GESELLSCHAFT DER VIelfALT IST DER DIALOG DAS VERBINDENDE

Werner Höbsch

In einer Zeit wachsender Islam- und Muslimenfeindlichkeit in Deutschland ist der interreligiöse Dialog ein Auftrag und Gebot der Stunde. An vielen Orten gehören die Beteiligung von Moscheegemeinden und Begegnungen mit Muslimen bereits zur Interkulturellen Woche. Projekte wie »Weißt Du, wer ich bin?« (www.weisstduwerichbin.de) – getragen von den drei großen Religionen – fördern, auch finanziell, die Begegnung von Juden, Christen und Muslimen.

WAS IST INTERRELIGIÖSER DIALOG?

»Interreligiöser Dialog« bezeichnet die Begegnung und das Gespräch zwischen Personen unterschiedlicher religiöser Beheimatung. Dieser Dialog beginnt nicht erst dort, wo sich Fachleute über spezifische theologische Themen austauschen, sondern vielmehr da, wo Menschen mit unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit Begegnungen und Gespräche miteinander suchen. Der Dialog gründet in der Haltung eines Interesses am Anderen. Diese dialogische Haltung ist Fundamentalisten, Populisten wie allen Fanatikern fremd, aber auch den Desinteressierten. In einer Gesellschaft der Vielfalt ist der Dialog das Verbindende. Gesellschaftliche Ausgrenzung und Rassismus beginnen dort, wo nicht mehr Begegnung gesucht wird, sondern Menschen wegen ihrer Religion, ihrer Hautfarbe,

ihrer Nationalität oder sexuellen Orientierung bestimmte, meist abwertende Merkmale zugeschrieben werden. Dann heißt es: »Wer einen Muslim kennt, kennt alle« und »Jeder Türke ist wie der andere«. Wirkliches Interesse jedoch führt zu den Fragen: Wer bist Du? Was denkst und fühlst Du? Was bedeutet Dir Dein Glaube?

Dialog beginnt mit dem Hören auf den Anderen und dem Auskunftgeben über sich selbst, also mit Fragen und Antworten.

Viele Dialoge scheitern, weil sie nebeneinanderher laufende Monologe sind und nicht Gespräche über das, was bewegt - über Freuden und Ängste, über Sorgen und Hoffnungen. Interreligiöser Dialog wird nicht zwischen Systemen geführt, sondern zwischen Menschen, er ist ein interpersonales Geschehen.

DIALOG DES HANDELNS

Doch interreligiöser Dialog bedeutet nicht nur, miteinander zu sprechen, sondern auch gemeinsam zu handeln im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit. Handeln auf der Grundlage gemeinsamer ethischer Überzeugungen ist ein wichtiges Anliegen des von Hans Küng begründeten Projektes Weltethos (www.weltethos.org). In einer zerrissenen Welt reicht es nicht aus zu betonen, Islam heiße Frieden, Christentum bedeute Liebe und Judentum Menschlichkeit, vielmehr müssen dieser Frieden, diese Liebe und diese Menschlichkeit in der konkreten Praxis von Gläubigen sichtbar werden – am besten in einer gemeinsamen Praxis. Es ist an der Zeit, dass sich Menschen über die Grenzen religiöser und weltanschaulicher Verankerungen hinweg für das Wohl und den Frieden in ihrem Stadtviertel, in ihrem Land und im internationalen Kontext engagieren.

ERMUTIGUNG ZUM DIALOG

Jeder Dialog, auch der interreligiöse, ist an konkrete Situationen und örtliche Bedingungen gebunden. Wer einen in-



RELIGRAMME – GESICHTER DER RELIGIONEN

Je vielfältiger und bunter die Welt der Religionen wird, umso wichtiger ist es, dass wir einander kennen lernen.

In der interaktiven Wanderausstellung »Religramme – Gesichter der Religionen« begegnen Sie zwanzig Frauen und Männern aus zwanzig Religionsgemeinschaften.

Sie hören ihre Geschichten und erfahren, worauf es ihnen ankommt. Was ist ihnen wichtig an ihrer religiösen Tradition? Wie stehen sie zu Menschen mit anderer Religion?

Die Ausstellung besteht aus zwei Modulen. Neben der Wanderausstellung gibt es eine digitale Ausstellung in den sozialen Medien. Jede beteiligte Person/Religion hat ein eigenes Profil in der Foto/Video-App Instagram. Alle Interessierten sind darüber hinaus eingeladen, sich aktiv an den Fragen und Diskussionen zu beteiligen.

Die Ausstellung ist zunächst als Wanderausstellung in Niedersachsen geplant.

Ab September 2017 wird sie bundesweit ausleihbar sein.

■ Weitere Informationen: www.gesichter-der-religionen.de
Kontakt: Nicole Tzschisantke, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers,
Haus kirchlicher Dienste, Tel. 0511 / 12 4 1-512,
info@gesichter-der-religionen.de

terreligiösen Dialog in seiner Stadt beginnen möchte, sollte einige Schritte beachten.

1. Verbündete und Dialoginteressierte ansprechen, die das Anliegen unterstützen. Gibt es bereits Dialoginitiativen?
2. Erkundungen der religiösen Landschaft: Welche Moscheegemeinden, jüdischen Gemeinden und Kirchengemeinden gehören zur Stadt? Bestehen bereits Kontakte?
3. Kontakte zu den Gemeinden aufnehmen und für das Anliegen der Begegnung und des Dialoges werben.
4. Gemeinsam eine interreligiöse Begegnung in einem größeren Kreis planen und organisieren.

5. Das Treffen auswerten und nächste Schritte besprechen.

ANREGUNGEN

- Habe und zeige ein ehrliches Interesse am Anderen.
- Frage Dich: Was weiß ich wirklich vom Anderen? Was sind meine Bilder?
- Sprich den Anderen an und lass Dich ansprechen. Suche den Kontakt.
- Rede persönlich: Ich denke, ich fühle, ich glaube ...
- Verstehe Dich als Botschafter*in Deiner religiösen Gemeinschaft, aber verstecke Dich nicht hinter ihr.

- Sei ehrlich und aufrichtig – im Fragen und Antworten.
- Wenn Dir etwas unklar ist, frage nach, frage lieber einmal zu viel als zu wenig.
- Entdecke Gemeinsamkeiten und akzeptiere Unterschiede.
- Habe Geduld im Dialog.
- Lerne mit Enttäuschungen umzugehen.

Der Dialog ist nicht das Ziel, sondern der Weg des Miteinanders. In einer Gesellschaft der Vielfalt ist das Verbindende das Gespräch, der Dialog.

■ Dr. Werner Höbsch ist ehemaliger Leiter des Referates Dialog und Verkündigung im Erzbistum Köln und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt: werner.hoebesch@gmx.de

Es gibt Ansprechpartner*innen in den Synagogen, Kirchen und Moscheegemeinden, die bei Planung beratend unterstützen können.

Für den christlich-muslimischen Bereich ist eine Kontaktaufnahme zu einer »Christlich-Islamischen Gesellschaft« (Übersicht: www.kcid.de), für den jüdisch-christlichen Dialog zu einer Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (Übersicht: www.deutscher-koordinierungsrat.de) zu empfehlen.

PRÄVENTION DURCH BILDUNG UND INTEGRATION

DAS PROJEKT SALAM ALEIKUM – FRIEDE SEI MIT DIR. PRÄVENTION GEGEN ISLAMISMUS IN SACHSEN-ANHALT

Tina Wiesner

Ziel des Projektes »Salam Aleikum – Friede sei mit Dir. Prävention gegen Islamismus« ist es, religiöse Radikalisierung bei jungen Menschen zu verhindern. Jugendliche sind besonders anfällig für extreme Haltungen und Radikalisierung und bieten daher Angriffsflächen für extremistische Propaganda. Dieser Umstand kommt verstärkt zum Tragen, wenn biografische Brüche – Flucht, Migration, aber auch soziale Ausgrenzung oder die Scheidung der Eltern – auftreten. Gelingende Integration ist daher ein entscheidender Faktor bei der Vermeidung von religiöser Radikalisierung. Die Fachkräfte im Projekt sehen dabei die zu integrierenden Personen und die integrierenden Personen gleichermaßen als Kräfte, die zum Gelingen oder Misslingen von Integration

beitragen können. Die Präventionsarbeit des Projektes richtet sich sowohl an die deutsche Mehrheitsgesellschaft als auch an die muslimische Minderheit in Sachsen-Anhalt.

Das Projekt steht für die Überzeugung, dass Prävention durch Bildung und Integration möglich ist. Junge Menschen und die Einrichtungen, die mit ihnen zu tun haben, sollen dabei unterstützt werden, Vorurteile ab- und Kompetenzen – etwa interkulturelle oder Medienkompetenzen – aufzubauen. Wissensvermittlung über den Islam, über Demokratie und interkulturelles Zusammenleben sowie das Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Minderheit runden das Angebotspektrum ab.

BISHERIGE ERFAHRUNGEN

Die Mitarbeiter*innen im Projekt sind seit Juli 2015 in Sachsen-Anhalt aktiv. Sie führen Workshops und Fortbildungen für (sozial-)pädagogische Fachkräfte in Schulen, Einrichtungen für minderjährige unbegleitete Geflüchtete, für Fachkräfte in Behörden – Ausländerbehörde, Jugendamt, Jobcenter und für Engagierte in der Flüchtlingshilfe durch. Themenschwerpunkte sind Vielfalt im Islam, Abgrenzung Islam – Islamismus, die Darstellung des Islams in deutschen Medien und die dadurch geprägte Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Neben sehr viel Interesse und Offenheit begegnet uns in den Workshops auch antimuslimischer Rassismus bei Jugendlichen und Erwachsenen.

Die muslimische Minderheit in Sachsen-Anhalt ist durch den Zuzug der Geflüchteten beispielsweise aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak in den letzten zwei bis drei Jahren stark gewachsen – muslimische Gemeinden sprechen von mehr als einer Verdopplung ihrer Mitgliederzahl auf etwa 2.300 (Februar 2016). Mit muslimischen Jugendlichen werden Workshops zur interkulturellen Sensibilisierung oder zum Erwerb von Medienkompetenz in Unterkünften für minderjährige Geflüchtete oder Schulen durchgeführt. Sie sollen selbst erkennen können, was Propaganda ist und wie (soziale) Medien von Extremisten genutzt werden, um Menschen zu manipulieren. Das Projekt unterstützt islamische Gemeinden bei der

Vereinsgründung und trägt dazu bei, Hemmschwellen bei der Begegnung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen abzubauen. Begegnungen zwischen Jugendlichen finden in Form von Workshops z.B. zum Thema Medien und Medienkompetenz statt.

IMPULSE ZUM UMGANG MIT RECHTSPOPULISMUS

Da in einigen Teilen auch der etablierten Parteien nach wie vor die Meinung vertreten wird, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, haben rechtspopulistische Gruppierungen hier sehr gute Anknüpfungsmöglichkeiten. Ein klares und wiederholtes Bekenntnis zur Zugehörigkeit der Personengruppen, die von

Rechtspopulistinnen und -populisten ausgegrenzt werden, zu Deutschland ist ein bedeutender Aspekt beim pro-aktiven Umgang mit Rechtspopulismus. Denn natürlich bekommen die diskriminierten Personengruppen die Ausgrenzung mit. In Demokratien gilt es, Minderheiten zu schützen. Das bedeutet, sich mit der Situation, den Bedarfen und Herausforderungen für diese Minderheiten auseinanderzusetzen und auf dieser Basis zu prüfen, an welchen Stellen es nach geltendem Recht möglich ist, die Minderheit zu unterstützen und ihre Position innerhalb der Gesellschaft zu stärken.

Die Erfahrungen in Fortbildungen zeigen, dass es Rechtspopulistinnen und -populisten gelungen ist, Angst und Unsicherheit gegenüber »dem Islam« und »den Muslimen« zu schüren. Eine Offensive zur antirassistischen Bildung vor allem in den ländlichen Regionen wäre an dieser Stelle dringend geboten. Das Projekt setzt darauf, vor allem auch Multiplikatoren im Bildungs- und Sozialbereich im Umgang mit Diskriminierung zu schulen.



© ÖVA zur IKW

■ Tina Wiesner ist Mitarbeiterin in dem Projekt »Salam Aleikum – Friede sei mit Dir. Prävention gegen Islamismus in Sachsen-Anhalt«.

■ Kontakt:
t.wiesner@multikulti-dessau.de

MEHR SELBSTBEWUSSTSEIN DURCH HIP-HOP EIN TANZPROJEKT ERWECKT TALENTE VON JUGENDLICHEN ROMA

Andrea Steinhart

Die Vorurteile gegen Sinti und Roma sitzen tief in der Gesellschaft. Das verhindert, dass die Kinder und Jugendlichen dieser Minderheit mit Stolz ihre eigenen Stärken sehen können. Das Tanzprojekt »Vorbilder inspirieren – Kultur bereichert« des katholischen Verbands IN VIA Köln will dem entgegenwirken.

■ Nex tanzt mal wieder aus der Reihe. Gut so. Der 16-jährige schlaksige Junge tritt in die Mitte, presst seinen Rücken fest auf den Turnhallenboden, drückt sich ab und wirbelt um die eigene Achse über den staubigen Linoleumboden. »Drei Minuten Tanzen ist wie 90 Minuten Fußball spielen – aber viel besser«, sagt

er keuchend. Nex hat seine Leidenschaft gefunden beim Projekt »Vorbilder inspirieren – Kultur bereichert«.

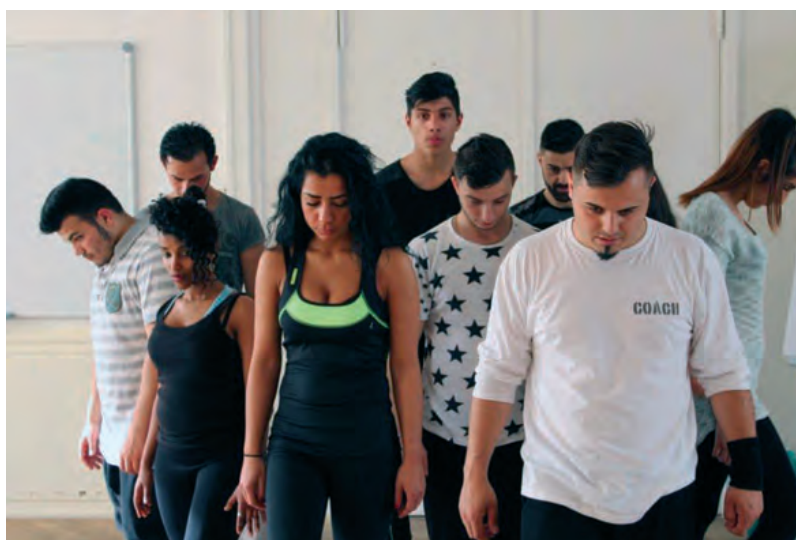
30 Auftritte vor jeweils großem Publikum, mehr als 150 Jugendliche im Tanztraining, acht Trainerinnen und Trainer, zehn Junior-Coaches sowie mehrere Auszeichnungen und Preise –

das sind die Erfolgswerte des Tanzprojekts unter dem Dach von IN VIA Köln. Birgit Urbanus hat das Projekt vor zwei Jahren aufgebaut. Die Grundidee: »Tanz und besonders Hip-Hop ist Jugendkultur – über sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg.« Im Zentrum steht dabei die Ausbildung jugendlicher Roma zu Tanz-Coaches. »Sie sind Multiplikatoren und Vorbilder im besten Sinne, denn trotz ihrer teilweise holprigen Biographien sind sie wichtige Schritte in Richtung selbstbestimmtes Leben gegangen und sind gerade des-

halb vorbildliche Integrationshilfen«, erläutert die Projektleiterin. Neben dem Ziel, das Bild der jungen Roma in der Öffentlichkeit zu verbessern, wird den Jugendlichen über das Projekt ein Weg aufgezeigt, wie sie ihre Talente fördern und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Die ausgebildeten Tanz-Coaches studieren mit den Mitschülern eine Hip-Hop-Choreographie ein und zeigen ihr Können öffentlich. Dabei sind Auftritte bei »Schule ohne Rassismus«, dem »Kinder- und Jugendgedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus« und dem »Internationalen Tag gegen Rassismus« Highlights der Arbeit.

ETWAS BEHERRSCHEN HILFT

Wöchentlich kommen die Jugendlichen zusammen, um Hip-Hop, Breakdance, Popping oder Krump zu tanzen. Chef-Coach des Tanzprojekts ist Jugoslaw Selimovic. Er arbeitet die Choreographie aus und ist für die meisten Mädchen und Jungs der Hip-Hop-Held schlechthin: »Ich bin selbst Roma und Tanzen ist mein Traum und meine Leidenschaft. In den Schülern sehe ich mich selbst, wie ich früher gelernt habe. Es ist dieser Ehrgeiz, mit dem man den einen Trick unbedingt lernen will.« Geboren wurde Jugoslaw Selimovic in Montenegro. Dort ist es wie überall: Die Roma stehen auf der untersten Stufe der Gesellschaft. In den 1990er Jahren kommt die Familie Selimovic nach Köln. Als der damals 11-jährige Jugoslaw im Fernsehen eine Breakdance-Gruppe sah, hat es bei ihm gefunkt. Fünf Jahre hat er tanzen geübt und



Die jugendlichen Roma tanzen unter Anleitung des Chef-Coach Jugoslaw Selimovic (vorne in der Mitte) Hip-hop, Breakdance, Popping oder Krump. © IN VIA, Köln

wurde zusammen mit seinem Bruder sehr erfolgreich.

Heute ist Jugoslaw 27 Jahre alt und selber Tanztrainer. Schwerpunkte dabei sind die Freude an der Bewegung, eine Verbesserung des Körpergefühls, Teamarbeit innerhalb der Gruppe durch die Choreographien und das Einüben von neuen Figuren. »Beim Breakdance lernt man seinen Körper kennen und spüren.« Eine Entwicklung, die auch Kristina durchgemacht hat. »Das Projekt hat mir natürlich sehr beim Tanzen geholfen, aber auch Selbstständigkeit, Selbstbewusstsein und mehr Mut hat es mir eingebracht«, sagt die 16-Jährige. »Wenn ich auf der Bühne vor so vielen Menschen stehe, ist das im ersten Moment gruselig, aber dann fühlt es sich an, wie zu Hause zu sein. Es ist krass, wie so ein kleiner Auftritt so große Ge-

fühle hervorbringen kann.« Kristina ist eine Nachwuchstrainerin. Mit ihren Mitschülern trainierte sie im letzten Schuljahr eine Hip-Hop-Tanzchoreographie ein. Im Sommer machte sie ihren Schulabschluss. »Mein Traum ist es, ein Tanzstudio zu leiten, in dem alle, auch die, die kein Geld haben, unterrichtet werden.«

UNSICHERHEIT MACHT SORGEN

Die tanzenden Kinder und Jugendlichen kommen aus dem Irak, Serbien, der Türkei oder Russland. Nicht alle sind Roma oder Sinti. Aber eines haben alle gemeinsam: »Diese Kinder haben andere Sorgen als gute Mathe- und Deutschnoten«, weiß Birgit Urbanus. Manche Kinder sind durch die Flucht oder durch den Krieg traumatisiert, ihre Eltern haben keine Arbeit, finden keine Wohnung und viele Familien haben keinen gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland – das prägt den Alltag der Kinder. »Sie leben in einem Schwebestadium – sie bangen und hoffen mit ihren Eltern auf Aufenthaltsgenehmigungen.«



Kristina tanzt einen Dancebattle mit Schülern der Kopernikus Hauptschule. © IN VIA, Köln

■ Andrea Steinhart ist freie Journalistin.

■ Kontakt:
andrea.steinhart@tesionmail.de

■ Aus: MIGrations-MAGazin, 3/2016, Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration (KAM) (Hrsg.)

LEBEN BRAUCHT SPRACHE

KULTURSENSIBLER DEUTSCHUNTERRICHT IM ALVENI-JUGENDHAUS BEI MÜNCHEN

Marion Müller-Ranetsberger

»Ich heiße Mohammed und ich möchte einen Arzttermin vereinbaren.« Noch kommen die Worte etwas stockend über die Lippen des Jugendlichen. Geduldig lässt die Lehrerin Ulrike Gaidosch-Nwankwo den Satz wiederholen. Beim zweiten Mal ist die Aussprache des Satzes klarer. Mohammed strengt sich gewaltig an – schließlich will er Deutsch lernen, möglichst gut und schnell. Im Caritas ALVENI-Jugendhaus in Fürstenfeldbruck bei München wohnt der junge Syrer mit weiteren unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Neben ihren externen Schulbesuchen erhalten sie im Jugendhaus zusätzlichen Deutschunterricht und Sprachlernberatung.

»Die meisten Jugendlichen sind von ihrer Flucht schwer traumatisiert. Ein geregelter Tagesablauf mit festen Strukturen ist jetzt besonders wichtig«, verdeutlicht die Pädagogin. Die 54-Jährige muss sich auf junge Menschen aus vielen unterschiedlichen Nationen und Kulturen einstellen. Ihre Schüler sind zwischen 16 und 18 Jahre alt und kommen aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Pakistan und Syrien. Viele von ihnen haben in ihrem Heimatland keine Schule besucht, können weder lesen noch schreiben. Andere sind hochqua-

lifiziert. »Daher legen wir Wert auf einen kultursensiblen Unterricht, der auf die individuellen Bedürfnisse, das unterschiedliche Lerntempo und die Sozialisierung eingeht. Wichtig sind uns auch eine genaue Beobachtung der einzelnen Schüler und regelmäßige Besprechungen mit den pädagogischen Betreuern im Team.«

Ein großes Anliegen ist der Deutschlehrerin im ALVENI-Jugendhaus, dass die Jugendlichen einen fachlich versierten Unterricht erhalten. »Das erfolgreiche Lernen einer fremden Sprache hängt stark von der Bildung und Kultur ab, aber auch von didaktischen Fertigkeiten in der Vermittlung.« Neben der deutschen Sprache vermittelt sie den Jugendlichen auch kultursensible Themen wie Regeln und Werte in einer demokratischen Gesellschaft, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie religiöse, weltanschauliche und genderbezogene Vielfalt. Hohe Sensibilität ist dabei beim Umgang mit »Familienleben und Familienfeiern« gefragt. »Unsere Flüchtlinge sind ohne Eltern, Geschwister und Familienangehörige geflohen und mussten mit schweren Familienschicksalen fertig werden. Das müssen wir stets berücksichtigen.« Manchmal erzählt sie zu Hause von ihrer Arbeit



Interkulturelle Handpuppen helfen bei der Sprachvermittlung © Gaidosch/Caritas München

mit den jungen Flüchtlingen. »Dann merken die eigenen Kinder immer, wie gut sie es eigentlich haben und wie viele Möglichkeiten ihnen ganz selbstverständlich zur Verfügung stehen.«

■ Marion Müller-Ranetsberger ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Diözesan-Caritasverband München und Freising.

■ Kontakt:
marion.mueller-ranetsberger@caritas-muenchen.de

■ Aus: MIGrations-MAGazin, 3/2016, Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration (KAM) (Hrsg.)

CARITAS-KAMPAGNE 2017: ZUSAMMEN SIND WIR HEIMAT

Teresa Wieland

Jedes Jahr entwickelt die Caritas eine Kampagne, die zur Auseinandersetzung mit einem zentralen sozialpolitischen Thema einlädt. So soll die Öffentlichkeit für das jeweilige Thema sensibilisiert werden und unter anderem auch Anregungen erhalten, was jede und jeder dazu beitragen kann, um eine Veränderung zum Positiven zu erreichen. Über die jeweilige Kampagnen-Website und die Caritas-Kanäle in den sozialen Medien wer-

den vielfältige Informationen bereitgestellt und Geschichten »aus dem Leben« erzählt. Die Umsetzung der Kampagne erfolgt vor Ort durch die Diözesan- und Orts-Caritasverbände, die Fachverbände, Einrichtungen, Pfarrgemeinden u.a. So finden sich auf der jeweiligen Kampagnen-Website immer auch Aktionsideen, Gottesdienstbausteine und andere Materialien, um die Kampagnenarbeit vor Ort konkret zu unterstützen.

»ZUSAMMEN SIND WIR HEIMAT.«

Unter dieser Überschrift steht im Jahr 2017 die Kampagne der Caritas in Deutschland. Mit Heimat verbindet jeder Mensch etwas anderes. Für die einen ist es die Currywurstbude um die Ecke, für die anderen der selbstgebackene Kuchen der Mutter. Für viele zeigt sich Heimat in der Beziehung zur Familie und zu Freunden, andere denken an eine bestimmte Region, einen

Ort oder eine Landschaft. Heimat hat viele Facetten: je mehr Teile zusammenkommen, desto bunter und auch umfangreicher wird das Bild.

Mit der Kampagne 2017 tritt der Deutsche Caritasverband für eine offene und vielfältige Gesellschaft ein, in der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Nationen gut und respektvoll miteinander leben können. Gerade in einer Zeit, in der viele Menschen nach Deutschland geflohen sind, stellt dies eine große Herausforderung dar. Die Kampagne will zeigen, dass Heimat nicht bewahrt oder geschützt wird, indem man Grenzen zieht. Sondern dass Heimat mehr werden kann, wenn man sie teilt. Es soll deutlich werden, dass das Miteinander dazu beitragen kann, dass die Zugewanderten in Deutschland eine neue Heimat finden können.

»ZEIG MIR DEINE HEIMAT...«

Die Vielfalt der Menschen zeigt sich auch in der Vielfalt der Vorstellungen von Heimat. Um einander besser kennenzulernen und mehr darüber zu erfahren, was meinem Gegenüber wichtig ist, regt der Deutsche Caritasverband in diesem Jahr an, dezentrale HEIMAT-AUSSTELLUNGEN zu organisieren. Sie sollen Gelegenheit bieten, sich über die verschiedenen Vorstellungen und Erfahrungen von Heimat auszutauschen. Denn nur im Miteinander und gegenseitigen Austausch kann ein gelingendes Zusammenleben gestaltet werden. Unter dem Motto »Zeig mir deine Heimat...« will die Caritas ein Zeichen setzen für eine offene Gesellschaft. Alle sind dazu eingeladen in ihrer Region, Stadt oder Gemeinde gemeinsam mit anderen eine HEIMAT-AUSSTELLUNG zu organisieren (www.zusammen-heimat.de/kampagne). Dieses Ausstellungskonzept eignet sich auch gut für die Konzeption und Durchführung der Interkulturellen Woche.



ANKUNFTSORT: NEUE HEIMAT

Etwa 1,1 Millionen Menschen kamen im Jahr 2015 und 2016 nach Deutschland, um hier Schutz zu suchen. Die Bevölkerung hat sich großzügig, hilfs- und aufnahmebereit gezeigt. Nur durch das Engagement der vielen tausend ehrenamtlich und freiwillig Tätigen ist es gelungen, in relativ kurzer Zeit und mit großem Improvisationsgeschick so viele Menschen schnell zu versorgen. Unvergessen die Bilder am Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015, als die Flüchtlinge mit einem Lächeln begrüßt und müde Kinder mit Spielsachen und Süßigkeiten überrascht wurden. Immer wieder waren in der Berichterstattung in den Medien Schilder zu sehen, auf denen zwei Worte zu lesen waren: Refugees welcome – Flüchtlinge willkommen.

POPULISMUS UND RECHTE PAROLEN

Mittlerweile hat man auch andere Bilder in Nachrichtensendungen und Zeitungen gesehen. Bilder von brennenden Asylunterkünften und Menschengruppen, die vor Asylunterkünften stehen und ihre Ablehnung laut herausschreien. In den sozialen Medien, im Internet und auf Kundgebungen drückt sich der Hass auf Flüchtlinge in drastischen Worten aus. Auch Aufrufe zu Gewalt gegen Flüchtlinge oder in der Flüchtlingshilfe Engagierte ist kein Tabu mehr. Die Verkünder einfacher Lösungen finden Zulauf, populistische Äußerungen stoßen zunehmend auf Zustimmung in der Bevölkerung. Auch Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter der Caritas, die sich in der Migrationsberatung und der Flüchtlingshilfe engagieren, sind immer wieder Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt. Viele Menschen fühlen sich sprachlos und wehrlos angesichts dieser Entwicklungen.

ANTWORTEN GEBEN – HEIMAT TEILEN

Deshalb wirbt die Caritas im Rahmen ihrer Kampagne 2017 nicht nur bewusst für Menschlichkeit und eine vielfältige Gesellschaft. Sie möchte darüber hinaus sprachfähig bleiben gegenüber dem zunehmenden Rechtspopulismus und der besonders in den sozialen Medien offen geäußerten Ablehnung von Flüchtlingen etwas entgegensetzen. In diesem Zusammenhang organisiert die Demografie-Initiative der Caritas in Kooperation mit dem Verein »Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.« Kommunikationstrainings im Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen, bei denen die Teilnehmenden lernen, in schwierigen Gesprächssituationen handlungsfähig zu bleiben.

■ Kontakt:
Deutscher Caritasverband e.V.
pressestelle@caritas.de
www.zusammen-heimat.de

ZUSAMMENHALT STÄRKEN – MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT (BfDT)



Das BfDT setzt sich dafür ein, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und die Zivilgesellschaft zu fördern, um möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Einsatz für unsere Demokratie zu ermutigen und anzuregen.

Gegründet wurde es nach mehreren rechtsextremen Übergriffen in Deutschland am 23. Mai 2000, dem Tag des Grundgesetzes, von den Bundesministerien des Innern und der Justiz, um Verbänden, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen einen bundesweiten Ansprechpartner und Impulsgeber zur Seite zu stellen. Die Geschäftsstelle des BfDT ist seit 2011 Teil der Bundeszentrale für politische Bildung.

Themenschwerpunkte des BfDT sind die Bereiche Demokratie, Extremismus, Toleranz, Integration, Gewaltprävention und Antisemitismus. Die Koordination und Vernetzung von Initiativen und Verbänden, die sich lokal und auch überregional für Zivilcourage und Demokratieförderung engagieren, ist eine Hauptaufgabe des BfDT. Außerdem fungiert es als Ansprechpartner für Projekte und Initiativen, wenn es um Beratung, die Vermittlung von Expert*innen oder inhaltliche Unterstützung geht. Als Impulsgeber entwickelt es mit unterschiedlichen Akteuren eigene Angebote und Formate, die praxisorientierte Lösungsansätze vermitteln, weiterentwickeln und öffentlich machen. So organisiert das BfDT bundesweite Fachveranstaltungen, wo sich ehrenamtlich Engagierte austauschen können.

Um das Demokratieverständnis bei Jugendlichen zu stärken und deren vielfältiges Engagement öffentlich zu würdigen, findet seit 2001 jährlich der BfDT-Jugendkongress statt. Vier Tage lang arbeiten über 400 Engagierte zwischen 16 und 20 Jahren aus dem ganzen Bundesgebiet rund um den 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, in über 40 Workshops und 20 Außenforen zusammen. Aus dem BfDT-Jugendkongress hat sich seit 2012 das Peernetzwerk »JETZT – jung, engagiert, vernetzt« (www.peernetzwerk-jetzt.de) entwickelt, über das junge Menschen Gleichaltrigen Workshopangebote zur Weiterentwicklung des eigenen ehrenamtlichen Engagements machen. Das Serviceportal »Demokratie vor Ort« (www.demokratie-vor-ort.de) informiert über konkrete Partizipationsmöglichkeiten bei regionalen Ini-

tiativen und Projekten, die sich zivilgesellschaftlich für eine lebendige Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Gewalt engagieren und unterstützt mit Tipps und praktischen Hilfestellungen beim ehrenamtlichen Engagement.

Im Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« zeichnet das BfDT jedes Jahr vorbildliche und nachahmbare Projekte aus. Die Ehrung ist mit bis zu 5.000 Euro dotiert und soll besonders kleine Initiativen unterstützen und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen, um weitere Menschen zu motivieren, sich selbst zu engagieren. Sieben Preisträger des Wettbewerbs möchten wir Ihnen im Folgenden als Beispiele Guter Praxis genauer vorstellen.

■ Weitere Informationen über das Bündnis für Demokratie und Toleranz finden Sie im Internet unter: www.buendnis-toleranz.de

■ Kontakt:
Bundeszentrale für politische Bildung
Geschäftsstelle des Bündnisses für
Demokratie und Toleranz
Friedrichstraße 50, 10117 Berlin
buendnis@bpb.de

DÜSSELDORFER BEITRÄGE: RESPEKT UND MUT | NORDRHEIN-WESTFAHLEN

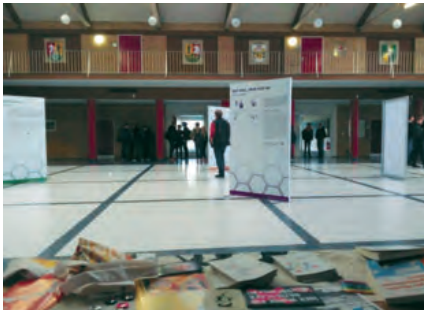


Das Bündnis »Düsseldorfer Beiträge zur interkulturellen Verständigung« mit dem Projekt »Respekt und Mut« gründete sich im Jahr 2001 aus einer Bürgerinitiative, die im November 2000 eine Kundgebung gegen rechte Gewalt veranstaltete, an der sich über 20.000 Düsseldorfer Bürger*innen beteiligten. Seither wird jährlich im Rahmen des Projekts »Respekt und Mut« ein vielfältiges Programm zur interkulturellen Verständigung durch das Bündnis entwickelt, welches als fester Bestandteil des (kultur)politischen Angebots der Stadt Düsseldorf nicht mehr wegzudenken ist. In diesem Jahr fanden über 80 verschiedene Veranstaltungen mit Bezug zu den Themenfeldern Rassismus, Extremismus, Zuwanderung, interkulturelle Begegnungen und NS-Vergangenheit statt. Das Format der einzelnen Programmpunkte erstreckt sich von Kabarett und Konzerten über Ausstellungen und Lesungen bis hin zu Exkursionen, Workshops und Vorträgen. »Respekt und Mut« versteht sich als eine politisch unabhängige und freiwillige Allianz, die aus sechzig verschiedenen Kooperationspartnern besteht. Darunter befinden sich kirchliche Einrichtungen, städtische Ämter, Wohlfahrtsverbände, Migrantenselbstorganisationen und Kulturinstitutionen. Das Bündnis positioniert sich eindeutig gegen jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und steht für Humanität, gegenseitigen Respekt und Vielfalt.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.respekt-und-mut.de

AGAINST RACISM NIENBURG | NIEDERSACHEN

© Against Racism Nienburg



■ Against Racism Nienburg (ARN) ist eine Jugendgruppe, die sich gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung in Nienburg engagiert. Zusammengefunden hat sich die Gruppe als Reaktion auf verstärkte rechte Aktivitäten in Nienburg Anfang 2014. Seither organisiert sie gemeinsam mit anderen Vernetzungspartnern Vortragsveranstaltungen beispielsweise zur Struktur der rechten Szene in Nienburg. Des Weiteren initiiert die Jugendgruppe Demonstrationen, Konzerte wie z.B. das »Refugees Welcome Concert« in Verden und brachte sich inhaltlich in das Programm der Internationalen Woche gegen Rassismus 2016 im Landkreis Nienburg ein. Mit ihren Aktionen und Veranstaltungen will die Gruppe die Bevölkerung vor Ort, insbesondere Jugendliche, über die Themen Rechtsextremismus und Diskriminierung aufklären. Intern betreibt Against Racism Nienburg fortwährend Recherche- und Dokumentationsarbeit in Bezug auf die Aktivitäten der extremen Rechten im Raum Nienburg.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.against-racism-nienburg.blogspot.de

PFADFINDERBUND MECKLENBURG-VORPOMMERN E.V.: DEMOKRATIEBAHNHOF ANKLAM | MECKLENBURG-VORPOMMERN

© Demokratiebahnhof



■ Der Demokratiebahnhof ist ein Begegnungsort, Anlaufpunkt und Freiraum für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, mit und ohne Migrationshintergrund aus Anklam und Umgebung – darunter viele Geflüchtete.

Im »Jugendzentrum Abstellgleis« können Jugendliche ihre eigenen Ideen entwickeln und ausprobieren sowie ihren Lebensraum eigenverantwortlich mitgestalten. Das regelmäßige Wochenprogramm lädt zum Upcyclen, Gärtnern, gemeinsamen Kochen und Diskutieren ein. Im großen Saal finden regelmäßig Vorträge, Diskussionsrunden, Film- und Musikabende statt. Auch Vereine und Initiativen aus Anklam und Umgebung finden in den Räumen des Bahnhofs einen Treffpunkt.

Die Jugendlichen engagieren sich in einem wöchentlichen Plenum und gestalten den Demokratiebahnhof aktiv selbst mit. Das fördert zum einen das individuelle Selbstbewusstsein und bereichert zum anderen den kollektiven Austausch untereinander. Durch das Ermutigen junger Menschen, eigene Fähigkeiten und Interessen mit in die Gestaltung des eigenen Umfelds einzubringen, leistet der Demokratiebahnhof einen effektiven Beitrag zur Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: dbanklam.wixsite.com/demokratiebahnhof

AKTUELLES FORUM E.V.: WIR SIND POLITIK! – JUGEND PARTIZIPIERT | NORDRHEIN-WESTFALEN

© aktuelles forum



■ Mit dem Ziel in Zusammenarbeit mit Schüler*innen Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene zu fördern, thematisieren Jugendliche mit und ohne Zuwanderungsgeschichte oder Bildungsbenachteiligung in dem Projekt alltägliche Herausforderungen und Probleme und erarbeiten selbst konkrete Handlungs- und Beteiligungsformen zur Behebung Letzterer. Damit sollen die Schüler*innen praktisch erfahren, dass in einer funktionierenden Demokratie alle Bürger*innen unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder Religion den gleichen uneingeschränkten Zugang zu Partizipationsmöglichkeiten erhalten müssen, um eine legitime politische Entscheidungs- und Handlungsfindung garantieren zu können. Nur so können Ungleichheiten langfristig und nachhaltig abgebaut werden. Zusätzlich werden die Jugendlichen dazu befähigt, sich selbstständig begründete Urteile über politische Ereignisse und Probleme zu bilden und wirkungsvoll auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.aktuelles-forum.de

EXILIO E.V.: KULTURBRÜCKE | BAYERN

© Margitta Hubmer



Das seit 2006 bestehende Projekt »Kulturbrücke – Interkulturelles Bildungs- und Begegnungszentrum« des Exilio e.V. aus Lindau wurde 2014 nach einem Umzug neu gegründet. Es handelt sich bei der Kulturbrücke um eine interkulturelle, generationsübergreifende Bildungs- und Begegnungsstätte, in der Menschen jeden Alters und jeglicher Nationalität eine große Vielfalt von Angeboten zum Mitmachen und Mitgestalten finden können. Zu den Angeboten zählen u.a. Alphabetisierungskurse, Deutsch-, Italienisch-, Spanischkurse und Gesprächskreise, ein Interkulturelles Café, Kreativ- und Handarbeitsgruppen, Musiknachmittage, Töpfern und Länderabende. Für teilnehmende Eltern wird während der Zeit eine Kinderbetreuung angeboten.

Die Kulturbrücke konnte sich in den letzten Jahren zu einem festen Anlaufpunkt für Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte entwickeln und liefert einen festen Bestandteil des kulturellen Angebots der Stadt Lindau.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.kulturbruecke.exilio.de

ZENTRUM FÜR INTEGRATION UND MIGRATION: EHRENAMTLICHE INTEGRATIONSBEGLEITERBÖRSE | THÜRINGEN

© Hassan Ahmed



Das Erfurter Zentrum für Integration und Migration bildet seit 2015 mit dem Projekt »Integrationsbegleiterbörse« ehrenamtliche Integrationsbegleiter*innen aus, die Geflüchtete begleiten, informieren und sie im alltäglichen Leben unterstützen.

Die Begleiter*innen sind Erfurter Bürger*innen oder Migrant*innen, die schon seit Längerem in Erfurt leben. Durch gezielte Schulungen, Weiterbildungen und Exkursionen werden die Ehrenamtlichen von dem Verein auf ihre anspruchsvolle Aufgabe vorbereitet. Anschließend findet eine sorgfältige Vermittlung zwischen den beiden Parteien statt, so dass eine nachhaltige Patenschaft entstehen kann. Ein vielfältiges Angebot konnte auf diesem Weg realisiert werden. So wird beispielsweise eine gezielte Sprachnachhilfe für Geflüchtete verwirklicht. Mit dem Abbau der Sprachbarriere wird die Selbstständigkeit der Teilnehmenden im Alltag gefördert und ihre berufliche Perspektive in Deutschland nachhaltig verbessert. Darüber hinaus unterstützen und begleiten die Integrationsbegleiter*innen die Geflüchteten bei Behördengängen, beim Ausfüllen von Formularen, bei Arztbesuchen oder bei der Wohnungssuche. Ferner geht es um den Aufbau von Freundschaften und die Förderung nachbarschaftlicher Strukturen durch gemeinsame Freizeitaktivitäten.

Alle Aktivitäten zielen darauf ab, eine gleichberechtigte und selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten durch Angebote und Förderungen herzustellen.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.integration-migration-thueringen.de

NEU IN DEUTSCHLAND: ZEITUNG VON GEFLÜCHTETEN | NORDRHEIN-WESTFALEN

© Dorte Huneke-Nollmann



Das Projekt »Neu in Deutschland. Zeitung von Geflüchteten« der gleichnamigen Initiative aus Bochum publiziert seit Februar 2016 eine Zeitung, die von Geflüchteten realisiert wird. Das Projekt geht aus einer im Dezember 2015 gestarteten Schreibwerkstatt hervor. Die Zeitschrift erscheint einmal im Quartal als Printmedium und wird von der Autorin Dorte Huneke-Nollmann herausgegeben und lektoriert. Dem Empowermentgedanken folgend schreiben Geflüchtete selbst auf Deutsch über persönliche Erfahrungen, berufliche Perspektiven, Theater, Kunst, Orte und Begegnungen. Das Projekt dient nicht dazu, professionelle Journalisten*innen auszubilden, sondern liefert in erster Linie den Anreiz, sich mit Sprache sowie kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Mit ihren persönlichen Texten und Geschichten stärken die Geflüchteten das gegenseitige Verständnis, eröffnen einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte und leisten einen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Über die Zeitschrift hinaus wurden weitere öffentliche Veranstaltungen wie Lesungen und ein Bühnenprogramm mit dem Bochumer Kabarettisten und Autor Frank Goosen realisiert.

■ Weitere Informationen finden Sie unter: www.dreiviertel-bochum.de/neu-in-deutschland

FILM: MUSTANG

© Weltkino



Sommer in einem türkischen Dorf. Lale und ihre vier Schwestern wachsen nach dem Tod der Eltern bei ihrem Onkel und der Großmutter auf. Ihr unbefangenes Spiel mit Schulkameraden im Meer wird als Sittenverstoß streng geahndet und setzt eine Gewaltspirale von Macht und Unterwerfung in Gang. Das Zuhause der Teenager verwandelt sich zunehmend in ein Gefängnis, aus dem es kaum mehr ein Entkommen gibt. Statt zur Schule zu gehen, werden die Mädchen in klassisch hausfraulichen Fertigkeiten geschult und so auf die geplanten Zwangsehen vorbereitet.

Der Film handelt von dem Versuch der Schwestern, sich nicht brechen zu lassen und sich gegen die Zwänge einer von Männern geprägten Gesellschaft aufzubauen. Einfühlsam und kraftvoll zugleich setzt die junge Regisseurin Deniz Gamze Ergüven die unzählbare Lebenslust der fünf Mädchen in Szene, die versuchen, sich ihr Recht auf Selbstbestimmung zu erkämpfen. Lichtdurchflutete Bilder kontrastieren das dramatische Geschehen und setzen der Brutalität die Zartheit des jugendlichen Aufbegehrens entgegen. Der Film ist ergreifend und entlässt die Zuschauer*innen mit einem zarten Hoffnungsschimmer.

■ Weitere Informationen: www.mustang.weltkino.de

■ Kontakt: Sophie Kühne, Tel.: 0341 / 21 33 94 54
skuehne@weltkino.de

Wenn Sie planen, einen der hier vorgestellten Film im Rahmen der Interkulturellen Woche öffentlich vorzuführen, nehmen Sie bitte vorab Kontakt mit der Verleihfirma auf.

FILM: NUR WIR DREI GEMEINSAM

Teheran, Anfang der 1970er Jahre. Mit viel Mut, Entschlossenheit und einer ordentlichen Portion Humor kämpft Hibat (Kheiron) mit seiner Frau Fereshteh (Leila Bekhti) und anderen Gleichgesinnten erst gegen das brutale Schah-Regime, dann gegen die Schergen des Ayatollah Khomeini. Als der politische Druck zu groß wird, bleibt ihnen nur die Flucht ins Ausland. Mit ihrem einjährigen Sohn Nouchi machen sich Hibat und Fereshteh auf den Weg über die Türkei nach Frankreich und landen in den sozialen Ghettos der Pariser Banlieue. Was zunächst als vorübergehende Lösung geplant ist, wird für die Familie zu einem Neuanfang. Dabei ist die Formel »nur wir Drei gemeinsam« nicht nur das Credo ihres Familienglücks, sondern auch der beste Beweis, dass alles möglich ist, wenn man zusammenhält.



Der Film mit seiner FSK-Freigabe ab 12 Jahren und in seiner leichten, oftmals heiteren Erzählweise trotz harten realen Hintergrunds von politischer Verfolgung, Flucht und Gewalt bietet besondere Möglichkeiten auch für eine jüngere Zielgruppe zur sachlichen und emotionalen Auseinandersetzung. Infos für Lehrer*innen und Schulmaterial gibt es auf der Homepage zum Download: www.nurwirdreigemeinsam-derfilm.de/

■ Verleih: NFP marketing & distribution GmbH
Jana Kohlmann, Tel.: 030 / 23 25 542 - 47, J.Kohlmann@NFP.de

© NFP marketing & distribution* / Foto: Reza / Adama Pictures-Gaumont

FILM: ALLES GUT



Willkommenskultur stand gestern im Mittelpunkt, nun geht es um die Frage, wie Integration gelingen kann. ALLES GUT erzählt von zwei Kindern, deren Flucht in Hamburg endet.

Djaner, sieben Jahre alt, aus Mazedonien, ist mit seinem Bruder und seiner Mutter vor Armut und Diskriminierung davongelaufen. An seinem ersten Tag in einer deutschen Grundschule geht für den Roma-Jungen ein Traum in Erfüllung. In seiner Heimat bedeutete Schule für ihn Angst vor Schlägen. In Hamburg will Djaner dazugehören, wie Hunderttausende andere Flüchtlingskinder, die in Deutschland plötzlich beschult werden müssen.

Ghofran, 11, musste mit ihrer Familie aus Syrien fliehen und hofft anfangs, sie könne Deutschland bald wieder verlassen. Sie hört arabischen Hiphop und lebt in Gedanken weiter in Syrien, während ihr Vater darum kämpft, für immer anzukommen. In der Schule, wo Ghofran Deutsch lernt, begegnet sie Mädchen, die alles dürfen. Was davon will sie annehmen, was ist sie bereit, dafür aufzugeben?

Für ihren bildstarken, sehr bewegenden Dokumentarfilm ALLES GUT begleitet die Autorenfilmerin Pia Lenz Djaner und Ghofran ein Jahr lang bei ihrer Suche nach sich selbst und einem neuen Leben. Die Perspektive der Kinder eröffnet einen neuen, unverstellten Blick auf die Integration Hunderttausender Geflüchteter und die Frage: Wie geben wir denen eine Heimat, die am dringendsten eine Zukunft brauchen?

■ Weitere Infos: www.pier53.de/dokfilm/allesgut.html

■ Kontakt: Andrea Pittlik, PIER 53, Tel.: 040 / 89 72 69 27 pittlik@pier53.de

AUSSTELLUNG: AUF DER FLUCHT: FRAUEN UND MIGRATION



Weltweit sind etwa die Hälfte aller Flüchtlinge Mädchen und Frauen – derzeit also rund 30 Millionen. Wenn sie ihre Heimat verlassen müssen, erleben sie oft Gewalt und Diskriminierung.

Flucht, Vertreibung und Asyl sind Themen unserer täglichen gesellschaftlichen Diskussion. Neun Fotograf*innen haben das Leben von Frauen dokumentiert, die geflohen sind. Sie schildern den Alltag in den Flüchtlingslagern und die schwierige

Suche nach einer neuen Heimat. Mit der Leih-Ausstellung können Sie vor Ort zur Diskussion anregen und den Dialog befördern.

Die Ausstellung kann in Gemeinden, Bildungseinrichtungen, Schulen oder Galerien gezeigt werden. Die Schau besteht aus 37 hochwertigen Tafeln im Format 60 x 80 cm. Sie kann schnell auf- und abgebaut werden und wird in zwei stabilen Rollkoffern angeliefert. Die Ausstellung kann bereits ab einem Betrag von 150,- Euro pro Woche ausgeliehen werden – inklusive Versicherung und Handling.

Begleitend zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen, der neben den in der Ausstellung gezeigten Fotos auch Bilder weiterer Künstler enthält. Er kann unabhängig von der Ausstellung erworben werden.

Die Abteilung Crossmedia im EPV bietet Unterstützung bei der Gestaltung des Rahmenprogramms an. Die Fotograf*innen können eingeladen oder ein Filmabend veranstaltet werden. Eine pädagogische Fachkraft kann für einen Workshop eingeladen werden.

■ Weitere Informationen und Kontakt: Evangelischer Presseverband für Bayern e. V. (EPV), Tel.: 089 / 12172-153, cme@epv.de
www.facebook.com/epvdigital | www.epv.de/ausstellungen

BUCH: BESTIMMT WIRD ALLES GUT

Für dieses berührende Kinderbuch hat Kirsten Boie sich die Geschichte von Rahaf und Hassan erzählen lassen und erzählt sie uns weiter. Es ist die Geschichte einer Familie aus Homs, die aufgrund der zunehmend gefährlichen Lage fliehen muss. Die Flucht führt über Ägypten und Italien nach Deutschland. Aus dem Blickwinkel der neun und zehn Jahre alten Kinder erzählt die Geschichte von Verbundenheit und Trennung. Von der Begegnung mit unfreundlichen Menschen und mit Menschen, die helfen. Von Angst und Enttäuschung, aber auch von Hoffnung und Zuversicht.



Die Geschichte ist in Deutsch und Arabisch abgedruckt, damit auch viele Flüchtlingskinder sie in ihrer Sprache lesen können. Außerdem hilft ein kleiner Sprachführer im Anhang beim Deutsch- und Arabisch-Lernen. Jan Bircks Bilder begleiten den Text auf eindrückliche und warme Weise.

Das Buch eignet sich für zweisprachige Vorleseveranstaltungen und für Bilderbuchkinos.

■ Der Illustrator, Jan Birck, kann für ein Bilderbuchkino im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt: office@castlegate-agency.com

■ Bestimmt wird alles gut. Klett Kinderbuch
ISBN: 978-3-95470-134-6

WAS · WANN · WO? Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

■ Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche auf der Homepage. Dadurch wird die Breite des Engagements in der Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Programme für die Veranstaltungsdatenbank per Post und per E-Mail zu.

■ Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und gute Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen den Newsletter per E-Mail zu. Schicken Sie uns hierzu Ihre Mailadresse.

■ Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2018 vorstellen. Bitte mailen Sie uns (Kurz-)Berichte über gute Projekte – nach Möglichkeit mit Bildmotiv.

■ Bausteine für Gottesdienste

Vorschläge für Aktionen und Texte, die in Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche verwendet werden können bzw. die bereits erfolgreich erprobt sind, sind uns willkommen. Wir stellen diese Impulse fortlaufend auf der Homepage ein. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge – nach Möglichkeit mit Bildmotiv – per Mail an uns.

■ Fotogalerie

Fotos helfen das Engagement und die Aktivitäten innerhalb der Interkulturellen Woche sichtbar zu machen: Schicken sie uns Ihre ausdrucksstärksten Motive für die Online-Galerie per Mail.

■ Terminhinweis

16. und 17. Februar 2018: Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche in Frankfurt am Main.
Das Programm wird Anfang Dezember auf der Homepage abrufbar sein.



Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2017 können Sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen. Auf dieser Website finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.

HERAUSGEBER

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 24 23 14 60, Fax: 069 / 24 23 14 71
E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Im Internet: www.interkulturellewoche.de

Vorstand

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Pastor Thorsten Leißer, Lehrte
Stellv. Vorsitzender: Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim

Weitere Mitglieder

Erzpriester Eleftherios Argyropoulos, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Wuppertal
Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Köln
Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin
Farhad Dilmaghani, DeutschPlus e.V., Berlin
Kerstin Düscher, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Ansgar Gilster, Kirchenamt der EKD, Hannover
Aguswati Hildebrandt Rambe, Ökumenische Beziehungen zu ev. interkulturellen Gemeinden in Bayern, München
Dr. Werner Höbsch, Referat Dialog und Verkündigung, Erzbistum Köln
Dr. Michael Maier-Borst, Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
Jagoda Marinić, Interkulturelles Zentrum, Heidelberg
Razak Minhel, Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., Dessau-Roßlau

Volker Roßbocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Stefan Schohe, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
Antonella Serio, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Pastor John Uzuh, Vereinigung Evangelischer Freikirchen, Münster
Stefanie Wahle-Hohloch, Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg
Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

Redaktion: Günter Burkhardt, Friederike Ekol

Titelbild: BALLHAUS WEST | AGENTUR FÜR KAMPAGNEN GMBH, Berlin

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Meinung der Verfasser*innen. Das Copyright an Texten und Bildern liegt beim ÖVA zur IKW oder bei Dritten. Eine weitere Verwendung ist nur nach Rücksprache möglich.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche (IKW) ist eine unselbständige Einrichtung der EKD. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2017 wird der 24. – 30. September 2017 empfohlen.

Freitag, der 29. September 2017 ist der Tag des Flüchtlings.